

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 2. Februar 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

**Die Interkons-Gebühr**  
Beträgt für die sechsmonatliche Kolonelle über deren Raum 50 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (Sonder-) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schiffs-Verkaufs-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.  
Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Briefe händlichermaßen: Vierteljährlich 2.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Beilage-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

## Parteigenossen!

Die Hauptwahlen sind vorüber. Wir haben eine Anzahl Mandate, in manchen Kreisen auch Stimmen verloren. Dagegen ist in vielen — auch in den der Partei entgangenen Wahlkreisen ein bedeutender Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Eine Würdigung der Ursachen dieses Ausganges behalten wir uns vor. Für heute gilt es Stellung zu nehmen zu den vielen Stichwahlen, bei denen wir beteiligt sind.

### Parteigenossen!

Vor allem handelt es sich darum, bei für uns aussichts-vollen Stichwahlen alles aufzubieten, um durch Heranziehung unserer Reserven und durch Aufwendung stärkster Agitation den Sieg zu erringen.

Alle Kräfte müssen aufgeboten werden, um in diesen Kreisen die eroberten Sitze im Reichstage zu vermehren!

Bei Stichwahlen zwischen gegnerischen Parteien empfehlen wir, nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

Unter keinen Umständen dürfen Konservative, Reichspartei, Bund der Landwirte, Antisemiten und Nationalliberale eine sozialdemokratische Stimme bei den Stichwahlen erhalten.

Für die anderen Parteien empfehlen wir folgende Stellungnahme unserer Genossen:

Voraussetzung für die Unterstützung einer dieser Parteien bei den Stichwahlen muß die Verpflichtung des Kandidaten sein, daß er

1. gegen jede Verschlechterung des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts stimmen wird;
2. daß er jeden Versuch das Koalitionsrecht einzuschränken unbedingt zurückweisen wird;
3. daß er sich gegen jedes wie immer geartete Ausnahmengesetz erklären wird.

Nachdem diese Erklärungen abgegeben sind, empfehlen wir den Kreiswahlkomitees die Entscheidung, ob ein solcher Gegner bei der Stichwahl sozialdemokratische Unterstützung finden soll, unter der Würdigung der Persönlichkeit des Gegners zu treffen. Unter keinen Umständen aber darf einem Kandidaten eine sozialdemokratische Stimme zufallen, der die aufgestellten Bedingungen nicht akzeptiert.

Parteigenossen! Das Interesse der Partei erfordert bei der gegenwärtigen Wahlsituation die strikte Innehaltung dieser Stichwahlparole.

Vorwärts zum energischen Kampf und Sieg in den Kreisen, in denen wir uns noch einmal mit den Gegnern zu messen haben. Mit Anspannung aller Kräfte wird es gelingen, noch in vielen Kreisen die Gegner niederzuringen.

Berlin, 27. Januar 1907.

Der Parteivorstand.

## Die Prüfsteine bürgerlicher „Arbeiterfreundlichkeit“.

Es gibt keine bürgerliche Partei, die nicht — besonders in Wahlzeiten — von „Arbeiterfreundlichkeit“ tröffe. Wenn sie die Arbeiterschulforderungen bekämpfen, wenn sie den Achtstundenanträgen der Sozialdemokratie entgegenzutreten, haben Konservative, Nationalliberale und Freisinn noch allemal beteuert, daß sie das um der Arbeiter willen tun und nur aus reiner Arbeiterfreundlichkeit dagegen sind, daß dem Arbeiter die freie Verfügung über seine Person, die Möglichkeit gewonnen werde, sich durch ausgedehnte Ueberarbeit zum Kapitalisten emporzuarbeiten. Es ist die albernste Falschmünzerei, die bei denkenden Arbeitern natürlich niemals Kurs hat; aber naive Gemüter, die sich zur Selbständigkeit des Denkens noch nicht aufgeschwungen haben, mag solche lede Verdrehung des Tatbestandes manchmal irre führen. Indes gibt es ein Gebiet, auf dem solche Verdrehung des Tatbestandes schwieriger ist, gibt es Ereignisse, wo die beliebte Bemäntelung der arbeiterfeindlichen Bestimmung fast unmöglich wird.

Niemals offenbart sich schärfer die Stellung der bürgerlichen Parteien zur Arbeiterschaft, denn in der Zeit großer Massenstreiks. Wenn ein solch großes Ringen zwischen Kapital und Arbeit anhebt, dann werfen auch sonst auf den Schein der Arbeiterfreundlichkeit Wert legende Parteien und Parteiblätter die Maske ab und zeigen ihr wahres Gesicht. Ganz natürlich, da jetzt die sonst so billigen Worte für die Arbeiter die Streikenden stärken und den Unternehmern bares Geld kosten. In solchen Zeiten sieht aber auch der rückständigste Arbeiter, wo seine Feinde, wo seine Freunde stehen — nun, da der Lohnkampf die Gegenläge zwischen Unternehmer und Arbeiter ausdehnt in ihrer ganzen Schroffheit, fällt die Möglichkeit der Täuschung, fällt die Möglichkeit, die allenfalls bei Arbeiterschulmaßnahmen, deren Wirkung nicht so leicht zu beurteilen ist, noch vorhanden

ist, die arbeiterfeindliche Haltung mit Erfolg in eine arbeiterfreundliche umzulagen!

Die Arbeiterfeindlichkeit der „nationalen“ Parteien tritt daher ins hellste Licht, wenn wir die drei letzten großen Massenstreiks betrachten, die wir im verflossenen Jahrzehnt in Deutschland zu verzeichnen hatten. Es sind der Hamburger Hafnarbeiterstreik 1896/97, der Grimmitzauer Weberstreik von 1903/04 und der Streik der Ruhrbergleute von 1904/05.

Allen diesen Streiks ist gemeinsam, daß sie den Arbeitern, die stets zum Verhandeln bereit waren, durch ein progiges, auf seinen Geldsack pochendes Unternehmertum, das sich den begründeten Forderungen der Arbeiter borniert und selbstherrlich entgegenstemmte, förmlich aufgezungen wurden. Der Hamburger Hafnarbeiterstreik und besonders der Grimmitzauer Weberstreik sind zudem Beispiele einer geradezu ins gigantische gesteigerten Parteinehmer der Behörden wider die Arbeiter für die Unternehmer. Und wenn dies Moment beim letzten großen Bergarbeiterstreik weniger hervorsticht, so ist das zweifellos darauf zurückzuführen, daß die Regierung einestells wegen der „Hibernia“-Affäre mit den Kohlenbaronen etwas gespannt war und weil die Gemeingefährlichkeit des Kohlsyndikats erst eben durch das Zerklegen der Deffentlichkeit recht deutlich demonstriert worden war. Die Zehnerherren erfreuen sich deshalb sehr geringer Sympathien sowohl bei der Regierung wie bei den Krautjüngern und in manchen industriellen Kreisen, die ihren Kumpanten vom Bergbau die fetten Gewinne nicht gönnten und murrend die hochgeschraubten Kohlenpreise zahlten. Daß dennoch das Herz der Regierung und der Krautjunker ganz auf seiten der Kohlenbarone, ganz wider die Bergarbeiter war, das ließ die Rede des Reichsfinanzlers, womit er auf die sozialdemokratische, vom Genossen Hue begründete Interpellation über den Streik antwortete, mit aller Schärfe erkennen. Ohne ein scharfes Wort gegen die hochmütigen Zehnergehaltigen zu finden, proklamierte er, wie der „Vorwärts“ damals schrieb, „schneidig die preussische Staatsgewalt der Polizisten und Gendarmen gegenüber etwaigen Aufrührungen“. Er sagte wörtlich:

„Ich will aber keinen Zweifel darüber lassen, daß die preussische Staatsregierung die vollen Nachtmittel des Staates einsetzen wird, wenn der im Ruhrgebiete entseelte Lohnkampf in Erzesse andarten sollte.“

Dazu kam freilich nicht infolge der musterhaften Haltung der Bergarbeiter, daß zu Ehren des Kapitals der Säbel heute und die Pistole schon, wie noch 1889. Aber daß der Reichsfinanzler im gegebenen Falle willfährige Werkzeuge gefunden hätte, bewies die Tatsache, daß, als nach der Beendigung des Streiks durch die Siebenerkommission sich eine lebhaft Opposition in der Bergarbeiterschaft regte, sofort Versammlungsverbote erfolgten, daß also die Behörden bereit waren, den Bergarbeitern jede Möglichkeit zur Vespredung ihrer Angelegenheiten zu nehmen, ihnen so auf einem Umwege das Koalitionsrecht, das Streikrecht zu nehmen.

Und die Vergesselnobelle, das Werk des preussischen Dreiklassenparlaments, dieses Gesetz, das nur enthält, was die Zehnerherren annehmbar fanden, dieses Danaergeschenk für die Bergleute, diese Verdöhnung der Bergleute spricht Bände darüber, wo das Herz der Regierung und der Behörden bei diesem großen Lohnkampfe war!

Alles das sind Umstände, die unter Verlächtigung des weiteren Moments, daß keiner dieser Streiks einen ausgesprochenen Parteikarakter trug, daß sie samt und sonders rein wirtschaftliche Kämpfe waren, jeden Arbeiterfreund zur entschlossensten Parteinehmer für die kämpfenden Arbeiter hätten veranlassen müssen.

Genau entgegengesetzt haben sich die „nationalen“ Parteien verhalten, getreu ihrem Charakter als Arbeiterfeinde.

Der Hamburger Hafnarbeiterstreik kam am 2. Dezember 1896 bei der Staatsberatung im Reichstage zur Vespredung. Bevor noch ein sozialdemokratischer Redner zum Wort gekommen war, schnitt der nationalliberale Sprecher Prof. Paasche die Sache mit folgenden weisen Redensarten an:

„Das Bedauerliche dabei ist nicht, daß der Streik absolut notwendig gewesen sei durch die schlechte Behandlung der Arbeiter — darüber kann ich noch nicht urteilen — (lebhaftes Zwischenrufen bei den Sozialdemokraten), sondern daß es englische Agitatoren sind (Erneute Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten), die den Streik veranlassen zum Schaden für unsere nationale Arbeit, um den Handel und Wandel Deutschlands zu beschränken.“

Der nationalliberale Redner suchte also den Streik durch das blöde Märchen zu diskreditieren, daß die Hamburger Hafnarbeiter lediglich infolge der Vergehren englischer Agitatoren streikten. Den Vorwandstrohalm für diese dumme Behauptung lieferte ihm die Tatsache, daß der Vertreter der englischen Hafnarbeiter Tom Man zur Unterstützung der Hamburger herbeigeeilt war, auf Grund seiner Anschauung von der internationalen Lage des Arbeitsmarktes den Streik gutgeheßen hatte und darauf von der den Unternehmern allezeit dienstbereiten Hamburger Regierung schlemmig ausgewiesen worden war, eine Maßnahme, die Herr Paasche natürlich ganz besonders freudig begrüßte.

Am 4. Dezember sprach dann Genosse Liebknecht für die Streikenden, was eine scharfe Erklärung des Staats-

sekretärs v. Vöttcher gegen die Hafnarbeiter herborrief, worin es wörtlich hieß:

„Wenn es je eine Arbeitseinstellung gegeben hat, die nach objektiver Beurteilung der Verhältnisse unbegründet war, so ist es der Streik, den die Stauer (Zuruf: Schauer!) jetzt in Hamburg inszeniert haben.“

Dies provozierende Wort vom Regierungstische entfesselte eine leidenschaftliche Debatte zwischen Regierungsvertretern und Sozialdemokratie. Herr v. Vöttcher sprach nochmals, ebenso Liebknecht, außer ihm von unserer Seite noch Kauer und Wollenbuhr — von den Nationalliberalen nahm niemand mehr zu der Sache das Wort, sie billigten schweigend die Rede v. Vöttchers.

Dagegen hielt Stumm, der Oberscharfmacher, eine Rede, in der es hieß:

„... Daß das englische Kapital dabei im Spiele ist, glaube ich nicht, jedenfalls weiß ich es nicht. Daß aber die englischen Arbeitervereine die Hamburger und sonstigen kontinentalen Hafnarbeiter aufzuwiegen in Versuchung haben, ist unabweisbar. Die Hamburger Arbeiter sind in erheblicher Weise von sozialdemokratischen Agitatoren unterstützt worden; und wenn Herr Liebknecht bestritten hat, daß die Sozialdemokraten in diesen Streik überhaupt eingetreten seien, so hat er sich damit widersprochen. Er sagte: wir billigen jeden Streik; er hat von den Hamburger Arbeitern als seinen Genossen gesprochen. Die Sozialdemokraten sind für diesen Streik, wie für jeden anderen Streik verantwortlich. Herr Liebknecht sagte, daß der Lohn von 24 Mark unzureichend sei; das ist sonderbar, wenn man bedenkt, daß das durchschnittliche Einkommen eines jeden Familienhauptes in Deutschland, gleichgültig ob arm oder reich, noch nicht 4,20 Mark beträgt. Die englischen Gewerbevereine haben sich zu Zeiten entwickelt, wo die Arbeitgeber noch gar nicht daran dachten, sich zu assoziieren, und erst der Terrorismus der Gewerbevereine hat die Arbeitgeber gezwungen, zusammenzutreten im Interesse der Selbstverteidigung. Interessant ist aber das Jugendstudium, daß es sich in Hamburg gar nicht um eine wirtschaftliche, sondern um eine Rechtsfrage handelt. Das habe ich ja hier seit 20 Jahren immer behauptet, gegen den Willen der Sozialdemokraten, daß es sich hier nicht um ethische Fragen, sondern um eine reine Rechtsfrage handelt. (Abg. Liebknecht: Ich habe es nicht gesagt!)“

Außer ihm sprachen in der Debatte noch der Konservative Schwerin-Döwiz und Eugen Richter, die aber mit keinem Wort an die brennende Frage der Zeit, an dem Hafnarbeiterstreik rührten. Der Sprecher der Freisinnigen Volkspartei tat es aus Prinzip nicht. Seine Partei hatte ja schon bei den Reichstagsverhandlungen über den großen Konfektionsarbeiterstreik, der selbst den Nationalliberalen und der Regierung Worte des Bedauerns über das Elend der Konfektionsarbeiter und gegen die ablehnende Haltung der Konfektionäre abgepreßt hatte, in völligem Stillschweigen verharrt und Eugen Richter hat diese die Unternehmer begünstigende Haltung der Freisinnigen Volkspartei in seinem ABC-Buch später damit erklärt, daß „diese Nichtbeteiligung einen zufälligen Grund“ gehabt, indem der dazu bestimmte Redner anderweitig parlamentarisch verhindert war. Er fügte aber hinzu:

„Über auch wenn die Freisinnige Volkspartei Gelegenheit gehabt hätte, sich an diesen Verhandlungen zu beteiligen, würde sie nicht wie andere Parteien, eine bestimmte Stellung genommen haben zu dem während jener Zeit in Berlin und anderen Orten ausgebrochenen Streik in der Konfektionsindustrie. Die Freisinnige Volkspartei nimmt grundsätzlich zu schwebenden Streiks keine Stellung, es sei denn, daß während eines Streiks eine ungerechtfertigte Anwendung von gesetzlichen Bestimmungen oder eine sonstige unzulässige Einmischung der Behörden Platz greift.“

Ein dem Unternehmertum gewiß sehr angenehmer Standpunkt!

Als am 13. Dezember abermals von den Sozialdemokraten der Hamburger Hafnarbeiterstreik in die Debatte gezogen wurde und der Herr v. Vöttcher wieder auf Grund unzutreffender Lohnlisten das Unberechtigte des Streiks darzulegen versuchte, da war es der Nationalliberale Zehsen, der sich auf seine und der Schiffreederei Seite stellte. Sonst wurde noch die obligate Scharfmacherrede Stumms gehalten, die übrigen Parteien schwiegen, als weißer Rabe unter seinen Klassengenossen sprach Vartch von der Freisinnigen Vereinigung; er sprach zwar auch nicht für die Arbeiter und wandte sich gegen die Forderungen der Sozialdemokratie, aber er suchte doch eine vermittelnde Haltung einzunehmen und warnte die Reeder vor Scharfmacherei.

Was die „nationalen“ Parteien taten, das tat natürlich auch die „nationale“ Presse. Die herrschenden Klassen mobilisierten, wie Vassalle einst sagte, die „europäische Großmacht“ der Lüge für sich. Als der Meisenstreik nach vielwöchentlichem Kampfe erfolglos abgebrochen werden mußte, weil trotz der glänzenden Opferwilligkeit der Arbeiterklasse — die fast allein die ganze riesige Unterstützungssumme aufgebracht hat — die große Streikunterstützungssumme für längere Zeit nicht aufgebracht werden konnte, wie hat damals die „nationale“ Presse gejubelt über die angebliche Niederlage der Sozialdemokratie — die den Streik so wenig gemacht hatte, wie alle anderen — über den „Stoß ins Herz der Sozialdemokratie!“

Die freisinnige Presse blieb dabei nicht dahinten, sondern hefte mit am eifrigsten — besonders tat sich die „Vossische Zeitung“ mit ebenso dummen wie hämischen Artikeln hervor!

Noch schlimmer war die Haltung der nationalen Parteien beim Grimmitzauer Weberstreik, weit schlimmer,

weil die Maßnahmen der Behörden gegen die Streikenden, die die „Nationalen“ in diesem Falle billigten, viel krasser waren, als beim Hamburger Streik, weil ihre Haltung ein Angriff auf gebundene, geknechtete, des Versammlungsrechtes durch die sächsische Obrigkeit beraubte Arbeiter war, ein Angriff auf bedrückte, schlecht entlohnte, überlang ausgebeutete Textilarbeiter, die vornehmlich eine geringe Abkürzung ihrer gesundheitsgefährlichen Arbeitszeit von 10 Stunden forderten.

Das Drama von Crimmitschau ist noch in frischer Erinnerung. Die sächsischen Behörden nahmen den schwer ringenden Weibern unter lächerlichen Vorwänden — die Haltung der Streikenden war über alles Lob erhaben, der beste Beweis dafür ist die geringe Anzahl und die Geringfügigkeit der über angebliche Streikführer wegen Arbeitswilligenbeleidigung usw. verhängten Strafen — das Versammlungsrecht, schloßen durch einen extra gebildeten Gendarmengürtel die Streikenden hermetisch von den Arbeitswilligen ab, verboten ihnen selbst gemeinsame Weihnachtsfeiern u. a. m.

Am 10. Dezember brandmarkte Weibel im Reichstage das Verhalten der sächsischen Behörden wider die Crimmitschauer Arbeiter. Die bürgerlichen Parteien antworteten mit Schweigen. Von all den Rednern der Parteien, die in dieser großen Staatsdebatte, in der der Reichskanzler ein paar seiner bekannnten „witzigen“ Sozialistenörter neben hielt, das Wort ergriffen, sagten der freisinnige Volksparteiler Eugen Richter, der Nationalliberale Sattler, der christlich-soziale Stöcker, der Demokrat Blumenthal, der Antifemist Liebermann v. Sonnenberg nichts über Crimmitschau. Sie ignorierten die flammenden Anklagen der Sozialdemokratie, auf die allein der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Fischer einging. Nur der Freiconservative v. Kardorff und der Konservative Limburg-Sturum fanden Worte gegen die geknechteten Arbeiter und für Sachsens Regierung. Die anderen schwiegen — schwiegen sehr bereit!

Das änderte sich aber, als im Januar die Debatte über Crimmitschau wieder aufgenommen wurde, da war es der nationalliberale Abgeordnete Lehmann-Jena, derselbe, der jetzt wieder in diesem Wahlkreise mit unserem Genossen Leutert in der Stichwahl steht, der also das Vertrauen der Nationalliberalen noch heute hat, der den sächsischen Behörden und den Crimmitschauer Textilarbeitern beispiegelte. Es kamen in seiner Rede die folgenden schönen Stellen vor:

„Heute befinden sich besonders auch bei uns in Thüringen die Unternehmer in einer unwürdigen Abhängigkeit von den Arbeitern. Es war ... kein Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern, sondern eine Nachtfrage. ... Die Sozialdemokratie bezeichnet sich immer als die Vertreterin der ärmsten Arbeiter, die zwei Millionen aber, die sie für Crimmitschau aufgebracht hat, sind doch ein recht gutes Zeichen für die Steuerkraft der Arbeiter, die dem Herrn Reichsfinanzsekretär sehr angenehm sein wird. ... Es ist der Sozialdemokratie ja gar nicht um den Zehnstundentag zu tun, hat sie diesen erreicht, so wird sie sicher den Achtstundentag fordern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann den Sechstundentag (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und wenn sie diesen hat, die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Fabriken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen eben die Arbeiter nicht zufrieden werden lassen, sonst würden Sie ja den Akt abgeben, auf dem Sie sitzen.“

Im besonderen hat dann Herr Lehmann noch die Maßnahmen der Behörden, das generelle Verbot aller Versammlungen für die ganze Streikperiode, die Verlegung der Stadt mit einer ganzen Schar Gendarmen, die hermetische polizeiliche Absonderung der Arbeitswilligen von den Streikenden ausdrücklich gebilligt, ja direkt gelobt!

Im sekundären sein nationalliberaler Fraktionsgenosse, der den Arbeitern nur zu wohlbekannte Herr Beumer, den die Nationalliberalen des sicheren Durchfalls wegen, die diesem erklärten Arbeiterfeinde im Arbeiterwahlkreis Duisburg-Oberhausen beiseite gewesen wäre, jetzt nicht wieder aufzustellen wagten — der das blöde Wort von der „Nachtprobe der Sozialdemokratie“ wiederholte, gegen den Zehnstundentag wüthete und die Ueberstunden pries.

In dieselbe Reihe hieb der Antifemist Gräfe-Baugen, der die Gendarmenwirtschaft der sächsischen Regierung geradezu „eine rettende Tat“ nannte. Andere bürgerliche Abgeordnete sekundierten diesen Verteidigern der Arbeiterentrechtung. Bemerkenswert ist, daß der freisinnige Volksparteiler Dr. Mugdan in der Debatte eine lange Rede gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen hielt, Crimmitschau aber mit keinem Worte streifte!

So haben die „nationalen“ Parteien an den kämpfenden Crimmitschauer Weibern gehandelt!

Wie sie an den Vergarbeitern gehandelt haben, das ist noch in frischer Erinnerung. Der Nationalliberale Beumer hielt die Rede, die er als Vertreter der Zehnjährigen halten mußte, ein freisinniger Volksparteiler und Stöcker fanden diesmal Worte für die Arbeiter, weil die öffentliche Meinung den Kohlenbaronen durchaus abgeneigt war — herausgekommen ist schließlich für die Vergarbeiter die schändliche Vergessenenovelle, diese Spottgeburt des preussischen Dreiklassenhauses!

So hat sich die „Arbeiterfreundlichkeit“ der „nationalen“ Parteien an den Prüffleinen der großen Massenstreiks stets als eitel Talmi erwiesen!

Der Arbeiter, der einen „nationalen“ Stimmzettel abgibt, stimmt für seine Feinde!

**Druckfehlerberichtigung.** In unserem gestrigen Leitartikel muß es heißen:

„Nun könnte das Reichsfliegenpad sagen: Wenn auch 894 000 Besigende wirklich zwanzigmal soviel Vermögen besitzen wie die vielen Millionen Proletarier“ usw. (statt: „zweihundertmal soviel Vermögen“ usw.).

Die Leser dürften den Druckfehler freilich selbst berichtigt haben, ergab sich doch die richtige Besart aus den vorher angeführten Zahlen, in denen 2962 Millionen proletarischer Sparloshen einlagen dem Vermögen der 894 000 preussischer Rentisten in Höhe von 68 788 Millionen gegenübergestellt wurden.

## 3255 970 Stimmen!

### 245 199 Stimmen Zuwachs!

Die „vernichtende Niederlage“ der Sozialdemokratie weist sich im Lichte der Stimmenergebnisse als ein ganz respekabler Erfolg aus. Das Wahlergebnis vom 25. Januar ist im Grunde eine nachdrückliche Demonstration gegen unsere Wahlkreisgeometrie. Mehr Stimmen, weniger Mandate!

Das ist das Resultat, und daraus machen die Gegner eine „vernichtende Niederlage der Sozialdemokratie“ und einen Sieg des Liberalismus. Tatsächlich hat der Stumpfsinn der Partei der Nichtwähler — allerdings dazu beigetragen, den Sieg der Wahlkreisgeometrie zu vergrößern.

Bei der Wahl im Jahre 1903 erlangte die Sozialdemokratie bei 3 010 771 Stimmen im ersten Wahlgange 56 Mandate. Die gleiche Stimmzahl hätte uns nach dem Proporzsystem 126 Mandate gesichert. Jetzt haben wir unsere Stimmzahl um 245 199 erhöht, aber 26 Mandate weniger erobert. Ein blutiger Hohn auf das „gleiche Wahlrecht“!

Nur das Zentrum hat einen noch größeren Stimmenzuwachs zu verzeichnen wie die Sozialdemokratie; es gewann rund 400 000 Stimmen. Daß es so kommen würde, hat der „Vorwärts“ ja vorausgesagt. Alle anderen Parteien, die jetzt in blödem Siegestaumel sich über den Rückgang der Sozialdemokratie freuen, haben einen geringeren Zuwachs als die „vernichtete“ Sozialdemokratie.

Im Nachfolgenden geben wir die Zahlen der letzten Wahl in Gegenüberstellung zu den Resultaten der Hauptwahl vom 16. Juni 1903.

Für die Sozialdemokratie wurden im Deutschen Reich Stimmen abgegeben:

|                    |                         |
|--------------------|-------------------------|
| 1903 . . . . .     | 3 010 771               |
| 1907 . . . . .     | 3 255 970               |
| Zunahme: . . . . . | 245 199 = 8,14 Prozent. |

Nach Staaten geordnet ergeben sich folgende Zahlen:

|                                | 1903      | 1907      | in 1907 + — mehr | — weniger |
|--------------------------------|-----------|-----------|------------------|-----------|
| Preußen . . . . .              | 1 649 608 | 1 813 950 | + 164 342        |           |
| Bayern . . . . .               | 212 505   | 237 891   | + 25 386         |           |
| Sachsen . . . . .              | 441 764   | 418 570   | - 23 194         |           |
| Württemberg . . . . .          | 99 743    | 115 724   | + 15 981         |           |
| Baden . . . . .                | 72 300    | 93 338    | + 21 038         |           |
| Hessen . . . . .               | 68 834    | 76 992    | + 8 158          |           |
| Mecklenburg-Schwerin . . . . . | 49 778    | 44 271    | - 5 507          |           |
| Stettin . . . . .              | 6306      | 6050      | - 256            |           |
| Sachsen-Weimar . . . . .       | 28 247    | 28 788    | + 541            |           |
| Braunschweig . . . . .         | 36 869    | 37 203    | + 334            |           |
| Oldenburg . . . . .            | 17 971    | 21 705    | + 3 734          |           |
| Sachsen-Meiningen . . . . .    | 16 681    | 17 885    | + 1 204          |           |
| Sachsen-Altenburg . . . . .    | 18 695    | 19 092    | + 397            |           |
| Sachsen-Coburg . . . . .       | 19 299    | 20 390    | + 1 091          |           |
| Anhalt . . . . .               | 27 673    | 27 641    | - 32             |           |
| Schwarzb.-Rudolstadt . . . . . | 8 743     | 8 250     | - 493            |           |
| Sondershausen . . . . .        | 5 237     | 5 798     | + 561            |           |
| Waldeck . . . . .              | 1 830     | 1 122     | - 708            |           |
| Neuch (Ältere Linie) . . . . . | 6 840     | 6 304     | - 536            |           |
| (Jüngere Linie) . . . . .      | 13 261    | 13 157    | - 104            |           |
| Schaumburg-Lippe . . . . .     | 2 310     | 2 668     | + 358            |           |
| Härsentum Lippe . . . . .      | 3 719     | 5 756     | + 2 037          |           |
| Lübbecke . . . . .             | 11 155    | 11 675    | + 520            |           |
| Bremen . . . . .               | 25 076    | 27 862    | + 2 786          |           |
| Hamburg . . . . .              | 100 112   | 112 892   | + 12 780         |           |
| Elb-Lothringen . . . . .       | 68 287    | 81 589    | + 13 302         |           |
|                                | 3 010 771 | 3 255 970 | + 245 199        |           |

Stimmerrückgang haben wir nur in Sachsen, den beiden Mecklenburg und in verschiedenen kleinen Thüringischen Staaten. Ganz erhebliche Zunahme erzielten wir in den vorwiegend industriellen Bezirken mit Ausnahme von Schlesien.

Unser Anteil an der Gesamtstimmzahl ist prozentual durch die stärkere Beteiligung etwas zurückgegangen. Wir machen nach den vorliegenden Angaben folgende Aufstellung:

|                | Abgegebene Stimmen | Darvon für die Sozialdemokratie überhaupt | in Prozenten |
|----------------|--------------------|---|--------------|
| 1903 . . . . . | 9 495 587          | 3 010 771                                 | 31,70        |
| 1907 . . . . . | 11 067 435         | 3 255 970                                 | 29,42        |

Nach der erlangten Stimmzahl fielen uns bei einem Proporzsystem 117 Mandate zu.

Die Erklärung über die Ursachen des Stimmerrückganges stellen wir vorläufig noch zurück. Das aber kann schon gesagt werden: das Wahlergebnis enthält nichts Entmutigendes für die Sozialdemokratie. Das diesmalige Ergebnis ist ein Spiegel der tatsächlichen Stärke der Partei. Die Wähler sind verschwunden.

Die Enttäuschung der Wahlhoffnungen der Partei wird nur die Sozialdemokratie stärken, sofern sie die richtigen Lehren aus dem diesmaligen Wahlausfall zu ziehen versteht!

## Zu den Stichwahlen.

Genosse Wilhelm Wos esucht uns um Veröffentlichung folgender Zuschrift:

Als ein alter Parteigenosse, der seit nun bald vier Jahrzehnten in den Wahlkämpfen der Sozialdemokratie mitgekämpft hat, bitte ich die Redaktion des „Vorwärts“, mir Gelegenheit zu geben, ein Wort an gewisse Parteikreise zu richten. Ich brauche dieselben nicht näher zu bezeichnen; die es angeht, wissen es schon.

Der Parteivorstand hat in seinem Aufruf zu den Stichwahlen die Weisung gegeben, es solle kein sozialdemokratischer Wähler für einen nationalliberalen Kandidaten stimmen. Der Parteivorstand hat damit die Interessen der Partei und des gesamten Volkes vortrefflich gewahrt.

Für ältere Parteigenossen, welche die Traditionen der Partei aufrecht zu erhalten gewohnt sind, hätte es dieser Weisung nicht bedurft. In diesen Traditionen gehört es, einem Nationalliberalen unter keinen Umständen eine Stimme zu geben.

Aber die Weisung des Parteivorstandes war erforderlich, da in neuerer Zeit viele Parteigenossen wiederholt von der Tradition abgewichen sind.

Wenn man sich durch liberales Phrasengeklänge vielleicht hat bestimmen lassen, das Zentrum für das „größere“, den Nationalliberalismus für das „kleinere“ Uebel zu halten, so ist das sehr bedauerlich.

Den Nationalliberalen verdanken wir wesentlich das Sozialistengesetz. Wenn die Urheber dieses Gesetzes behaupten, daß sie gegenüber dem Zentrum die „geistige Freiheit“ verletzten, so ist das einfach lächerlich.

Nach dem Falle des Sozialistengesetzes hat die nationalliberale Partei sich alsbald wieder bemüht, ein Ausnahmengesetz zustande zu bringen. Die Ernennung des französischen Präsidenten Carnot, mit der die französische und die deutsche Sozialdemokratie nicht das geringste zu tun hatten, wurde von den Nationalliberalen zu einem Feldzug gegen den Umsturz in Deutschland benutzt. Daß die damit provozierte Umsturzvorlage nicht zum Gesetz wurde, war nicht das Verdienst der nationalliberalen Partei.

Die nationalliberale Partei ist von dem grimmigsten Hass gegen die Sozialdemokratie erfüllt und wird — namentlich jetzt — jedem Ausnahmengesetz mit Hurra zustimmen. Auf die Versprechungen einzelner Mitglieder dieser Partei ist nichts zu geben. Das Zentrum ist eine durch und durch reaktionäre Partei; wir sind durch eine Welt von demselben getrennt. Aber das Zentrum ist bis jetzt immer noch auf dem Boden des gemeinen Rechts stehen geblieben und hat uns nicht mit Ausnahmengesetzen desolgt.

Diese einfache Gegenüberstellung der Tatsachen möge genügen.

Nun hat sich in verschiedenen Kreisen, von Nationalliberalen und Zentrum zur Stichwahl ziehen und wo die Sozialdemokratie die

Entscheidung hat, unter den Parteigenossen die Reizung kundgegeben, entweder für den Nationalliberalen zu stimmen oder durch Wahlenthaltung demselben zum Siege zu verhelfen.

Die älteren Parteigenossen, die seinerzeit unter dem Jubel der Nationalliberalen mit dem von dieser Partei hauptsächlich geschaffenen Sozialistengesetz verfolgt, in den Kerker geworfen, ausgewiesen und existenzlos gemacht worden sind — diese Parteigenossen müssen jede sozialdemokratische Stimme, die auf einen Nationalliberalen fällt, als eine persönliche Kränkung und Mißachtung empfinden.

Die gleiche Empfindung wird bei ihnen vorherrschend sein, wenn die Parteigenossen durch Wahlenthaltung einem der sich nationalliberalen nennenden Reaktionen zum Siege verhelfen.

Ich darf überzeugt sein, daß ich Tausenden und Abertausenden alter treuer Parteigenossen aus der Seele spreche.

Cannstatt, 31. Januar 1907. Wilhelm Wos.

## Wahlnachrichten.

Von den Reichstagswahlen in Bayern

Stiegen jetzt die sämtlichen amtlichen Resultate vor, so daß man Gewinn und Verlust übersehen kann. In ganz Bayern wurden am 25. Januar 1 142 602 Stimmen abgegeben. Davon fielen auf das Zentrum 509 588, auf den Block 245 468, auf die Sozialdemokratie 236 871, auf den Bauernbund 73 519, auf den Bund der Landwirte 28 913, auf die Konserativen 26 687, freisinnige und demokratische Sonderkandidaturen 4390, Mittelstand 9098, zerstückelt sind 1245 Stimmen. Die Stimmen der Sozialdemokratie haben sich gegen die Wahl von 1903 um 24 166 vermehrt. Der Zuwachs verteilt sich auf die einzelnen Regierungsbezirke wie folgt: Oberbayern 2528, Niederbayern 2358, Rheinpfalz 3357, Oberpfalz 2051, Oberfranken 1189, Mittelfranken 8964, Unterfranken 2097, Schwaben 1722. In 8 von den 48 bayerischen Wahlkreisen hat die Sozialdemokratie gegen 1903 einen Stimmerrückgang erlitten. Der Verlust beträgt zusammen 2299, im einzelnen: In München I 1455, Deggendorf 66, Nomburg 33, Forchheim-Kulmbach 253, Kronach 22, Eichstätt 115, Hofenburger 191, Schweinfurt 164. In der Oberpfalz und in Schwaben war in keinem einzigen Wahlkreise ein Stimmerrückgang zu verzeichnen. In folgenden Wahlkreisen erhob sich der Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen über 1000: Nürnberg 6241, Fürth 2511, Regensburg 1122, Hof 1107, Rosenheim 1078, Weilheim 1052.

In der Reihenfolge der Gesamtstimmzahlen der einzelnen Parteien rangiert die Sozialdemokratie an dritter Stelle. Sie hat nicht ganz die Hälfte der auf das Zentrum gefallenen Stimmen und bleibt nur um 8000 Stimmen hinter dem Block zurück, der die freisinnigen, nationalliberalen, demokratischen, nationalsozialen Stimmen erhielt und dem teilweise auch händlerische, konservative, sogar Zentrumstimmen zuzählen. Könnte man diese dem Block eigentlich nicht zuzählenden Stimmen in Abzug bringen, so würde die Sozialdemokratie jedenfalls an die zweite Stelle rücken. Bei 48 Abgeordneten, die Bayern zu wählen hat, kommen auf jeden Abgeordneten im Durchschnitt etwas über 3800 Stimmen. Würde die Verteilung der Mandate prozentual erfolgen, so würden dem Zentrum 21 bis 22, dem Block 10 bis 11, der Sozialdemokratie 9 bis 10, den übrigen Parteien zusammen 5 bis 6 Abgeordnete zukommen. Ueber den Durchschnitt erhebt sich von den Gewählten nur einer: der in Nürnberg mit 35 000 Stimmen gewählte Sozialdemokrat Dr. Sadekum. In München muß Bollmar mit 40 000 Stimmen in die Stichwahl!

Wenn wir auch in Bayern einen größeren Fortschritt erwartet hatten, so besteht doch in Anbetracht der Verhältnisse kein Grund zum Klagen. Die nahezu 237 000 Stimmen, die auf uns fielen, sind rein sozialdemokratische Stimmen. Die „nationale“ Geze hat auch bei uns die Wähler davon geschreckt, auch sind uns viele Stimmen dadurch entgangen, daß das städtische und ländliche Kleinbürgertum, von dem ein großer Teil früher mit uns stimmte, sich jetzt scharf von uns abgesondert hat und zu den bürgerlichen Parteien übergegangen ist oder besondere Parteigruppen gebildet hat. Die Stimmenmehrheit, die wir zu verzeichnen haben, ist eine wirkliche sozialdemokratische Ertrungenschaft.

### „Freisinnige“ Stichwahlparole.

Für Eilenburg-Bitterfeld beschloßen die „freisinnigen“ Wähler für den freiconservativen Bauernmeister gegen den Sozialisten Raute. —

### Nationalsozialistische Stichwahlparole.

Wir erhalten folgende Privatbesche: Jena, den 1. Februar.

Die Nationalsozialen des 3. Sachsen-Weimarschen Wahlkreises (jetzt im „Liberalen Verein“ organisiert), die im Jahre 1903 in der Stichwahl für den nationalliberalen Gutsächter Lehmann gegen die Sozialdemokratie den Ausschlag gaben, stellen es für die bevorstehende Stichwahl ihren Anhängern frei, wiederum Lehmann oder aber unseren Genossen Leutert zu wählen.

### Nationalsozial!

### Ein eingegangener „Arbeiterfreund“.

Der Kommerzienrat Manz in Bamberg, der als Kandidat des Blocks mit unserem Genossen Segitz im Fürther Wahlkreise in Stichwahl steht, hat sich während der Wahlpropaganda häufig mit seiner Arbeiterfreundlichkeit gebrüht, um die Stimmen der Arbeiter einzufangen. Man konnte ihm leicht die Scharfmacherei, die er oft genug als Vorsitzender des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftfabrikanten ausgeübt hat, nachweisen, auch wurde ihm vorgehalten, daß er im Gemeindefolkium zu Bamberg, dem er angehört, die Bitten der sächsischen Arbeiter heftig bekämpft und geäußert habe, man müsse mit eisernem Besen auskehren, wie es in Breslau geschehen sei. Herr Manz fühlte sich dadurch so schwer gekränkt, daß er es in der letzten Sitzung des Gemeindefolkiums für notwendig hielt, alles als Wahlmandat zu erklären. Er sei kein Arbeiterfeind, habe keinen Januskopf und habe die erwähnte Äußerung niemals getan. Da erhob sich der Gemeindefolkiumsmitglied Schneider, ein christlicher Arbeiter, und erklärte, Herr Manz habe die Äußerung tatsächlich gebraucht, und zwar in einer Kommissionsitzung, nur der Hinweis auf Breslau sei nicht gefallen. Tableau! Der Arbeiterfreund blieb stumm wie ein Fisch und überließ es einem seiner Mitschärfmacher, ihn durch Ausreden herauszuheizen zu wollen.

### Unsere sächsischen Verluste nach den amtlichen Ergebnissen.

Auf Grund einer Zusammenstellung nach den amtlichen Wahlergebnissen ergibt sich, daß die sächsische Sozialdemokratie am 25. Januar 418 457 Stimmen erreichte. Das sind 23 307 Stimmen weniger als 1903, wo wir eine Stimmzahl von 441 764 zu verzeichnen hatten. Die von der Ordnungspresse verbreitete Meldung, wonach wir 43 000 Stimmen Verlust haben sollen, beruht auf unglaublich groben Rechenfehlern.

### Aus dem Wahlkreise Landsberg-Soldin

wird uns berichtet:

Unsere Hoffnungen sind, das ist nicht zu leugnen, nicht erfüllt worden. Der Konservative ist im ersten Wahlgange mit 18 829 Stimmen gegen 6477 sozialdemokratische und 6176 liberale gewählt. Allerdings nicht auf Grund des geheimen Wahlrechts! Das Geheimnis der Wahl ist schamlos verletzt worden. Die Furcht vor Verlust der Existenz hat daher viele Wähler zur Abgabe konservativer Stimmzettel veranlaßt, obgleich solche Wahl ihrer Bestimmung durchaus nicht entspricht. Bei der vorigen Wahl haben wir es im zweiten Wahlgange erlebt, daß unsere Stimmen in vielen Orten zurückgingen, weil den Wählern auf den Kopf zugehakt wurde, wie sie im ersten Gang gestimmt hätten. Diese Kuriosität war bei dieser Wahl noch viel schlimmer. Einem unserer Kontrollenre ist in einem Orte, wo wir bei der vorigen Wahl 40 Stimmen, jetzt aber nur acht erhielten, nach Pöhlischung von den Wählern treuherrig

gesagt worden: „Wenn wir das gewußt hätten, hätten wir wieder sozialdemokratisch gewählt.“ Unser Kontrolleur hatte nämlich die Urne vor dem Öffnen der Kautschuk umgestülpt. In einem anderen Wahllokal ist es unserem Kontrolleur gelungen, die Kontroll-Liste, die von einem Untergebenen des Wahlvorstehers geführt wurde, sich anzueignen. Die Liste weist deutlich nach, wie jeder gewählt hat. Da die Wähler dergleichen Praktiken vom vorigen Mal noch im Gedächtnis hatten, so ist es klar, daß nur die Unerschrockensten sozialdemokratisch wählten, und das waren von den 110 eingeschriebenen Wählern vier! Das Aufeinandersehen der Urnen ist die abgefeimteste Kontrolle, wie sie raffiniert gar nicht ausgedacht werden kann. Wie der Herr Wahlkommissar darüber denkt, möchte sich Genosse Kasper ungern lassen, da ihm auf seine mündliche Mitteilung, daß er im Besitze solcher Kontrolllisten sei, der landräumliche Bescheid zu teil wurde, die Aneignung der Liste sei Diebstahl. A. mußte auf dem Landratsamt auch noch unfehligerweise hören, wie am Telefon darüber gesprochen wurde, wie die konservativen Wahlschulden gedeckt würden. Natürlich soll damit nicht gesagt sein, daß der Landrat in den Kampf der Parteien getreten sei. Das Telefon besorgte ein Untergebener der Herren.

## Die Kriegsinvaliden und die Kriegervereiner.

Zu den Petitionen, die am regelmäßigsten beim Reichstage eingehen, gehören die der Militärinvaliden. So war es z. B. auch im Jahre 1895. Zehntausende von Invaliden haben unter Hinweis auf ihre traurige Lage um Erhöhung ihrer Pensionen. Doch was antwortete die Regierung? In der Petitionskommission erklärte der Geheimere Oberregierungsrat Plath, daß an eine allgemeine Erhöhung der Pensionen nicht gedacht werden könne. Durch das Gesetz vom Mai 1893 seien den Invaliden Zugeständnisse in weitem Maße gemacht worden. Zu weiteren Zulagen fehle das Geld. Und was war im Jahre 1893 für die Aufbesserung der Pensionen getan worden? Die Kriegszulage war von monatlich 6 auf 9 Mark, also pro Tag um knapp 10 Pfennig erhöht worden!

Aber neben den eigentlichen Invaliden waren Tausende von ehemaligen Soldaten vorhanden, die zwar unverletzt aus den Feldzügen zurückgekehrt, aber infolge der erlittenen Strapazen vorzeitig sich und erwerbsunfähig geworden waren. Diese Armen hatten seit Jahren um Gewährung eines Ehrensoldes gebeten. Es mögen von Teilnehmern am Kriege 1870/71 heute noch etwa 700 000 bis 800 000 Mann leben. Im Jahre 1895 konnte über diese Bitten nicht gut mehr hinweggegangen werden und die Regierung beantragte daher, den völlig erwerbsunfähig gewordenen Teilnehmern an Feldzügen einen Ehrensold von jährlich 120 M. zu gewähren.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten beantragten dagegen, den Sold auf 360 M. zu erhöhen, mit der Begründung, daß für einen völlig erwerbsunfähigen Menschen 1 M. pro Tag das mindeste sei, was er zum Leben haben müsse.

Nach hitzigen Debatten wurden die sozialdemokratischen Anträge von allen übrigen Parteien des Reichstages niedergestimmt und die Vorschläge der Regierung angenommen. Gegen den maßvollen Vorschlag der Sozialdemokraten wurde unter anderem angeführt: vom Staatssekretär Graf v. Pofadowsky:

„Hier in Berlin mag man mit 120 M. nicht leben können, wenn man vollkommen arbeitsunfähig ist. Wenn Sie sich aber an die Verhältnisse der kleinen Städte und des platten Landes erinnern wollen, so kann man dort mit ungemein niedrigen Beiträgen auskommen. Die Empfänger der Altersversicherungsgelder müssen ja auch davon leben. Es sind Verwandte, bei denen sie sich in Pension geben, verheiratete Kinder usw. Man kann in kleinen Städten aber auch anderwärts sehr billig unterkommen, so daß ich doch glaube, daß ebenso wie die Empfänger von Alters- und Invalidenrenten davon leben müssen, sich auch eine Möglichkeit für die vollkommen arbeitsunfähigen Kriegsteilnehmer bieten wird, für ihre Beihilfe bei Verwandten unterzukommen oder doch wenigstens am Orte ein, wenn auch sehr bescheidenes, sehr dürftiges, doch von der öffentlichen Wohltätigkeit unabhängiges Leben zu führen. (Sitzung des Reichstags vom 15. Mai 1896. S. 2264.)“

Durch die Belastung infolge der Zölle, Grenzsperrn allein wird der Haushalt einer Familie, die aus fünf Köpfen besteht, jährlich mit mindestens 120 M. belastet. Aber mit 120 M. sollen vollkommen erwerbsunfähige Vaterlandsverteidiger auskommen können!

Namens des Zentrums wollte Abg. Dache einen Rechtsanspruch auf hinreichende Unterstützung für die, die am Kriege teilgenommen haben, nicht anerkennen.

Der konservative Abgeordnete v. Leipziger wendete sich gegen die Erhöhung von 120 auf 360 M. und führte dabei aus (Stenographischer Bericht Seite 2268):

„Der Herr Staatssekretär des Reichskriegsamt hat sehr überzeugend ausgeführt, daß Herr Kollege Singer die Verhältnisse der Stadt vor Augen hat. Wie steht's denn bei der Alters- und Invaliditätsversicherung? Glauben Sie mir, daß die Leute, die auf dem Lande eine Rente von 106, 120 M. haben, von den meisten Leuten gern ins Haus genommen werden. Ein alter Mann, der dies bare Einkommen hat, ist sich noch mit am Tische des Wirtes satt, und wir haben das bare Geld jeden Monat in der Tasche, sagt der kleine Mann, und ist damit sehr zufrieden.“

Die Konservativen, die Ultramontanen und die Regierung setzten freilich das Einkommen des Reichskanzlers auf 100 000 M. fest. Wäre der Konservative mit einem eigenen Einkommen von nur 120 M. jährlich sehr zufrieden? Der preussische Landwirtschaftsminister hielt sein Einkommen von circa 50 000 M. für so unzureichend, daß seine Frau bei der Firma Toppel noch ein paar mal hunderttausend Mark jährlich hinzuverdienen mußte!

Man ersieht auch aus dieser Erinnerung, wie tief die sich „staatsverhaltend“ nennenden Parteien die wirklich Darbenden, die wirklich Erwerbstätigen misachten. Den Kriegervereiner, die für solchen Ordnungsbrei ihre Stimme abgeben, wird freilich das Verhalten der Junker und Junkergenossen im Parlament sorgfältig verschleierte.

Wer sein Wohl und das Wohl seiner Familie im Auge hat, wer für sein Vaterland wahrhaft national eintreten will, darf nicht für den Hurratriotismus, sondern muß für die Sozialdemokratie stimmen!

Ein Kriegervereinsmitglied ist kein Bürger zweiter Klasse. Zu Bürgern zweiter Klasse werden aber die Mitglieder der Kriegervereine, wenn sie sich durch patriotischen Phrasenschwall und große — Versprechungen verleiten lassen, ihre eigenen Interessen, die ihrer Familie und der Gesamtheit der Staatsbürger, also die wahren Interessen des Vaterlandes, durch Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen zu verraten. Das Heer wollen die bürgerlichen Parteien zu einem Nachmittage zur Unterdrückung der Rechte des Volkes

gestalten. Daher die sorgsame Scheidung zwischen den aus der herrschenden Klasse entnommenen Vorgesetzten und den „Untergebenen“. Ein Volksherr, in dem jede Stellung dem dazu Befähigten ohne Rücksicht auf seinen und der Seinen Geldsack oder Herkunft zugänglich ist, würde unter unendlich geringeren Opfern des einzelnen schlagfertig gegen alle Feinde des Vaterlandes, des Volkes sein. Ein Volksherr kämpft unbefleglich für die Interessen des Volkes, der Gesamtheit, des Vaterlandes. Ein Heer, das in seiner Masse aus Söldnern oder aus Untergebenen besteht, die auch im Interesse der bestehenden Klasse gegebenen Befehlen ihrer Vorgesetzten zu gehorchen haben, kann diesen Interessen nicht dienen, muß Mißhandlungen der Untergebenen, Unterdrückung des Menschlichen im Menschen zur Folge haben!

Es ist verständlich und erklärlich, wenn ehemalige Soldaten ihre Erinnerungen an ihre frühere Dienstzeit untereinander in geistlichem Beisammensein austauschen wollen. Ein anderes Gesicht bekommt die Sache, wenn von Offizieren außer oder in Diensten verjagt wird, unter dem Deckmantel des Kriegervereins politische Zwecke zu verfolgen, insbesondere den, die Kriegervereinskameraden von der Verfolgung ihrer wahren Interessen durch Alibim und Hinterlistigen und Dressur gegen freisinnliche Regierungen den Interessen der bestehenden Klasse dienstbar zu machen!

Leider haben sich am 25. Januar auch viele Kriegervereiner durch die hurratriotische Phrase und die Verleumdungen der Sozialdemokratie dazu verleiten lassen, gerade gegen diejenige Partei zu stimmen, die, wie wir oben nachwiesen, im Ernstfalle einzig von allen Parteien für die Kriegsinvaliden eingetreten ist!

Hier hat die Sozialdemokratie wahrhaft positive Arbeit leisten wollen, die bürgerlichen Parteien, Junker und Freisinn haben jedoch diese positive Arbeit der Sozialdemokratie vereitelt!

Darum, Ihr Kriegsinvaliden und ehemalige Soldaten, wählt bei den Stichwahlen so, wie es Euch die Verunft, Euer Interesse und die wahre nationale Ehre gebieten!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Februar 1907.

### Bülow's Stichwahlparole.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fährt fort, den Parteien des „nationalen“ Blocks dringend zu empfehlen, einmütig bei den Stichwahlen gegen die Sozialdemokratie zu stimmen und das Zentrum zu schonen, in jedem Falle aber den Zentrumskandidaten dem sozialdemokratischen Kandidaten vorzuziehen.

„Im einzelnen Falle,“ schreibt sie, „mag es ja freilich Ueberwindung kosten, daraus die richtigen Konsequenzen für die Praxis zu ziehen, namentlich dort, wo vor der Hauptwahl die Parteigegegensätze zwischen einzelnen bürgerlichen Parteien scharf hervorgetreten sind. Oertlicher Verhältnisse wegen mag in manchen Wahlkreisen auf die durchgreifende Wirksamkeit einer allgemeinen Wahlparole nicht zu rechnen sein. Die Tatsache jedoch, daß die Gegensätze zwischen zwei bürgerlichen Parteien in keinem Falle so hart sein können, als die jeder dieser Parteien zur Sozialdemokratie, sollte bei den lokalen Entscheidungen niemals aus dem Auge verloren werden.“

So wäre es z. B. schwer verständlich, wie ein Zentrumswähler es vor seinem religiösen Gewissen, ein konservativer oder liberaler Wähler es vor seinem nationalen Bewußtsein verantworten wollte, die Niederlage der Sozialdemokratie bei den Hauptwahlen durch Begünstigung der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen abzuwehren. Weder kann das Zentrum hoffen, seinen früheren Einfluß im Parlament durch Unterstützung der Sozialdemokratie wieder zu gewinnen, noch würden die Liberalen Vertrauen in die eigene Kraft beweisen, wenn sie sich nach dem Beispiel des „Berliner Tageblattes“ bei ihrer Entscheidung von der Befürchtung leiten lassen, ein mit ihrer Hilfe errungener vollständiger Sieg über die Sozialdemokratie könnte zur Förderung reaktionärer Pläne dienen.“

Die Liberalen sind über diese Kalkül des Regierungsbülow's höchst verärgert. Sie merken, daß die Regierung sie nur zu ihrem Zweck benutzt — zu dem Zweck, sich zwei gefügige Mehrheiten, eine konservativ-liberale und eine konservativ-merikale, zu verschaffen, und daß die Ausschaltung des Zentrums von der Gruppe der sogenannten „antinationalen“ und „vaterlandsfeindlichen“ Parteien lediglich der Ansicht entspringt, im neuen Reichstag wieder mit dem Zentrum anzubündeln und mit seiner Hilfe die agrarpolitischen Pläne durchzuführen, für welche die konservativ-liberale Mehrheit nicht zu haben sein dürfte. Selbst die „National-Ztg.“, die bisher mit Bülow durch die dick und dünn der nationalen Ethik marschiert ist, wird stuhig. Sie schreibt in ihrem heutigen Morgenblatt:

„Die „Norddeutsche“ hat sich das ja ganz hübsch eingeteilt, indem sie dem Zentrum an das „religiöse Gewissen“, beim Bürgertum an das „nationale Bewußtsein“ appelliert. Ein solches Spiel mit Worten aber kann kaum den peinlichen Eindruck bewirken, den es bei liberalen Wählern hervorrufen muß, daß die Regierung zwischen Haupt- und Stichwahl der Wahlparole andere Halste „gegen das Zentrum“ einfach zu eskamotieren versucht. Das muß um so mehr befremden, als die „Ndn. Volkszeitung“ ihre Anhänger ganz unversehrt vor der Wahl von National-liberalen warnt.“

Und in ihrem Abendblatt leistet sie sich sogar einen besonderen Leitartikel über die Metaphysik des „religiösen Gewissens“ und des „nationalen Bewußtseins“, in dem sie trübselig, wie einst Jeremias an den Wassern Babels, über den Verlust ihrer schönen Hoffnungen und Illusionen klagt:

„Von der Regierung des Fürsten Bülow haben besonnene Politiker nie verlangt und nie erwartet, sie solle die Sozialdemokratie gegenüber dem Zentrum für das „kleinere Uebel“ erklären; nur unklare Träumer und gemeingefährliche Phantasten konnten unter den gegebenen Verhältnissen etwas dergleichen fordern. Was aber der nationale Liberalismus erwarten und fordern mußte, das war eine „wohlwollende Neutralität“ der Regierungsorgane. Denn das kann keine offiziöse Dialektik verschleiern: es ist ein Schlag gegen den Liberalismus, den die Regierung erst zum Kampfe gegen das unzuverlässige Zentrum aufgerufen, der ihr Heeresfolge geleistet hat; wenn sie das Zentrum über Nacht wieder unter die zuverlässigen Parteien einreicht, denen man die Zukunft des Reiches unbedingt anvertrauen könne.“

Was ist denn geschehen, um einen so radikalen Umfall der Regierung zu rechtfertigen? Woraus schöpft die Regierung das neue Vertrauen zur „regierenden Partei“ von ehegeiern? Etwa daraus, daß das Zentrum in Nord und Süd Wahlenthaltung zugunsten des Stützpunktes, der Sozialdemokratie, antändelt, wo es nicht offen für sie eintritt? Oder daraus, daß sein Berliner Parteiorgan, die „Germania“, fast täglich die „Mache für Sedowa“ predigt, und den Kanzler erst heute wieder ganz unversehrt auffordert, er möge aus seinem Niederfolge gegenüber dem Zentrum als Staatsmann gefälligst die Konsequenzen ziehen? Gewiß, die Sozialdemokratie ist antinational, ist gegen Kolonien und Flotte; bei ihr weiß man aber doch wenigstens, woran man ist. Beim Zentrum aber weiß man nie und wird es in Zukunft weniger wissen als je.“

So sieht der Liberalismus, der entschieden-liberale wie der halbentschieden-liberale, soweit er überhaupt die neugeschaffene Situation zu begreifen vermag, ein welches Blatt nach dem anderen vom Baum seiner großen Hoffnungen fallen; und das lustigste an dieser lächerlichen Komödie der Irrungen ist, daß das Zentrum als Zuschauer beide Akteure, den hoffnungsvollen Liberalismus wie den überklauen Kanzler, in gleichem Maße verspottet. So schreibt die „Ndn. Volkszgt.“:

„Da ist nun der seine Unterschied bemerkenswert, den die „Nordd. Allg. Ztg.“ zwischen dem Zentrum und den Konservativen und Liberalen macht. Bei diesen appelliert sie an das nationale, beim Zentrum an das religiöse Gewissen. Es war dem Kanzlerblatte doch anscheinend etwas generischer, das Zentrum von gestern auf heute aus den „antinationalen“ Parteien aus- und unter die „nationalen“ Parteien einzurangieren. Wir aber sagen dem offiziellen Blatte in der ruhigen Sicherheit unseres nationalen Gewissens, daß es, nachdem es von unserem „nationalen“ Gewissen so lange nichts hat bemerken wollen und auch heute anscheinend noch nichts bemerken will, auch unser religiöses Gewissen gefälligst ungehört lassen möge. Was wir zu tun haben, braucht kein Offiziosus, wie beschaffen auch immer sein Gewissen sein möge, uns zu sagen.“

### Ein Freisinniger als Regierungskandidat!

Ein ergötzliches Licht auf die freisinnige Wahlagitation wirft folgende Auseinandersetzung zwischen dem konservativen „Kreisblatt“ in Landesluth und dem ebenda behemateien freisinnigen „Stadtblatt“.

In dem Kreisblatt hieß es:

Landesluth, den 30. Januar 1907.

### „Der eigentliche Regierungskandidat.“

Der freisinnige Bewerber um das Reichstagsmandat des Wahlkreises Landesluth-Jauer-Vollkorn, Herr Dr. Otto Hermes, hat sich, wie bekannt, bei der diesmaligen Wahlkampagne wiederholt als „Regierungskandidat“ bezeichnet und die Sachlage so dargestellt, als sei der Regierung ein Sieg des Herrn Dr. Hermes über den ihm als Kandidaten gegenübergestellten freikonservativen Landgerichtsrat Bisfel in jeder Weise lieb und erwünscht. Er hat sich nach dem Versammlungsbericht des hiesigen freisinnigen Organs demgemäß auch zu der Aeußerung verfliegen: „Wer im Sinne der Regierung stimmen wolle, der müsse (1) ihn wählen.“

Um dies alles den Wählern noch plausibler zu machen, wurde das Wächchen kolportiert, der Reichskanzler selbst habe in einem Gespräch mit Herrn Dr. Hermes den Wunsch ausgesprochen, daß er (Hermes) wiedergewählt werde.

Der erste Teil der Hermes'schen Auslegung, daß die Regierung lieber die Wahl eines Freisinnigen als eines Konservativen wünsche, ist inzwischen durch eine offizielle Auslösung der Regierung als falsch dargetan worden. Aber weiter: Heute sind wir in der Lage, auch den angeblichen Wunsch des Reichskanzlers von der Wiederwahl des Dr. Hermes in das Reich der Fabel zu verwelfen. Freiherr v. Nitzhosen-Werthschütz, Kreis Jauer, der zurzeit in Berlin weil, hat an den Verleger des „Jauerischen Tageblattes“, Karl Dettmann folgendes Telegramm gelangen lassen:

Fürst Bülow hat, wie hier authentisch ermittelt, mit Dr. Hermes über dessen Reichstagskandidatur gar nicht gesprochen, ihr daher auch nicht gesagt, daß er die Wahl von Hermes wünsche, oder sich wundere, daß Konservative erst für Jauer-Vollkorn-Landesluth besonderen Kandidaten aufgestellt hätten. Sie können von dieser Mitteilung öffentlich Gebrauch machen.

Dies Telegramm, dessen beglaubigte Abschrift uns vorliegt, beleuchtet grell die Art und Weise, wie der Freisinn kämpft, und die Mittel, deren er sich im Wahlkampf bedient hat. Um den lokalen Bürger, vor allem den Landmann, zur Stimmabgabe für sich zu gewinnen, wird ihm vorgetäuscht, Fürst Bülow und die Regierung selbst trete für Herrn Dr. Hermes ein, und die Stimmabgabe für Dr. Hermes sei eine Betätigung lokaler Gefinnung für die Regierung.

Dies Gewebe der Täuschung ist jählings zerfallen. Die vom Freisinn diszierten Wähler aber werden die Antwort nicht schuldig bleiben, indem sie am Tage der Stichwahl Mann für Mann zur Wahl gehen und zum Siege verhelfen Herrn Landgerichtsrat Bisfel in Liegnitz.

Daraufhin erschien in dem „Stadtblatt“ folgende

### Erklärung.

Gegenüber den Bemerkungen, die sich das Jauerische konservativ-tageblatt in Nr. 27, 1907 über den „eigentlichen Regierungskandidaten“ Dr. Hermes erlaubt, stellen wir hiermit folgende Tatsachen fest:

1. Der Reichskanzler Fürst Bülow sprach am 13. Dezember 1906, unmittelbar nachdem er die Reichstagsauflösung erklärt hatte, gegenüber dem Schriftführer Dr. Otto Hermes, als dieser sich von ihm verabschiedete, die Hoffnung aus, ihn im neuen Reichstage wieder an seiner Stelle zu sehen.
2. Dr. Otto Hermes hielt Ende Dezember 1906 in Berlin in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Dorothienstädtischen Bezirksvereins einen öffentlichen Vortrag über die politische Lage, der in der „Sossischen Zeitung“ auszugsweise wiedergegeben wurde. Der Reichskanzler las diesen Bericht und ließ Dr. Hermes zu einer Besprechung zu sich bitten. Diese Besprechung fand am 2. Januar im Reichskanzlerpalais unter vier Augen statt. Sie behandelte die allgemeine politische Situation. Der Reichskanzler sprach dabei seine volle Befriedigung über die von Dr. Hermes in jener Versammlung kundgegebene politische Erklärung aus, äußerte seine Ansicht dahin, daß der bisherige Bestand der national-gesinnten Parteien wenn irgend möglich überall zu wahren sei und daß eine konservative Kandidatur gegen Dr. Hermes der politischen Gesamtlage nicht entspräche.
3. Herr Dr. Hermes erwähnte gegenüber dem Reichskanzler die in Jautsch, Reppersdorf, Triebeltwitz und Braunsitz (im Kreise Jauer) vorgekommenen Saalverweigerungen, von denen Fürst Bülow versprochen, den Vorfällen seine Aufmerksamkeit zuzuwenden; und der Chef der Reichskanzlei, Herr von Löbell, sandte Dr. Hermes eine Mitteilung in den Wahlkreis, in der er bestätigte, daß er im Auftrage des Reichskanzlers den Minister des Innern auf die Zustände im hiesigen Wahlkreise aufmerksam gemacht habe. Das Schreiben des Herrn von Löbell hat uns in der Urschrift vorgelegen.

Auf Grund dieser Vorgänge hat sich Herr Dr. Hermes im Wahlkampf verschiedentlich als Regierungskandidat, d. h. als ein unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Regierung angemessener Kandidat bezeichnet. Sonst hat Dr. Hermes nirgends und niemals über diese Verhältnisse gesprochen.

Wir fordern nunmehr die hochgeschätzte genau informierte Seite des „Jauerischen Tageblattes“ auf, in dem von ihr gegen Dr. Hermes erhobenen Vorwurf der Täuschung der Wählerschaft den Beweis der Wahrheit anzutreten und, wie es das deutsche Rechtsbewußtsein verlangt, die Waage der Anonymität fallen zu lassen.

Jauer, den 30. Januar 1907.

Der freisinnige Wahlkampfschuh.

Kunde. Putsch. Kuring. Krause.

Ein freisinniger Volksparteiler betrieb also Stimmenfang, indem er sich als „Regierungskandidat“ proklamieren ließ! Eine nette Sorte „Freisinn“!

# Deutsches Reich.

## Kein Aufstand!

Die Stichwahlparole des Parteivorstandes betonte mit vollem Recht, daß bei den Stichwahlen unter keinen Umständen ein Konserwativen, Reichsparteiler, Landwirtschaftsbündler, Antisemiten oder Nationalliberalen auch nur eine sozialdemokratische Stimme zufallen dürfe. Voraussetzung für die Unterstützung eines Kandidaten der anderen Parteien sei die, daß er sich verpflichte, drei Bedingungen einzugehen, nämlich die Zustimmung zu geben, gegen jede Verschlechterung des Wahlrechts, gegen jede Verschlechterung des Koalitionsrechts und gegen jedes wie immer geartete Ausnahmegesetz stimmen zu wollen.

Erfreulicherweise ist diese Parole nirgends auf Widerstand gestoßen, ausgenommen in Köln, wo unsere Genossen ein lokales Wahlbündnis mit den Nationalliberalen suchten, und in Ansbach-Schwabach, wo man in gewisse Unterhandlungen mit dem Bauernbündler eingetreten ist.

Den ersten Fall haben wir bereits gestern besprochen. In Ansbach-Schwabach will die Partei nach der „Frankischen Tagespost“ bei der Stichwahl zwischen dem freisinnigen Volkspartei Duidde und dem Bauernbündler Wahlhaltung üben, nachdem der Bauernbündler erklärt hat, keiner Veränderung des Reichstagswahlrechts seine Zustimmung geben zu wollen.

Wir halten uns — gemäß der Stichwahlparole des Parteivorstandes, jede Stichwahlentscheidung „unter Würdigung der Persönlichkeit“ des betreffenden Kandidaten zu treffen — nicht für befugt, unseren Genossen in Ansbach-Schwabach Vorschriften darüber zu machen, unter allen Umständen für Duidde zu stimmen, so sehr wir im allgemeinen betonen möchten, daß bei den Stichwahlen das Gefühl den klaren Erwägungen des politischen Verstandes zu weichen hat. Wenn unsere Genossen in Ansbach-Schwabach auf Grund ihrer genaueren Kenntnis der politischen Persönlichkeit Duiddes, die zu beurteilen wir nicht in der Lage sind, eine Stimmenthaltung für geboten erachten, so mögen sie nach bestem Wissen und Gewissen handeln. Wir bedauern jedoch, daß die dortigen Parteigenossen mit dem bauernbündlerischen Gegner Duiddes überhaupt in Unterhandlungen eingetreten sind, ganz abgesehen davon, daß die Erklärungen des Bauernbündlers sich nur auf eine von den drei unerlässlichen Voraussetzungen beziehen!

Sollte vollends, wie gemeldet worden ist, die Stimmenthaltung der Genossen in Ansbach-Schwabach eine Art Gegenleistung für die bauernbündlerische Stimmenthaltung in Fürth-Erlangen darstellen, so wäre ein solch unnatürliches Wahlkompromiß im höchsten Grade zu bedauern. Wenn die Sozialdemokratie ohne konservative Hilfe nicht zu siegen vermag, sollte die den Mut besitzen, in Ehren zu unterliegen!

## Freisinnige Verleumdung.

Im 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis findet Stichwahl statt zwischen dem Genossen v. Elm und dem freisinnigen Volkspartei Carlens. Um nun den Sieg über den sozialdemokratischen Konkurrenten davonzutragen, ergängt der Freisinn das Asenal des landläufigen Pöbelschwindsel dadurch, daß er gegen den Genossen v. Elm als einen Befürworter des Genossenschaftswesens die kleinen Geschäftsleute mobil zu machen sucht!

In der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ lesen wir über diese neue erlesene Mäße freisinniger Wahlagitator: Die unehrliche Agitationsarbeit der Parteigänger des freisinnigen Kandidaten Carlens tritt drastisch zutage in einem Flugblatt, in dem die kleinen Geschäftsleute aufgefordert werden, Herrn Carlens zu wählen, um gegen die „sozialdemokratischen Warenverfallenen“ zu protestieren!

Man denke: Der Vater des deutschen Genossenschafts- und Konsumvereinswesens war der „Freisinnige“ Schulze-Delitzsch. An der Spitze der bürgerlichen Genossenschafts- und Konsumvereinsbewegung steht der freisinnige Abgeordnete Dr. Erlüger.

Der „Freisinn“ wußte und weiß auch heute dem Bürgertum und den Arbeitern gegenüber der Bedrückung durch den Kapitalismus keinen anderen Rat zu geben als den, sich selbst zu helfen, und zwar durch Genossenschaften und Konsumvereine.

An der Schaffung der rechtlichen Grundlage für die Genossenschafts- und Konsumvereinsbewegung ist der „Freisinn“ wesentlich beteiligt. Und nun kommt dieser selbe Freisinn her und will die kleinen Geschäftsleute gegen die Sozialdemokratie mobil machen unter dem Vorzeichen, es handle sich dabei um ein Bargeld gegen die „Warenverfallenen“, also gegen die Genossenschaften und Konsumvereine! Der „Freisinn“ ist offenbar noch viel tiefer als auf das Niveau des berüchtigten Reichsverbandes gesunken. Er beschmüht sein eigenes Nest, versucht sein eigenes Tun und Treiben den Wählern zu verheimlichen, indem er es „sozialdemokratisch“ stempelt! Erst schafft er ein Recht der Selbsthilfe für die Bevölkerung und dann verdächtigt er den Gebrauch dieses Rechtes als gemeinfeindlich.

Charakterlosigkeit, Gefinnungslosigkeit, Unehrlichkeit — euer Name ist „Freisinn“!

## Die sozialdemokratische Partei ein Verein?

Zur Gasthaus zum schwarzen Bären in Fischbach (Bayern) fand am 23. Juli v. J. eine Versammlung statt, die von dem Schlosser Friedrich Seher in Nürnberg in der „Frankischen Tagespost“ als „öffentliche Volksversammlung“ einberufen war. Genosse Dr. Sühheim in Nürnberg sprach über die deutsche Reichspolitik. Am Schlusse der Versammlung forderte der Vorsitzende Seher zum Beitritt zum sozialdemokratischen Verein Nürnberg-Altendorf und zum Abonnement auf die „Frankische Tagespost“ auf. Da der Versammlung eine Frau vom Anfang bis zum Ende beiwohnte, erhielt Genosse Seher einen Strafbefehl, da er sich angeblich gegen Art. 15.1 des bayerischen Vereinsgesetzes verstoßen habe. Seher erhob hiergegen Einspruch und erzielte am Schöffengericht Altdorf seine Freisprechung, weil es sich nach den Feststellungen des Schöffengerichts nicht um die Versammlung eines politischen Vereins handelte. Auf die Verurteilung des Amtsanwalts hin hob das Landgericht Nürnberg dieses Urteil auf und verurteilte Seher zu einer Geldstrafe von 3 Mark. Die Verurteilungsinanz schloß daraus, daß der Einberufer Seher Bezirksvertrauensmann der sozialdemokratischen Partei ist, daß der Versammlung eine Anzahl Nürnberger Genossen anwohnte, daß Rechtsanwalt Dr. Sühheim, bekannt als sozialdemokratischer Redner, referierte, daß im Parteiorgan ein Bericht erschien (!) — daß es aus allen diesen Gründen um sich seine Versammlung der sozialdemokratischen Partei, eines politischen Vereins, handelte.

Gegen dieses Urteil legte der Verteidiger Seher, Rechtsanwalt Dr. Sühheim Revision ein. Das oberste Landesgericht hob das Urteil des Landgerichts Nürnberg auf und wies die Sache an das Landgericht Nürnberg zur nochmaligen Verhandlung zurück, da die Feststellungen nicht ausreichen für die Annahme, daß die Versammlung von und für die sozialdemokratische Partei einberufen wurde und dieser Partei die Eigenschaft eines Vereins im Sinne des bayerischen Vereinsgesetzes zukommt.

## Der geprellte Freisinn.

Der „Liberalismus“ findet für die Belohnung, welche er von der Regierung für die Dienste beansprucht, die er der Reaktion am 26. Januar geleistet hat, und die er ihr, wie die Stichwahlmotive der freisinnigen Wahlkomitees beweisen, auch weiter bei den Stichwahlen zu leisten gedenkt, bei den konservativen Parteien recht wenig Verständnis. Die „Arenz-Ztg.“ spottet:

„... Der wieder sehr lebendig gewordene Liberalismus hofft darauf, daß die Regierung bereit ist, dem kräftigen Aufschwunge der liberalen Parteien auch in ihrer politischen Rechnung zu tragen.“ Die „National-Zeitung“ plaudert in dieser Hoffnung mit rührender Offenherzigkeit ihre Zukunftsträume aus und schreibt: „Der Rehrung des Reiches durch kolonialen Besitz muß seine innere Erstarbung durch die Ausbildung der sozialpolitischen Gesetzgebung und die Befreiung der Schule von dem Zwange der Kirche entsprechen.“ Vermutlich glaubt das national-liberale Blatt, die „konservativ-liberale Mehrheit“ des Reichstages werde sich in dieser Beziehung unter das wohlwollende Kommando der Linken stellen.

Und noch schärfer verhöhnt die „Köln. Volksztg.“ in einer Korrespondenz aus Berlin die vom Freisinn begehrte Bezahlung für geleistete Wahlhilfe:

„Nicht zu handeln?“ Diese Worte konnte man früher auf Schritt und Tritt von den sogenannten „Anreizern“ hören, wenn man über den alten Rühlendamm ging. Man wird an diese Wiedererinnerung sofort erinnert, wenn man die Annahme der Liberalen sehen muß, die ungestüm ein Pfennighonorar für die der Regierung geleistete Wahlhilfe fordern. Sie tun dabei so, als hätten sie alle übrigen Parteien in den Sand gestreckt, und verlangen zum Lohn nach Aufgabe des amerikanischen Grundgesetzes: „Dem Sieger die Beute“ eine Beteiligung an der Regierung.“

## Auf den Arbeiterfang

will sich jetzt der Nürnberger Freisinn begeben. Obwohl der Bloß von der Sozialdemokratie mit 35 000 gegen 20 000 Stimmen aus dem Felde geschlagen wurde, hat man die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die Arbeiter zu einem großen Teile für den Ordnungsbund zu gewinnen. Der Freisinn behauptet, daß unter den 35 000 sozialistischen Wählern sich viele befinden, die nur durch den sozialdemokratischen „Terrorismus“ gezwungen worden seien, noch einmal rot zu stimmen. Aus diesem Hoch will sie jetzt der Freisinn erlösen. Für dieses sehr lobnende Geschäft hat er — die Kirche als ausführende Organe ausersehen. Sie sollen unter den Arbeitern der verschiedenen Betriebe eine Agitation entfalten und für den Freisinn den Zutreiber machen. Für ihren Schlepperdienst sollen die braven Hirse auch belohnt werden: man will ihnen in der Stadtverwaltung und in der Armenpflege eine Vertretung einräumen, d. h. zwei oder drei Angehörige dieser Organisation, die in Nürnberg im Verhältnis zu den freien Gewerkschaften eine überaus löbliche Rolle spielt, sollen sich dazu hergeben, für die Schatzkammer im Nürnberger Rathaus als Renommiararbeiter zu dienen. Man will sie als Sturmbock gegen die übergroße Mehrheit der Nürnberger Arbeiterschaft benutzen, die man auch furchtbar von der Teilnahme an der Gemeindeverwaltung ausschließen beabsichtigt. Es besteht jedoch begründete Aussicht, daß diese schöne Rechnung ein großes Loch bekommt, und daß die „sozialdemokratische Hochflut“, vor der man sich in solcher Weise schützen möchte, bei den nächsten Gemeindevahlen die ganze Gesellschaft hinwegschwemmen wird.

## Waterländische Rechtspflege.

Der Weber Josef Rau in Augsburg verdiente trotz elf Stunden langer schwerer Arbeit pro Tag nur 1,50 M., pro Woche also 9 M.! Daß diese paar Pfennige nicht einmal zur Ernährung des abgerackerten Körpers ausreichen, wissen die Verherrlichter unseres Waterlandes genau. Wenn die Sozialdemokratie aber eine Justiz als Klassenjustiz bezeichnet, die diesen armen Proletarier wegen Entwendung von ein paar alten Kleidungsstücken zu der hohen Strafe von 4 1/2 Monaten Gefängnis verurteilt, dann schreien diese gesättigten Patrioten: Nieder mit der Sozialdemokratie!

## Stimmenfang.

Die Regierung setzt ihr Bemühen, durch allerlei Versprechungen Wähler für den „nationalen“ Bloß einzufangen, mit der bekannten Geschäftlichkeit fort. Auf eine von der „Offenbacher Zeitung“ an den Reichsanwalt Fürsten v. Willow gerichtete Anfrage, ob von der Regierung mit Hilfe des neuen Reichstages eine Rückwärtsrevision der sozialpolitischen Gesetzgebung geplant sei, ist der „Offenbacher Zeitung“ nachstehende Depesche zugegangen:

„Die deutsche Sozialpolitik wird in den seitherigen bewährten Bahnen nachdrücklich fortgeführt werden. Die Behauptung, daß die Verfassungsrevision unmittelbar oder mittelbar zu einer Einschränkung der nicht rechtsfähigen Berufsvereine dienen sollte, ist unsutreffend. Insbesondere wird nicht beabsichtigt, die Mitglieder der nicht rechtsfähigen Berufsvereine irgendwie von der Verwaltung der sozialpolitischen Einrichtungen auszuschließen.“  
gez. Reichsanwalt Fürst Willow.

## Ostmarkenfonds.

In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses wurde der Dispositionsfonds der Oberpräsidenten zur Förderung und Befestigung des Deutschtums in den Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen, im Regierungsbezirk Opperln und in den nördlichen Teilen der Provinz Schleswig-Holstein in Höhe von 2 1/2 Millionen Mark gegen die Stimmen des Zentrum, der Freisinnigen und der Polen angenommen, ebenso der sogenannte Ostmarkenfonds, der um 100 000 M. erhöht worden ist. Zum Ostmarkenfonds gab der Finanzminister die Erklärung ab, daß dieser lediglich verwendet werde, um deutsche Beamte in den gemischtsprachigen Provinzen zu erhalten und an sämtliche mittleren Kanzlei- und Unterbeamten zur Austeilung gelange, sofern sie ihre „nationalen“ Pflichten erfüllen. Nur 23 Beamte erhielten zurzeit diese Zulage nicht und davon wieder nur drei wegen Nichterfüllung der „nationalen“ Pflichten.

Die „nationale“ Gefinnung ist danach in den Ostmarken für die preussischen Beamten eine recht rentable. —

## Militärjustiz.

Ein gewöhnlicher Soldat wurde dieser Tage wegen einer im guten Glauben gemachten falschen Anschuldigung eines Unteroffiziers vom Kriegsgericht in Augsburg zu vier Wochen strengen Arrest verurteilt. — Nach ihm nahm ein Unteroffizier auf der Anklagebank, der Soldaten geprügelt hatte.

Gegen den Unteroffizier erkannte das gleiche Gericht wegen fünf militärischer Vergehen und eines Verbrechens der Mißhandlung Untergeordneter auf zehn Tage mittleren Arrest!

Die nächste Berufs- und Betriebszählung. In der heutigen Sitzung des Bundesrats fand der mündliche Bericht des 4. und 7. Ausschusses über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 Zustimmung.

## Ausland.

### Schweiz.

#### Der Maroffvetter.

Dem schweizerischen Bundesrat ist es gelungen, einen passenden Mann für die Stelle eines Generalinspektors der maroffanischen Polizei zu finden. (Der Posten wird mit 25 000 Frank im Jahre bezahlt, und außerdem fallen noch einige Nebeneinnahmen ab.)

Unter den vielen Kandidaten ist die Wahl auf den Artillerieobersten Armin Müller, Inspektor der Artillerie, gefallen; der Genannte ist, wie die „Baseler Nachrichten“ zu melden wissen, ein Vetter des Bundespräsidenten.

## Abstint-Verbot.

Am Donnerstag ist der Bundeskanzler in Bern ein Initiativ-antrag eingereicht worden, nach dem die Abstintion, die Einfuhr und der Ausschank von Abstint in der ganzen Schweiz verboten werden soll. Der Antrag trägt 168 341 Unterschriften statt der erforderlichen 50 000!

Die Bundesversammlung muß den Antrag binnen Jahresfrist behandeln und nachher dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorlegen.

## Frankreich.

Vom Zwischenfall Clémenceau - Briand, der sich am Mittwoch in der Kammer abspielte, wird ergänzend bzw. berichtend noch folgendes gemeldet:

Als Clémenceau in seiner Erwiderung auf Jaurès' Rede sagte: „Wir befinden uns in vollständiger Verwirrung und Verwirrung“, erhob sich Briand, verließ den Sitzungssaal und erklärte in den Wandelgängen der Kammer, daß ihm nach diesen Worten des Ministerpräsidenten nichts anderes übrig bleibe, als zurückzutreten. Mehrere Mitglieder des Kabinetts bemühten sich, Briand von seinem Vorhaben abzubringen. Clémenceau, der von der Ausrückung Briands unterrichtet worden war, erklärte auf der Tribüne der Kammer, daß er niemals die leiseste Absicht gehabt habe, dem Minister Briand etwas Unangenehmes zu sagen. Der Weiland Briands sei für das unternommene Werk durchaus unerlässlich. Wenn ihm in der Hitze seiner Stegreifrede ein Wort entfällt sei, das Briand verletzen konnte, so trübe er ihm öffentlich sein leibhaftigstes Bedauern aus und werde dies auch privatim im Namen der ganzen republikanischen Mehrheit tun. (Lebhafte Beifall.) Clémenceau verließ hierauf den Saal und lehrte nach einigen Augenblicken mit Briand zurück.

Die französischen Blätter beschäftigen sich eingehend mit dem Zwischenfall. Die meisten erblicken in ihm ein Anzeichen dafür, daß die Einigkeit des Kabinetts etwas erschüttert sei. Jaurès erklärt in der „Humanité“: das Ministerium habe jedenfalls einen Riß erlitten, der vielleicht vernarben, vielleicht aber auch sich erweitern werde. Das Kabinett werde seine Aktionskraft erst dann wieder finden, wenn es seine Reformpolitik mit aller Entschiedenheit durchführe und insbesondere die Erklärung der Bischöfe mit dem endgültigen Gesetz beantwortete.

## Amerika.

Die Einführung einer progressiven Einkommensteuer wird durch einen soeben eingebrachten Gesetzesentwurf für den Staat New York beabsichtigt. Danach sollen alle Jahreseinkommen unter 2000 M. steuerfrei bleiben, Einkommen von 2000—40 000 M. sollen 1 Proz., von 40 000—200 000 M. 2 Proz., von 200 000—400 000 M. 10 Proz., von 400 000—800 000 M. 15 Proz., und alle Einkommen über 800 000 M. sollen 20 Proz. Steuer zahlen.

Die Sozialdemokratie hat längst nachgewiesen, daß bei ähnlicher Staffelung alle modernen Kulturländer ohne indirekte Steuern und dergleichen die Volkswirtschaften besser vertreten könnten, als es unter dem Regime der allgemeinen Schuldentwirtschaf heutzutage der Fall ist. Die Besitzenden haben sich stets gegen die Einführung auch nur halbwegs gerechter Einkommensteuern mit Händen und Füßen gestraubt. Wir werden in Amerika daselbe alte Schauspiel erleben. —

## Gewerkchaftliches.

(Siehe auch 1. Beilage).

### Die Haltung der Autobradfahrer.

gegenüber dem Friedensvorschlag der Fahrer ist eine durchaus ablehnende. In ihrer Versammlung gestern Abend im „Heidelberg“ kamen sie überein, die Schreiben der Fahrer überhaupt nicht zu beantworten! Sie behaupten, daß sie bereits 50 Wagen fahren lassen und bald in der Lage sein werden, auch die übrigen Wagen einzustellen. Sie erwarten eine baldige Niederlage der Fahrer.

## Eingegangene Druckschriften.

Zur Trennung der Kirchen vom Staat. Von Professor S. Sabatier. 1,50 M. — Die hochheilige Vorhaut Christi. Von A. B. Müller. 2,50 M. Verlag: E. A. Schmeißke u. Sohn, Berlin W. 35.  
Praktische Fragen des modernen Christentums. Fünf Vorträge Prof. Dr. 1,80 M. Verlag: Quelle u. Meyer, Leipzig.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Stichwahl in Bremen.

Bremen, 1. Februar. (W. T. B.) In der heutigen Reichstagsstichwahl wurde Hornmann (Fr. Sp.) mit 20 404 Stimmen gewählt, Schmalfeldt (Soz.) erhielt 27 690 Stimmen.

In der Hauptwahl erhielt unser Genosse Schmalfeldt 27 382 Stimmen, der Kandidat der Freisinnigen Vereinigung 28 006 Stimmen, der Kandidat des Bundes der Landwirte 1142 Stimmen, zerstückelt 18 Stimmen, so daß in der Stichwahl noch 566 Wähler mehr ihre Stimme abgaben als am Tage der Hauptwahl.

### Der Termin der Reichratswahlen.

Wien, 1. Februar. (W. T. B.) Die „Neue Freie Presse“ meldet, daß für die allgemeinen Reichratswahlen der 15. Mai als Wahltag und für den Zusammentritt des neuen Reichrates der 12. Juni festgesetzt sei.

### Schiffskatastrophe.

London, 1. Februar. Nach einer Lloyddepesche aus Weymouth hat der heute auf der Reede von Portland eingetroffene Dampfer „Vittoria“, von Hamburg nach Savanna und Mexiko bestimmt, gemeldet, daß er gestern Abend um 7 Uhr 15 Seemeilen südlich von Beach Head mit einem französischen Fischereifahrzeug aus Boulogne kollidiert habe, wobei das französische Fahrzeug gesunken und sieben Mann umgekommen seien. Ein Vereiterer ist hier gelandet; der Dampfer hat seine Reise fortgesetzt.

### Russische Pressefreiheit.

Moskau, 1. Februar. (W. T. B.) Die beiden hiesigen großen Oppositionsblätter „Wjet“ und „Komi“ mußten auf Befehl des Stadthauptmanns ihr Erscheinen einstellen.

### Ein christlicher Minister.

Teheran, 1. Februar. (W. T. B.) Der Konflikt zwischen der Regierung und der Nationalversammlung ist beigelegt, nachdem die Regierung sich der Forderung der Nationalversammlung unterworfen hat. Sämtliche Minister mit Ausnahme des belgischen Ministers wohnten der gestrigen Parlaments Sitzung bei. Ein vollständiges Einvernehmen ist jedoch noch nicht erzielt worden, da das Parlament die Forderung erhebt, daß der Großvezier die Minister der Nationalversammlung vorstellen müsse. Mehrere Minister gaben die Erklärung ab, daß sie bereit seien, die Verantwortung für ihren Posten zu übernehmen; nur der Finanzminister erklärte, er sei nur ein Buchhalter, aber keineswegs ein Finanzminister. Man glaubt, daß die Regierung auch in dieser Beziehung nachgeben wird. Die Abgeordneten sind von dem Bundesrat befehligt, das Reformwerk mit großer Energie in Angriff zu nehmen.

### Nochmals der Hottentottenschwindel.

Statt auf unsere Ausführungen in der Donnerstagsnummer des „Vorwärts“ irgendwie sachlich einzugehen, statt auf die von uns festgestellten Widersprüche und sonderbaren Lücken der Deimlingschen Darstellung über den Verlauf der Friedensverhandlungen nur mit einer Silbe einzugehen, begnügt sich das peinlich in die Enge getriebene offiziöse Blatt damit, über angeblich „unwahre wie geschäftliche Angriffe des „Vorwärts“ zu heuleniern und dann einen Brief der katholischen Mission in Heiragabies abzubruden.

Damit glaubt die „Nordd. Allg. Zig.“ ihren Hottentottenschwindel hinlänglich verteidigt zu haben! Dieser Missionsbrief liefert nun aber gerade den Beweis, wie berechtigt unsere Kritik war, wie unehrlich der Reichstag von der Regierung getäuscht worden ist!

Wir geben hiermit den in einem etwas wunderlichen Kauderwalsch geschriebenen Brief wieder:

Katholische Mission

Unserer lieben Frau vom guten Räte.

Heiragabies, den 28. Dezember 1906.

Herr Major Sieberg.

Berechtester Herr Major!

Leider treffen unsere Neujahrswünsche etwas spät ein; wir werden aber nicht zu spät sein, dieselben Gott für Ihr Wohlwollen darzubringen. Also, glückseliges, neues Jahr. — Hoffentlich hat sich Ihre Gesundheit unter dem Einfluß der heimatischen Luft und besonders durch das Wiedersehen mit treuen Herzen wieder hergestellt!

Ihre uns von Lüderichsicht geschickte Karte hat uns viel Freude gemacht. Besten Dank dafür.

Ohne lange Einleitung wollen wir Ihnen sagen, daß der Weihnachtsengel und allen frohe Botschaft, d. h. die Botschaft des Friedens gebracht hat. Ja, nachdem Herr Vater Malinowski noch so lange vergebens in den Schneebergen gesucht hatte, führte die göttliche Vorsehung den Kapitän der Bondels in die Nähe von Heiragabies und ermöglichte so die Verbindungen mit ihm.

Schwer zu bewegen war der Kapitän, selbst nach S. zu kommen, endlich ging er doch darauf ein, er wohnt in dem H. Häuschen, das in den Däumen steht, wenn Herr Major sich des Plazes noch erinnert. Herr Vater Malinowski tat nun alles, um den Kapitän und die Bondels zu bewegen, den Krieg abzuschließen. Das Mißtrauen der Bondels war eine wahre chinesische Mauer, die zu erklimmen, die ganze Rede- und Ueberzeugungskunst aufzubringen mußte, seitens des Herrn Vaters. Vor allem mußte jede Uebereilung vermieden werden.

Dann wollte der Kapitän nicht Frieden machen, ohne den Unterkapitän Josef Christian. Darin hat er dann sehr gut getan.

Der hochw. Herr Vater Malinowski machte sich nun wieder auf den Weg, um Josef zu suchen, aber Josef ließ sich nicht finden. Von Heiragabies ging's über Kalkonien, Haib, Wabis, Kamandri. Dann am Fluß entlang nach Witrachmund, wo er Morris und Johannes Links fand, die sich sehr erfreut zeigten über die Nachricht. Herr Vater hatte sich mit Proviant für 3 Tage versehen, nun gab er denselben an Johannes Links, damit er sich beeile, den Josef zu bringen. Da wartete er vergebens 4 Tage, nur von schwarzem Kaffee lebend, so daß der Hunger ihn zwang, nach K. zurückzugehen. Unterdessen aber hatte die Kap-Polizei den Josef verhaftet, so daß derselbe nur eine mühselige Zustimmung zum Frieden schicken konnte, die schriftliche kam noch vor Friedensabschluss. Nur auf höhere Anweisung gönnte sich der Herr Vater einen Tag Ruhe in Heiragabies, fuhr dann nach Ullamas, um mit Herrn Oberleutnant v. Storff zu unterhandeln, kam zurück und fuhr am 21. mit Kapitän und Großleuten zu den entscheidenden Verhandlungen. Schon am 21. kam ein Heiß mit „Deo gratias“, am 22. abends ein anderes „Friede gesichert“ und am 23. abends kam die Friedensdeputation selbst zurück mit Herrn Hauptmann v. Hagen. Nach einem kurzen Worte des Herrn Vaters ließ der Kapitän sein Leute mit Gewehr und Munition antreten und einer nach dem andern trat dann durch die vordere Lüre in unser Zimmer und legte das Gewehr, 83 an der Zahl, auf unseren Tisch, an dem Sie auch einmal gespielt haben. Das war ein feierlicher unergieblicher Moment! — 10 Uhr abends fuhr Herr Hauptmann v. Hagen ab und kam in den ersten Morgenstunden des Geburtstages des Herrn Oberleutnants nach Ullamas. Ein schönes Geburtstagsgeschenk, nicht wahr? —

Der Brief läßt bis auf die letzte Woche der Verhandlungen alle Daten vermissen. Wir müssen ihn also mit der Deimlingschen Darstellung vergleichen, um die Daten hinzuzufügen zu können.

Nach Deimling traf Kapitän Johannes Christian, nachdem er bereits Anfang Oktober durch einen Voten um Frieden gebeten, am 24. Oktober in Heiragabies ein, wo dann der Friedensunterhändler Vater Malinowski die mündlichen Unterhandlungen begann.

Johannes Christian erklärte nun, daß er den Frieden nur dann abschließen werde, wenn auch sein Bruder Josef Christian und Morris einwilligten. Um diese zu suchen, begab sich nun Vater Malinowski — nach Deimling — am 15. November abermals auf die Reise. In Witrachmund traf er Morris und einen anderen Führer der Bondelwörter, Johannes Links, die sich über die Friedensunterhandlungen „sehr erfreut zeigten“. Josef Christian konnte er deshalb nicht antreffen, weil er inzwischen durch die Kap-Polizei verhaftet worden war! Immerhin war es dem Verhafteten möglich, dem Vater Malinowski die mündliche Zustimmung zum Frieden zu schicken; die schriftliche traf erst später, immerhin noch vor dem formalen Friedensabschluss, ein. Nach Deimling aber war die Verbindung auch mit Josef Christian am 9. Dezember hergestellt!

Und trotz alledem erfährt am 13. Dezember der Reichstag nicht nur kein Wort von all den Friedensverhandlungen, sondern die Regierung ließ der Volksvertretung noch obendrein durch den Oberst Duade an diesem Tage erzählen, daß gerade jetzt nicht etwa nur die bisherigen 300, sondern sogar 5—600 Hottentotten im Felde ständen!

Und da trotz das offiziöse Organ noch immer den alten Hottentottenschwindel aufrechtzuerhalten, die Regierung habe die deutsche Volksvertretung am 13. Dezember nicht getäuscht!

Freilich, zu einer Zeit, wo Kolonialsekretäre die tollhässlichsten Wankausreden erzählen, um die „Plantagen“ des Phlitters wohligh anzuregen, wo vom Hottentottenschwindel gelogen wird, daß sich die Walfen biegen, kommt es auf eine Lüge mehr nicht an!

### Die russische Revolution.

Zur Wahlbewegung.

Es ist momentan äußerst schwierig, ein genaues Bild der Wahlbewegung zu geben. Wir melden des öfteren, daß die Organe der

Regierung sich gegenseitig überbieten, die Resultate der Vorwahlen falsch darzustellen. Erschwerend wirkt auch der komplizierte vielfache Wahlmodus, die Verschiedenartigkeit der Wahltermine sogar in den engeren Kreisen einer und derselben Provinz und endlich die begreifliche Zurückhaltung der Bauern, die Parteilangehörigkeit ihrer Kandidaten offen zu nennen.

Die Vertrauensmännertwahlen in den Fabriken haben, wie zu erwarten war, die äußerste Linke zum Siege geführt: Petersburg, Moskau, Loda, Wilna, Charlow, Kiew, Kostroma, Samara, Nischni-Nowgorod, Katerinoslaw, Simferopol, Woroneß, Romny, Elz — überall siegten Sozialdemokraten und ihnen nahestehende Linke mit erdrückender Majorität. Nennlich unerwartet kommen die außerordentlichen Erfolge bei den Kleingrundbesitzern; war doch anzunehmen, daß die Senatspräsidenten eine reaktionäre, mindestens eine gemäßigtere Majorität in diesen Orten zustande bringen würden. Ein abschließendes Urteil über die Wahlen wäre allerdings noch verfrüht; hinzuweisen aber ist doch auf Fälle wie in Kostroma, wo die Kleingrundbesitzer ausschließlich Progressisten wählten, während sie im vorigen Jahre konservative Kandidaten. Bemerkenswert ist auch die Niederlage des Exdeputierten Jsin, eines überzeugten Konaristen, auf den Wolskwahten im Gouvernement Moskau und dergleichen mehr.

### Die Wahlabkommenfrage in Petersburg.

Trotzdem die Wahlen in Petersburg bereits vor der Tür stehen, ist die Frage der Wahlabkommen noch immer nicht gelöst; sie wird im Gegenteil immer verwickelter. Die R.-D. haben zwar ihren entchieden ablehnenden Standpunkt aufgegeben, aber sie wollen von den sechs Mandaten Petersburgs ganze vier für sich behalten und je eins der Arbeiterkurie und allen linken Parteien zusammen, das heißt der Sozialdemokratie, den Sozialrevolutionären, den Radowitsch und den Volkssozialisten abtreten, ohne damit zu rechnen, daß es in der Praxis unmöglich ist, in einer Person so widersprechende Standpunkte wie den proletarischen Massenstandpunkt der Sozialdemokratie und den Agrarsozialismus der Sozialrevolutionäre nebst dem verkommenen Reformsozialismus der Volkssozialisten zu vereinen. Gegen weitergehende Vorschläge, so z. B. den, der Arbeiterkurie und den beiden sozialistischen Hauptströmungen je ein Mandat zu überlassen, sträubten sich die R.-D. aufs heftigste. Weshalb? Das verrät ganz deutlich die „Njetisch“, die nicht müde wird, zu behaupten, die linken Parteien hätten die Aufhebung der ersten Duma verschuldet und würden auch in der zweiten nicht anders als schädlich wirken. Erklärlich ist es daher, daß die R.-D. bestrebt sind, die verhasste Linke auf ein Minimum zu reduzieren, und daß sie nicht daran denken, wenigstens durch eine entsprechende Verteilung der Mandate die durch das elende Wahlgesetz und die niederträchtigen Senatsverlauterungen bewirkte Entrechtung der Arbeiter zu kompensieren. Die „Njetisch“ erklärt offen, die R.-D. wollten die ihnen günstige Situation „voll und ganz ausnützen“!

Dieser Haltung der R.-D. steht leider keine einheitliche, geschlossene Taktik der Sozialdemokratie gegenüber, vielmehr treten innerhalb der Petersburger Organisation deutlich zwei entgegengegesetzte Strömungen zutage, die auf der vor kurzem abgehaltenen Konferenz scharf auseinander geprellt sind. Die Mehrheit der Konferenz, mit dem Petersburger Komitee an der Spitze, nahm eine sich der Auflosung der „Majorität“ anschließende Resolution an, die jegliches Wahlabkommen mit den R.-D. unbedingt verwirft, ebenso auch mit den Volkssozialisten „angesehen ihrer unklaren Stellung zu den Grundfragen der Taktik außer der Duma.“ Nur mit den Sozialrevolutionären und den Radowitsch dürfen Wahlabkommen getroffen werden, jedoch unter der Bedingung, daß sie sich von jeglicher Gemeinschaft mit den R.-D. und den Volkssozialisten lösen.

Die Minderheit der Konferenz aber, welche Wahlabkommen mit den R.-D. für zulässig und im gegebenen Falle sogar für ratsam hielt, hat den Beschluß der Konferenz als „nicht bindend“ erklärt, und sie beschäftigt nun, auf eigene Faust Verhandlungen über die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten anzuknüpfen! Welcher der beiden Anschauungen man auch recht geben mag, jedenfalls ist diese neueste Spaltung eine im höchsten Grade besorgniserregende Erscheinung sowohl vom Standpunkte der Parteidisziplin als auch vom höheren Interessenstandpunkte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Petersburg überhaupt; diese Zerspaltung der Kräfte, dieser offene Kampf zweier entgegengegesetzter Taktiken, dieser Mangel an einmütigem, geschlossenem Vorgehen gerade in einem so bedeutungsvollen Augenblick, wie es die jetzigen Duma-wahlen sind, müssen schädigend und hemmend auf die Entwicklung der Petersburger Arbeiterbewegung einwirken.

Daß die Chancen der Sozialdemokratie bei den Wahlen in Petersburg durch diesen offenen Jvist ungunstig beeinflusst werden, ist ohne weiteres klar; aber auch das gesamte Wahlergebnis kann durch die Zerspaltung der progressiven Stimmen auf zwei konkurrierende Listen Schaden erleiden, da die Reaktion in Petersburg — dank den Senats-„Erläuterungen“ und anderen Wahlunfugstücken — diesmal in einer ganzen Anzahl von Bezirken mehr Aussicht hat, als dies bei den ersten Wahlen der Fall war.

### Die Hungernot.

Im russischen Ministerium des Innern laufen von den Gouverneuren derjenigen Distrikte, wo Hungernot herrscht, zahlreiche ungunstige Meldungen ein, wobei fast übereinstimmend konstatiert wird, daß die Sterblichkeit unter den Bauern in erschreckender Weise zunimmt. —

### Begnadigt.

Petersburg, 1. Februar. (B. L. B.) Der Kaiser hat den früheren Militärgouverneur des Transbaikalgebiets, Generalleutnant Cholschtschenikow, der vom Militärgericht in Nischni wegen seiner Beziehungen zu den Revolutionären während des Generalstreiks im Jahre 1905 zu Festungshaft beurteilt war, begnadigt. —

### Schlagwetter.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses, die gestern den Etat der Berg-, Hütten- und Salinendverwaltung beriet, gab der Minister eingehende Auskunft über das Grubenunglück im Saarzevier und die Ergebnisse der bisherigen Untersuchung. Es werde kaum möglich sein, die Ursachen des Unglücks vollständig klarzulegen. In tatsächlicher Beziehung sei nur festgestellt, daß einer der Wettermänner, der drei Stunden vor der Schicht einfahren sollte, eine Stunde später eingefahren sei und die Meldung erflattet habe, daß alles in Ordnung sei. Es sei nicht ausgeschlossen, daß eine ungenügende Untersuchung und eine falsche Meldung in diesem Falle erfolgt sei. Was die Bildung des Schlagwetters anlangt, so seien die Wetterhältnisse vollständig in Ordnung gewesen. Es werde aber angenommen, daß sich in höher gelegenen, noch nicht erschlossenen Teilen Schlagwetter gebildet haben, die durch eigenen Druck in die Tiefe hineingetrieben sind. Zur Vinderung der Not habe der Kaiser aus seinem Dispositionsfonds den Betrag von 20000 R. angewiesen, der für die erste Zeit vollständig den Bedürfnissen genüge. Die Festsetzung der Renten werde mit möglichster Beschleunigung bewirkt werden. Der Minister teilte schließlich noch mit, daß unter anderem auch von französischer Seite in Erwiderung der bei dem Bergungslid in Courrières geleisteten Dienste Mittel zur Vinderung der Not zur Verfügung gestellt worden sind.

Die Darstellung des Ministers bestätigt zum Teil schon unsere gestrige Darstellung. Es scheint so, als ob der ganze Betrieb von der Unverlässlichkeit eines einzelnen Wettermannes abhängig war. Ist das ein Musterbetrieb? Die Angelegenheit wird jedenfalls noch Veranlassung zu Erörterungen im Reichstag geben.

Die Leichen noch nicht geborgen.

Reden, 1. Februar, mittags. Laut Mitteilung der Berginspektion sind die Leichen der neun noch Versäuligten bisher nicht geborgen. Von den neun im Neumärkener Lazarett befindlichen Verletzten sind fünf entlassen worden, die anderen sind außer Gefahr.

### Hilfsaktionen.

Berlin, 1. Februar. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte für die Opfer von Reden 10 000 Mark.

Die Kronprinzliche Familie spendete eintausend Mark. Breslau, 31. Januar. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligte 5000 Mark für die Hinterbliebenen der durch die Katastrophe auf der Grube Reden Betroffenen.

Dresden, 31. Januar. Für die Hinterbliebenen der Verunglückten der Grube Reden im Saargebiet bewilligte das Stadtverordneten-Kollegium in seiner heutigen Sitzung 3000 Mark. Der Rat hatte nur 2000 Mark beantragt.

### Aus der Partei.

#### Die schwedische sozialdemokratische Presse Finnlands.

Die Organisation der schwedisch sprechenden Arbeiter Finnlands begann sich erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts zu entwickeln. Ebenso ihre Presse. Man hatte mit außerordentlich großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Das einzige sozialdemokratische Organ in schwedischer Sprache, „Arbetaren“ in Helsingfors, brachte es bis zu Anfang des Jahres 1905 auf kaum mehr als 600 Abonnenten. Dann kam der große Aufschwung. Ende des Jahres 1906 war die Abonnentenzahl auf über 2500 gestiegen. Seit Neujahr erscheint „Arbetaren“ statt einmal dreimal wöchentlich. Gleichzeitig wurde eine sozialdemokratische Monatschrift gegründet, die unter dem Titel „Folktribunen“ ebenfalls in Helsingfors erscheint. In beiden Organen wird großer Wert auf die prinzipielle Klärung gelegt. Die Monatschrift hat unter anderem mit der Wiedergabe der Artikel Kantahos über die Triebkräfte und Aussichten der russischen Revolution aus der „Neuen Zeit“ begonnen, während „Arbetaren“ eine Artikelserie des dänischen Genossen Dr. Gustaf Bang, „Der Marxismus“ betitelt, abdruckt, die übrigens schon in vielen sozialdemokratischen Blättern Skandinaviens erschienen ist.

### Soziales.

#### Zur Beschäftigung von Lehrlingen in Fabriken.

Als der Gewerberat Knoll während der Mittagspause die Junglehrling von Nummer kontrollierte, fand er dort den 15jährigen Lehrling K. am Schmelzofen beschäftigt. Nummer selber war nicht anwesend. Gegen ihn wurde ein Strafverfahren wegen Uebertretung folgender Bestimmung des § 136 der Gewerbeordnung eingeleitet: „Während der Pausen darf den jugendlichen Arbeitern eine Beschäftigung in dem Fabrikbetriebe überhaupt nicht und der Aufenthalt in den Arbeitsräumen nur dann gestattet werden, wenn in demjenigen Teil des Betriebes, in welchem jugendliche Arbeiter beschäftigt sind, für die Zeit der Pausen völlig eingestrichelt werden oder wenn der Aufenthalt im Freien nicht tunsich und andere geeignete Aufenthaltsräume ohne unverhältnismäßige Schwierigkeiten nicht beschafft werden können.“ Das Landgericht Berlin I sprach den Angeklagten frei und führte aus: „Es sei als festgestellt anzusehen, daß Angeklagter, der zur fraglichen Zeit auf dem Vormundschaftsgericht zu tun hatte, vom Lehrling vorher verboten habe, sich während der Pause im Fabrikraum aufzuhalten. Wenn der Lehrling es dennoch tat und sich sogar beschäftigte, so habe sich Angeklagter nicht strafbar gemacht. Wenn er auch wegen der geringen Größe des Betriebes keinen Werkmeister habe, so hätte er doch keinen besonderen Vertreter für die Zeit seiner Abwesenheit bestellen und mit der Sorge für die Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen betrauen brauchen. Er hätte erwarten können, daß seinem ernstlichen Willen entsprochen werde, wenn er auf kurze Zeit den Rücken wende.“ Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob das Kammergericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Begründung ging dahin: Das Landgericht habe die Pflichten verkannt, welche den Gewerbetreibenden bezüglich der Arbeiterbeschäftigung obliegen. Konnte Angeklagter eine Zeitsung den Betrieb nicht überwachen und hatte er keine andere Aufsichtsperson (Werkmeister) dort, so hätte er eben für jene Zeit einen besonderen Aufseher bestellen müssen, der darüber wachte, daß der Lehrling sich nicht während der Pause im Betriebe beschäftigte.

#### Bevölkerungszuwachs in europäischen Staaten.

Einem Berichte des französischen Arbeitsministeriums zufolge vermehrte sich die Bevölkerung in den wichtigsten europäischen Staaten während der letzten 35 Jahre in folgendem Maßstabe:

| Perioden  | Deutschland | Frankreich | Oesterreich | England | Niederlande | Schweden | Russland |
|-----------|-------------|------------|-------------|---------|-------------|----------|----------|
| 1871—1875 | 107         | 5          | 67          | 134     | 106         | 124      | 127      |
| 1876—1880 | 131         | 29         | 82          | 145     | 135         | 120      | 151      |
| 1881—1885 | 113         | 25         | 79          | 141     | 134         | 119      | 140      |
| 1886—1890 | 121         | 11         | 88          | 126     | 131         | 124      | 138      |
| 1891—1895 | 130         | 1          | 95          | 117     | 133         | 108      | 135      |
| 1896—1900 | 147         | 3          | 116         | 116     | 150         | 108      | 146      |
| 1901—1905 | 148         | 19         | 125         | 123     | 155         | 108      | 144      |

Demnach wird Deutschland in bezug auf die Bevölkerungszunahme nur noch von den Niederlanden übertroffen und von Norwegen beinahe erreicht. Weit hinter allen Ländern zurück steht Frankreich. Bereits im Durchschnitt der Jahre 1841—1870 betrug die Bevölkerungszunahme in Frankreich nur 31 auf je 10 000 Einwohner, während sie in Deutschland in diesem Zeitraum sich bereits auf 95 belief.

#### Was Militärmusiker verdienen.

Uebersaus bezeichnende Einblicke in die die Einnahmen der Zivilberufsmusiker schwer schädigende Militärmusikerkonkurrenz gewährte eine Strafrichterbehandlung, die sich am Mittwoch vor der vierten Strafkammer des hiesigen Landgerichts II abspielte. Angeklagt war der frühere Hobdli der Kapelle des Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiments Adolf Kähler. Der 28jährige Angeklagte sollte durch eine an den Oberst von Quast gerichtete Beschwerde den Stabs-hobolisen Adolf Weder wissenschaftlich falsch beschuldigt haben. Angeklagter trat 1898 beim 11. Infanterie-Regiment ein, kam im Februar 1895 zum Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiment und wurde im Jahre 1902 zum Chorführer ernannt. Als solcher war er stellvertretender Dirigent. Der Stabs-hobolisi Weder fungierte als Regimentskapellmeister. Am 31. August 1906 schied der Angeklagte aus dem Militärstande aus und ist jetzt Militäramwärter. Vor seinem Austritt sprach er wiederholt den Wunsch aus, man möge ihm Einsicht in das sogenannte Spielbuch gestatten, da er noch Ansprüche an den Kapellmeister aus früheren Konzerten zu haben glaubte, in denen er diesen vertreten hatte. Dies wurde ihm jedoch verweigert. Der Angeklagte wendete sich nun beschwerdeführend an den Regimentskommandeur. In der Beschwerde machte er von verschiedenen Unregelmäßigkeiten Mitteilung, die sich Weder habe zuschreiben können lassen. Für die Militärmusiker besteht ein besonderer Mindesttarif,

nach welchem der Dirigent unter einem Spielhonorar von 25 M. für sich selbst und pro Mann 4 Mark nicht spielen darf. Eine weitere Vorschrift schreibt vor, daß gewisse Prozente von diesem Spielhonorar für Benutzung der Instrumente und Noten an die Regimentsklasse abgeführt werden müssen. In jenem Briefe behauptete der Angeklagte, der Kapellmeister habe in mehreren Fällen, wie zum Beispiel in der Happpoldischen Brauerei, bei Schramm in Wilmersdorf und bei Stroll weit geringere Beträge angegeben und den Rest, ohne diesen zugunsten der Regimentsklasse zu prozentieren, für sich behalten. In dieser Behauptung erblickte die Anklagebehörde eine wissenschaftlich falsche Anschuldigung.

Angellagter trat in der Verhandlung den Beweis der Wahrheit für seine Behauptungen an, wiewohl an sich der Anklagebehörde die Beweislast für die Behauptungen der Anklage obliegt. In der Verhandlung wurde der Nachweis geführt, daß der Stabs-Hoboist von der Happpoldischen Brauerei für die Sommerkonzerte ein Spielhonorar von 40 M. erhalten, aber nur den Mindestsatz von 25 M. prozentweise verteilte hatte. Die restierenden 15 Mark wurden ihm von der Brauerei stets ins Haus geschickt, ohne daß die vorgeschriebenen Prozente abgezogen wurden. Der Stabs-Hoboist Becker erklärte vor Gericht als Zeuge, daß diese überschüssige Summe nur ein „Extrahonorar“ gewesen sei, welches ihm von den Konzertunternehmern für besondere Leistungen bewilligt worden sei. Er habe dies erst für sich behalten, nachdem ihm von dem Hauptmann v. Arnim auf seine Anfrage erklärt worden sei, er könne dieses Extrahonorar ohne die vorgeschriebenen Abzüge behalten. Das Generalkommando besaß sich jedoch bald darauf mit dieser Angelegenheit näher und gab Befehl, daß auch ein Extrahonorar zugunsten der Regimentsklasse prozentweise verteilt werden müsse. Der Angeklagte fühlte sich außerdem noch dadurch beschwert, daß er häufig nach dem Konzert die Ballmusik dirigieren mußte, ohne den vorgeschriebenen Anteil an dem Dirigentenhonorar zu erhalten. Auf seine Beschwerden habe ihm der Kapellmeister geantwortet, er müsse dies schon, wie seine Vorgänger, als persona gratissima tun, was so viel heißen solle wie, er müsse dieses Amt gratis ausüben und auf den ihm zustehenden Anteil verzichten. — Die Beweisaufnahme ergab außerdem, daß der Kapellmeister Becker ein monatliches Einkommen von weit über 1000 M. hatte.

Der Staatsanwalt ließ die Anklage fallen, da der Wahrheitsbeweis als gelungen angesehen werden müsse, nur habe der Angeklagte nicht sehr einwandlos gehandelt, wenn er in dieser Weise Mißstände aufzudecken gedachte. Das Gericht erkannte, da nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme eine wissenschaftlich falsche Anschuldigung nicht vorliegt, auf Freisprechung des Angeklagten.

Wäre der in der Verhandlung kargelegte Tatbestand zuvor ermittelt worden — und das war wohl nicht unmöglich —, so wäre der außerordentlich interessante Einblick in die Verhältnisse der militärischen Musikfonturzen leider der Öffentlichkeit vorenthalten worden. Vergleichlich petitionieren seit Jahrzehnten die sozial schwer bedrückten Zivilberufsmänner um ein Verbot der Veranstaltung entgeltlicher Militärmusikkonzerte.

Kann die Keuzerung des Chefs: „Sehen Sie sich nach einer anderen Stellung um!“ vom Angestellten als sofortige Entlassung angesehen werden?

Mit der Entscheidung dieser Streitfrage hatte sich am Mittwoch die zweite Kammer des Kaufmannsgerichtes zu befassen. Der Verkäufer Siebert Sch. wurde von dem Produzentenhändler Gemlich Krause mit vierwöchentlicher Kündigung engagiert. Am 1. November trat Sch. die Stellung an, und am 22. desselben Monats sagte der Prinzipal zu ihm: „Wir passen doch nicht zusammen, sehen Sie sich nach einer anderen Stellung um!“ Am nächsten Tage erkrankte der Kläger Sch. Am 25. November ging seine Ehefrau zu dem Beklagten, um das Fernbleiben ihres Mannes vom Geschäft zu entschuldigen. Der Chef erwiderte darauf der Frau: „Sagen Sie Ihrem Mann, wenn er nicht kommen kann, so kann ich ihn überhaupt nicht gebrauchen.“ Als der Kläger eine Woche später, nach seiner Genesung, wieder ins Geschäft gehen wollte, wurde er barisch hinausgewiesen. In der gestrigen Verhandlung behauptete der Beklagte, der Kläger sei von ihm gar nicht sofort entlassen worden. Es habe ihm ganz fern gelegen, mit der Aufforderung, sich um Stellung umzusehen, die sofortige Entlassung auszusprechen. An die Krankheit des Klägers glaube er im übrigen nicht, da sein Hausarzt den Sch. nicht im Bett, sondern nur auf der Chaiselongue angetroffen habe. Der Kläger sei mithin von allein und ohne Grund fortgeblieben.

Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 211 M. und indem es auf Grund der Keuzerung des Beklagten zur Ehefrau des Klägers im Zusammenhang mit der vorher zum Kläger selbst gemachten Aufforderung: „Sehen Sie sich um eine andere Stelle um!“ annahm, daß es der Wille des Beklagten war, das Dienstverhältnis sofort aufzulösen.

## Aus Industrie und Handel.

### Montantrust Phönix-Nordstern.

Durch die bereits gemeldete Kombination Phönix-Nordstern wird ein gemischtes Unternehmen geschaffen, das seine Vorläufer ziemlich weit überflügelt. Wenigstens soweit die ausschlaggebenden Halbzeug- und Walzartikel in Betracht kommen. Der Trust Gelsenkirchen-Schaffe-Note verfügt über eine größere Kohlenproduktion, die Vereinigung Phönix-Görde-Nordstern ist aber das größte geschlossene Unternehmen, das in der Produktion von Rohmaterial und Halbzeug in bisher weitgehendem Maße sich selbst aus den eigenen Betrieben genügt. Wäher hatte Krupp die größte Beteiligung in den Produkten A und Thyssen stand an erster Stelle mit den Produkten B.

Rundmehr ergibt sich folgende Konstellation:

|              | Beteiligung beim |              |            |          |         |    |
|--------------|------------------|--------------|------------|----------|---------|----|
|              | Kohlenhandel     | Stahlverband |            |          |         |    |
|              | Kohlen           | Kohls        | Erzmetalls | Produkte | A.      | B. |
| Phönix-Görde |                  |              |            |          |         |    |
| Nordstern    | 3 190 000        | 542 640      | 71 820     | 526 929  | 660 107 |    |
| Krupp        | 700 000          | —            | —          | 414 822  | 416 188 |    |
| Thyssen      | 1 350 000        | 4 800        | 12 000     | 360 997  | 529 411 |    |

Mit der neuen Kombination wird die Konzentrationsbewegung nicht abgeschlossen sein. Jedenfalls dürfte eine Vereinigung zwischen Bochumer Verein, Westfälische Stahlwerke in Bochum und Rheinische Stahlwerke in Aachen, wozu noch ein der großen reinen Jochenunternehmen treten wird, bald folgen.

### Schiffahrtssubsidien und ihre Folgen.

Der soeben erschienene Jahresbericht von Lloyd's Register enthält über die Entwicklung der bis vor kurzem subventionierten französischen Handelsflotte interessante Angaben, aus denen hervorgeht, daß eine mit Subsidien arbeitende Schiffahrtspolitik die Handelsflotte eines Landes wohl künstlich großhalten kann, daß sie ihr aber niemals die für eine gesunde Weiterentwicklung nötigen dauernden Grundlagen zu geben vermag. Der Bericht stellt fest, daß in Frankreich im letzten Jahre der Gesamtumfang der vom Stapel gelassenen Schiffe 85 000 Registermetern betragen hat. Den Ergebnissen des Jahres 1905 gegenüber macht sich ein Rückgang um 35 000 Registermetern geltend. Die leistungsfähige Bautomane der französischen Werften ist die geringste seit 1895. Unter dem Einfluß der Schiffahrtssubsidien hat Frankreich in den drei Jahren von 1899 bis 1902 fast 200 große Segelschiffe mit je einem Durchschnittsräumgehalt von 2000 Tonnen zu Wasser gebracht. Seitdem die Schiffahrtssubsidien aufgehört, ist auf den französischen Schiffbauanlagen kein einziges größeres Segelschiff mehr vom Stapel gelaufen.

Ausschaltung des Zwischenhandels. Ein Brüsseler Blatt meldet, daß der Platz Antwerpen eine Lieferung von mindens 500 000 Sack

Kaffee, die bis zu einer Million Sack erhöht werden kann, in Kommission erhalten werde. Der Kaffee dürfe nur an die an dem Platz selbst ansässigen Geschäftshäuser, nicht aber an Detailgeschäfte verkauft werden, auch dürfe der Verkauf nicht vor dem nächsten Dezember erfolgen. Das neue System werde die Ausschaltung des ganzen Zwischenhandels zur Folge haben. Der Platz Antwerpen und die andere belgische Geschäftswelt sei mit 48 Millionen an dem betreffenden Syndikat beteiligt. Der Deputierte Lorand werde morgen den Finanzminister interpellieren wegen der von einer Bank dem Konsortium gewährten Zuschüsse, da er in dem Konsortium einen Trust zum Zwecke wucherischen Aufkaufs erblicke.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Kampf in der Holzindustrie.

Eine am Donnerstag abgehaltene Branchenversammlung der im Holzarbeiterverbande organisierten Stellmacher beschäftigte sich mit der Aussperrung in der Holzindustrie. Die Stellmacher selbst sind größtenteils nicht von der Aussperrung betroffen, da ja die Wagenfabrikanten es abgelehnt haben, in diesem Falle den Holzindustriellen Scharfmachern Folge zu leisten. — Nachdem die Versammlung den Bericht über die Aussperrung entgegengenommen hatte, nahm sie einstimmig eine Resolution an. Dieselbe erklärt den ausgesperrten Holzarbeitern die größte Sympathie, bezeugt die Aussperrung als eine Maßnahme der Unternehmer, die nicht zu rechtfertigen ist und erklärt ferner, daß die Stellmacher treu und fest zum Holzarbeiterverbande halten, um auch den Unternehmern ihres Berufs ein deutliches Zeichen von der Macht der Organisation zu geben.

Nach den gestrigen Meldungen beim Holzarbeiterverband, die sich auf die Entlassungen am Mittwoch und Donnerstag erstrecken, hat sich die Zahl der Aussperrten um 150 vermehrt. Der größte Teil davon entfällt auf 21 Betriebe von Treppengeländerfabrikanten, die bekanntlich erst jetzt mit der Aussperrung begonnen haben, weil sie bisher an den bestehenden Vertrag gebunden waren.

Wenn man den öffentlichen Rundgebungen Glauben schenken wollte, welche die Unternehmer in ihrer Presse und in ihren Versammlungen von sich geben, dann müßte man annehmen, daß die bisherige Beteiligung an der Aussperrung eine im Sinne der Unternehmer geradezu glänzende ist. Wir haben jedoch, ebenso wie die Leitung des Holzarbeiterverbandes, schon an vielen Beispielen nachweisen können, daß es mit der Einseitigkeit des Vorgehens der Unternehmer und der Befolgung ihrer Beschlüsse häufig recht bedenklich aussteht. Jetzt ist es kein Geringerer als Herr Obermeister Rahardt selbst, der unjüngere Angaben und unsere Auffassung bestätigt.

Unter dem Datum des 30. Januar hat Herr Rahardt ein vertrauliches Zirkular an eine Anzahl von Tischlermeistern versandt, welches für die Kennzeichnung der Situation sehr wertvoll ist. Zunächst schneidet Herr Rahardt ein wenig auf. Er sagt, mehr als 10 000 Arbeiter seien bis zum gegenwärtigen Augenblick — also bis zum 30. Januar — ausgesperrt. (In Wirklichkeit waren es bis dahin nur 7500.) An einem endgültigen Siege „unserer gerechten Sache“, sagt Herr Rahardt, sei kein Zweifel mehr. Aber trotz dieser zur Schau getragenen Siegeszuversicht wendet sich Herr Rahardt an die Empfänger des Zirkulars, um sie in der dringendsten Weise zum Anschluß an die Aussperrung zu bewegen, denn, wer an dem Kampfe nicht teilnimmt, der soll auch ausgeschlossen bleiben von dem „für unser Gewerbe günstigen Vertrag“, den Herr Rahardt durch die Aussperrung zu erzwingen erwartet. Der siegesglaube „Diktator“ der Berliner Tischlermeister (diese Bezeichnung legte sich Herr Rahardt in einer Versammlung selbst bei) will nicht etwa im Interesse der Aussperrungswilligen, sondern im Interesse der Absteigenden die Zahl seiner Kämpfer vermehren. Er läßt sich deshalb also vernehmen:

„Ich halte es als Obermeister für meine Pflicht, Sie schon jetzt auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welche für alle diejenigen Tischlermeister entsteht, welche trotz des Ernstes der Situation und trotz unserer wiederholten Mahnung, Schulter an Schulter mit ihren Berufsgenossen zu kämpfen und gemeinsam die maßlosen Forderungen des Holzarbeiterverbandes abzuwehren, immer noch abseits stehen und im Trüben zu fischen versuchen. Für diese Herren wird der zukünftige Vertrag keine Geltung haben. . . . Pflichtgemäß mache ich Sie darauf aufmerksam, daß die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie bereits beschlossen haben, in den nächsten drei Jahren keine neuen Mitglieder mehr aufzunehmen. Wer sich nicht in dieser für das Bestehen des Berliner Tischlergewerbes so überaus ersperrten Zeit entschließen kann, an seinem Teil mitzuwirken an der Abwehr ründer Forderungen unserer Gegner, soll auch keinen Unterschlupf mehr finden, wenn ihm selbst das Messer an der Kehle sitzt. Sie haben sich demnach damit vertraut zu machen, daß Sie in den nächsten drei Jahren schup- und wehlos der Rache des Holzarbeiterverbandes überlassen bleiben. . . . In Ihrem eigenen Interesse lege ich Ihnen deshalb in letzter Stunde nahe, sich Ihren Kollegen anzuschließen und spätestens am Sonnabend Ihre Arbeiter zu entlassen.“

Diese Mahnung des Obermeisters an seine kampfunlustigen Kollegen ist in der Tat kennzeichnend für die Situation. Beweist doch Herr Rahardt damit, daß es jetzt — fast drei Wochen nach dem Termin, an dem die allgemeine Aussperrung in Berlin einsetzen sollte, noch viele Tischlermeister gibt, die verständlich genug sind, des Anordnungen des „Diktators“ nicht Folge zu leisten. Klein kann deren Zahl nicht sein, denn sonst würde es der Diktator nicht für nötig halten, dieselben, wie es im § 153 der Gewerbeordnung heißt — „durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verurteilung zu bestimmen“ an dem Kampfe gegen den Holzarbeiterverband teilzunehmen. Wäre die Zahl der Absteigenden gering oder ihre Betriebe bedeutungslos und könnten ohne deren Hilfe die Scharfmacher auf einen Sieg rechnen, dann würde es dem Obermeister wohl schwerlich einfallen, so brünstig um ihre Kampfgemeinschaft zu werben. Man kann wohl annehmen, daß auch die Schredbilder, welche Herr Rahardt den nicht aussperrenden Tischlermeistern an die Wand malt, den gewünschten Erfolg nicht haben werden, denn wer drei Wochen vergehen ließ, ohne sich an den Machenschaften der Scharfmacher zu beteiligen, der wird wohl keine Lust haben, die Lorcheiten jener Herren mitzumachen. Die Rache des Holzarbeiterverbandes stellt Herr Rahardt denen in Aussicht, die seiner Diktatur nicht folgen. Welch ein Unsinn! Wer überhaupt rachsüchtig ist, der wird doch nicht Rache an den e n nehmen, die ihn in Frieden liehen, während andere ihn bekämpfen. Der Hinweis auf die Rache des Holzarbeiterverbandes ist so lächerlich, daß Herr Rahardt damit wohl keine Wirkung erzielen wird. Und nun gar die Drohung, daß die nicht aussperrenden Tischlermeister von dem Vertrage ausgeschlossen werden sollen, den die Scharfmacher erzwingen wollen. Herr Rahardt befindet sich hier in der Rolle des Jägers, der das Wärenfell verteilt, ehe er den Wären hat. Daß die Unternehmer einen Vertrag, wie sie ihn wollen, nicht erzwingen werden, das kann man nach der augenblicklichen Situation als zweifellos annehmen. Zeigt doch gerade das Zirkular des Herrn Rahardt, daß

die Position der Unternehmer in diesem Kampfe keine Hoffnungserweckende ist!

### Die ausgesperrten Automobilfahrer

verfammlen sich am Freitagmorgen in den Aminhallen. Die Kommission hatte die neuen Vorschläge zum Frieden, wie sie in der letzten Versammlung im Gewerkschaftshause von den Fahrern angenommen wurden, den einzelnen Firmen unterbreitet und bis zum 31. Januar Bescheid erbeten. Diesen Bescheid erwarteten die Versammelten zu hören, mußten aber erfahren, daß überhaupt keine Antwort eingelaufen sei und daß die Unternehmer erst am Freitagabend zu einer Besprechung zusammenkommen. Die Kommission hatte erfahren, daß man Anstich genommen habe an der Forderung des Arbeitsnachweises unter den neuen Vorschlägen. Um keinen Zweifel an dem guten Willen zum Frieden aufkommen zu lassen, richtete die Kommission das folgende Schreiben an die Besitzer der Garagen:

Berlin, den 30. Januar 1907.

Auf Grund einer Unterredung, die wir mit einigen der Herren Unternehmer hatten, müssen wir annehmen, daß die Regelung des Arbeitsnachweises bei den Einigungsverhandlungen ein Hindernis bilden würde.

Um diesen Stein des Anstoßes aus der Welt zu schaffen, teilen wir Ihnen mit, daß wir bereit sind, auf die Unterhaltung eines eigenen Arbeitsnachweises für die Gruppe Kraftdroschkenfahrer zu verzichten, wenn die Herren Unternehmer sich bereit erklären, daselbe zu tun.

Im übrigen vertreiben wir auf unser Schreiben vom 28. d. M. und hoffen, daß sich nunmehr auch über die anderen Punkte eine Verständigung wird erzielen lassen.

Ihrer gest. baldigen Rückantwort gewärtig, zeichnet Hochachtungsvoll

Die Kommission der ausgesperrten Kraftdroschkenfahrer.

Man muß nun abwarten, welche Antwort nach der Sitzung der Unternehmer einkommen wird. — Inzwischen hat man erfahren, daß sich die einzelnen Besitzer eifrig um ihre alten Fahrer bemühen, dabei aber regelmäßig die Organisation umgehen. Die Firma „Komet“ fährt den Leuten, daß sie doch bedenken möchten, welchen Schaden sie hätten, wenn sie noch weiter streiken. Herr Rager teilt seinen Fahrern ganz gemächlich mit, daß sie das Kriegsbeil nun doch bald begraben müßten und es nun wirklich an der Zeit sei, daß sie kommen und sich ihre Wagen ansehen, ob alles noch in guter Ordnung sei; sie dürften die Dinger doch nicht verrotten lassen.

Ueber Belästigungen der Streikposten durch die Beamten der Verkehrspolizei wird wieder viel geklagt. Andererseits beschwerte man sich, daß mancherlei Unregelmäßigkeiten vorkommen, die früher gleich mit einem Strafmandat bestraft wurden, jetzt aber viel Nachsicht erfahren, wenn etwa ein Unregelmäßiger der Schuldige ist. — Zu den Belästigungen der Unternehmer in bürgerlichen Kreisen hat die Kommission durch die Erklärung in der gestrigen Kammer des „Vorwärts“ bereits Stellung genommen. — Lehnen die Unternehmer die überlängten Friedensvorschläge ab, so wird der Kampf energisch fortgeführt werden.

### Mähung! Kurbelsticker und Stickerinnen!

Die Firma Julius Kaufmann, mechanische Stickerie für halbfertige Roben, Schmidstr. 24/25, verlangt durch Annoncen Stepper und Stepperinnen auf Schnurlich, obgleich die Firma nicht einmal so viel Arbeit hat, um die dort jetzt schon tätigen Personen zu beschäftigen. Die auf Grund der Annoncen eintretenden Kollegen haben die angenehme Aussicht, gemeinsam mit den dort schon Beschäftigten, täglich zwei, drei Stunden und darüber still zu sitzen und auf Arbeit zu warten. Da die Arbeit in Afford gegeben wird, zählt die Firma für die Wartezeit selbstverständlich keinen Pfennig.

Wir warnen hiermit die Kurbelsticker und Stickerinnen davor, sich auf diese Annoncen einzulassen. Der Schaden der Enttäuschung ist ein so großer, weil die Konfektionsstickerie jetzt in der Saison befindet und jeder verlorene Tag für die Arbeiter einen empfindlichen Verlust bedeutet. Vielleicht trägt auch diese Notiz dazu bei, daß die Firma diesem Unfug, der früher in der Stickerie eine große Rolle als Geschäftsdrehsache spielte, jetzt als Reklame nicht mehr zu gebrauchen, sondern eine Schädigung der Arbeitlosen darstellt, ein Ende bereitet.

### Zentralverband deutscher Textilarbeiter.

#### Filiale Berlin.

#### Mähung, Bauarbeiter!

Wegen Tarifbruchs ist die Firma Unger, Holzstr. 35, für Tapezierer (Kleber) gesperrt. Die Bauten der Firma sind: Dahlmannstraße, Ede Spelstraße; Werner Siemensstraße, Baumeister Bunnich.

### Die Mähzählerkommission.

#### Deutsches Reich.

Die im Altonaer Fischereihafen und in der Fischkation beschäftigten Arbeiter haben wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Infolgedessen können Fischdampfer nicht entlastet werden.

### Ausland.

#### Gewerkschaftliche Kämpfe in Belgien.

In Belgien befinden sich gegenwärtig mehrere tausend Arbeiter verschiedener Berufe im Ausstand. Am härtesten sind die Kohlengrubenarbeiter daran beteiligt, von denen zu Kettine 1300, zu Ronceau-Bagemon 1700 streiken. Zu Herstal haben sie ebenfalls die Arbeit eingestellt, und zwar richtet der Streik sich hier gegen ein Reglement, wonach über 40 Jahre alte Arbeiter überhaupt nicht mehr beschäftigt werden sollen. Von anderen Berufen streiken in Marcinelle 700 Metallarbeiter, in Brüssel 50 Schuhmacher sowie die Klempner, in Volaren die Haarschneider, in Went die Buchbinder, in Rosselaere die Schuhmacher, und in Turnhout sind 250 Textilarbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Dazu kommt noch eine Anzahl kleinerer Streiks und Aussperrungen.

Mit Rücksicht darauf, daß die einzelnen Gewerkschaften nicht imstande sind, aus eigenen Mitteln die Streikenden hinreichend zu unterstützen, hat die Syndikale Kommission der Gewerkschaften gemeinsam mit dem Landesrat der Arbeiterpartei einen Aufruf zu Sammlungen veröffentlicht.

Ein Streik der Artisten ist in den Londoner Varietés und Musikhallen ausgebrochen; 15 dieser Establishments sind jetzt von Streikposten besetzt. In einem Variété mußten die Vorstellungen abgebrochen werden, nachdem Artisten und Musiker sich weigerten, weiter zu spielen. Den Streikenden fließen große Geldsummen zu, sie werden vor allem von den Arbeiterorganisationen unterstützt.

#### Zu den Aussperrungen in Lodz.

Das Lodzer sozialdemokratische Komitee hat sich an die Bevölkerung mit einem Aufruf gewandt, in welchem es zu einem Boykott der Posnanischen Waren auffordert. Die Hauptarbeit der sozialdemokratischen Organisation ist darauf gerichtet, die nötige materielle Unterstützung für die Opfer der Aussperrungen zu organisieren. Es wurden sozialdemokratische und parteilose Kommissionen gebildet, welche sich aus den Vertretern der Fabrikkommissionen, der gewerkschaftlichen und der politischen Organisationen zusammensetzen. Fast in allen Fabriken wurden Arbeiterversammlungen abgehalten, welche sich für eine moralische und materielle Unterstützung der aufs Pfahler gestworbenen Arbeiter aussprechen. In vielen Fabriken wurde beschlossen, jede Woche einen gewissen Satz zugunsten der Aussperrten vom Lohn abzugeben und den Hilfskommissionen zu überweisen. Die unbekannteten Arbeiter der Posnanischen Fabrik erhalten wöchentlich 1 Rubel, die verheirateten 2 Rubel. Die Kommissionen haben nur sehr geringe Mittel, die Not unter den Arbeitern aber wächst stetig. Die Arbeiter halten sich wacker; sie begreifen den vollen Ernst der Lage, denn sie wissen, daß alle so schwere erzwungenen Vorteile auf dem Spiele stehen.



Jetzt  
ca. 4000 □ Mtr.  
Ausstellungs-Räume

Complete Einrichtungen  
von  
250-25000  
Mark

Verkauf  
gegen  
Baar.

Mit  
unserm Umbau

sind wir  
fertig!

Berlins neuestes und grösstes Möbel-Haus

M. L. N.

M. Luckhardt Nachf.  
BERLIN O.  
Spandauerstr. 26-28

Neu!

An jedem Gegenstande,  
an jeder Einrichtung

2 Preise!

1 Cassa-  
1 Teilzahlungs-  
Preis.

Auf Wunsch  
bequemste  
Teilzahlung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679.

Sonntag, den 3. Februar cr., vormittags 10 Uhr, im Saale von Franke, Sebastianstraße 39:

### Versammlung

aller im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten  
Bohrleger und Helfer.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Agitationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Mit Rücksicht, daß anlässlich der Wahlbewegung unsere regelmäßige Versammlung nicht stattfinden konnte, und in dieser Versammlung wichtige Angelegenheiten besprochen werden, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Achtung! Reinickendorf. Achtung!

Sonntag, 3. Februar, vorm. 10 Uhr:

### Morgensprache

Reinickendorf und Umgegend  
im Saale von Muster, Berlinerstr. 29.  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Montag, den 4. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Märkischen Hof“, Admiralstraße 18c:

### Versammlung

aller in der Sihnöbelindustrie beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht von der Konferenz in Dresden.  
2. Verbandsangelegenheit.

Die  
**Möbel-Fabrik**  
von  
**A. Schulz, 5 Reichenbergerstr. 5**

empfiehlt Wohnungs-Einrichtungen von 240-10 000 M.  
in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und  
Stilart sowie auch Volkswaren eigener Fabrikation zu  
äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Be-  
dienung. Anlante Zahlungen. Tel. Amt IV 6877. (3816c)

## Rauchfangswerder

Bahnstation Zeuthen.

Hierdurch mache ich die ergebene Mitteilung, daß ich mein  
Etablissement Waldhaus wieder selbst übernommen habe  
und empfehle dasselbe allen geehrten Vereinen, Gesellschaften und  
Fabriken, speziell für Dampferpartien. Mein langjähriges Re-  
nommee bürgt für gute Bewirtung sowie Verabreichung von  
tadellosen Speisen und Getränken zu zivilen Preisen. Größere  
Vereine und Gesellschaften bitte um vorherige, möglichst recht  
baldige Anmeldung.

Hochachtungsvoll  
**Eduard Rutkowsky.**

## Gemeindearbeiter!

Sonntag, den 3. Februar, abends 6 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

### Lichtbildervortrag: „Durch die eisigen Goldfelder Alaskas“.

Entree 20 Pfennig. Taus frei!

## Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

### Achtung! Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr: Achtung!

### Mitglieder-Versammlungen

in allen Bezirken mit der Tagesordnung:

1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 2. Anträge zum Verbandstag. 3. Stichwahlen zum Zweigvereins-Vorstand. 4. Verbandsangelegenheiten.

Recht regen Besuch zu diesen für uns so wichtigen Versammlungen erwartet  
Der Zweigvereins-Vorstand. 82/8

### Partei-Expeditionen:

- Zentrum I: Fritz Hinte, Wauerstr. 89.  
Zentrum II: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.  
2. Wahlkreis, Süden und Südwesten: Hermann Berner, Mittenwalderstr. 30.  
3. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Wilowstr. 52, Hof.  
4. Wahlkreis, Osten: Robert Wengels, Rüdersdorferstr. 3, am Mühlenteich. - Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).  
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufteichplatz 14/15 (Laden).  
5. Wahlkreis: Leo Jucht, Reibelstr. 42 (Laden).  
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.  
Wedding: Karl Seiche, Bienenstraße 41/42.  
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Rasche, Adlerstr. 36, Eingang Kullamerstraße.  
Gesundbrunnen: F. Trapp, Mühlenerstr. 24, oben part. Hof.  
Schönhauser Vorstadt: Karl Wars, Löhnerstr. 123.  
Alt-Glittenke: Reinhold Schulz, Studowerstr. 53.  
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenmeisterstraße 1, Gef. Goethestraße, vorn I.  
Wilmerdorf-Halensee: Georg Heese, Berlinerstr. 46, Laden.  
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seitel, Kronprinzenstraße 50, I.  
Rummelsburg, Boxhagen: M. Rosenkrantz, III-Boxhagen 56.  
Grünau: Otto Schröder, Wilhelmstr. 21.  
Rixdorf: R. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.  
Schmargendorf: Gustav Kaminisch, Genustraße 2.  
Schöneberg: Wilhelm Baumier, Martin Lutherstr. 51, im Laden.  
Tempelhof: R. Müller, Berlinerstr. 41/42.  
Ober-Schöneberg: Julius Grunow, Eblowstr. 10, I.  
Nieder-Schöneberg: Bonkowski, Haselwerderstr. 1d.  
Johannisthal: Franz Hünold, Wilmardstr. 7.  
Adlershof: Erich Steiner, Koonstr. 8, I.  
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Lindenwalder-  
straße 4b.  
Köpenick: Friedrich Boid, Grünstr. 4.  
Friedenau-Steglitz-Südende: F. Bernsee, Schloßstr. 115,  
Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz:  
G. Rohrer, Döppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Uhornstr. 15a.  
Hariendorf: Paul Müller, Bergstr. 35, Hof I.  
Baumschulenweg: Stod, Grünstr. 2, II.  
Tropow: Rob. Gramenz, Niehölzstraße 412, Laden.  
Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sebanstr. 105, part. rez.  
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:  
F. Gursch, Brovingstraße 108, II.  
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,  
Hermisdorf und Reinickendorf-West: Paul Rietzsch,  
Borsigwalde, Schubarstraße 48.  
Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwaldt, Wählenstr. 73.  
Barnau: Heinrich Brose, Köhlerstr. 74, part.  
Eichwalde, Zeuthen, Altdorf und Hanks Ablage:  
Wilhelm Gräß, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I.  
Teltow: Wilhelm Rehler, Hohensteinweg 7.  
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstraße 1.  
Spandau: Köppen, Jagowstr. 2.  
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen  
Bücher dort zu haben. Auch werden Inserate für  
den „Vorwärts“ entgegengenommen.  
Bitte ausschneiden.



Gustav Behrens  
Theater,  
Berlin O.,  
Frankfurter  
Allee 85.  
Das einzig dastehende  
Elite-Februar-Programm.  
24 Nummern.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr

UGGENHAGEN  
-Moritzplatz.-  
Täglich:  
Konzert  
der Ober-  
bayer.  
Quint.  
Gottschall  
Kapelle  
und  
Dachauer  
Bauern-  
Rustant.  
Res!!!  
Der Besonnenengel  
mit feinen  
Lumberdesserturen.

Anton Boekers Ball-Salon  
Habe noch Sonntags und Sonn-  
tags Abende zu vergeben, auch sind  
Vereinssammler in der Woche frei.  
Anton Boekers, Sebestr. 17,  
T. N.: VII Nr. 13414. 35702\*

Englischen Unterricht,  
einseln und im Platel, erteilt 36372\*  
Gertrud Swienty,  
Schöneberg, Sebanstraße 57, III.

Bau- u. Gartenland-Parz.  
Angebot günstig nahe Berlin offeriert  
Paul Vahlteich,  
Berlin NW., Dielestraße 22.

### Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.

Der 1. Ofterfeiertag  
ist frei geworden. 12555\*

### Otto Pritzkow, Münzstr. 18,

Welt-Ausstellungs-  
Biograph-(St. Louis)

Theater lebender  
Photographien.

Auf Wunsch Vorführung  
in Vereinen jederzeit.

Verbindung mit größter Filma-  
fabrik Frankreichs, daher täglich  
neueste Bilder.

Den ganzen Tag Vorstellung.

Riffige Gesichtshaut  
Herba-Seife

wird sanftmütig, ge-  
schmeidig u. jugendlich  
u. Obermeyer's  
zu haben in allen Apoth., Droger. u. Perf. pro St. 50 g u. 1.4

### Größte Neuheit! Trompeten-Konzert-Zitter-Harmonika Größte Neuheit!



mit 36 Kegeln, wodurch  
man die Musik be-  
liebig zum Zittern  
(Tremolieren) bringen  
kann, ähnlich wie bei  
einer italienischen  
Trompete. Dieser  
Zitterapparat ist vom  
kaiserl. Patentamt  
unter P. N. G. N.  
292 143 geschützt und  
ist deshalb von keiner  
Firma zu liefern.  
Dieses Instrument  
hat harmonium-  
artige Musik mit 30  
haltbaren Sämen,  
10 Tasten, offene Nickel-  
Klappe, 2 Reiben  
brillante Trom-  
peten, 2 Doppelklappe  
mit Schweben, zwei

Rosterbüße. Größe circa 35 Zentimeter. Nur der richtige Umfatz  
macht es mir möglich, diese Pracht- 5 M. zu liefern. Mit  
Harmonika zum Spottpreise von 1 M. meinen neuesten  
Glockenspiel P. N. G. N. 277 102 nur 30 Pf. mehr. Illustrierten Prospekt-  
katalog gratis. Versand gegen Nachnahme. Nur zu beziehen von der großen  
Harmonika-Fabrik von Robert Husberg, Neuenrade No. 103 West-  
falen.

Achtung! Da noch ein ähnliches Verfauldegeschäft  
hier am Platze ist, so bitte auf meine Firma zu achten.  
7/17\*



**Livländische Barone gegen den „Vorwärts“.**

Einen Sturm mit Privatklagen haben verschiedene livländische Junker gegen uns eröffnet, weil wir seinerzeit, als das Schredensregiment in den Ostseeprovinzen schauerliche Orgien feierte, Tatsachen anführten, um das konterrevolutionäre Wüten zu kennzeichnen. Die Kläger befinden sich ja in einer ziemlich sicheren Position, denn es ist natürlich leicht, durch einen Berliner Anwalt bei einem Berliner Gericht Klage gegen den „Vorwärts“ zu erheben. Nicht so einfach ist die Erbringung des Beweises für Vorgänge, die sich zur Zeit wilden Kampfgewühls in Rußland abgepielt haben. Begreiflicherweise ist die Berufung auf Augenzeugen jener Schredentaten livländischer Junker nicht in allen Fällen unbedenklich. Müß man doch damit rechnen, daß sich Leute durch Befundung der Wahrheit den russischen Henkersknechten ausliefern könnten. Gelingt es aber nicht, die Wahrheit der behaupteten Tatsachen bis in die kleinsten Einzelheiten zu beweisen, so ist eine Verurteilung des Angeklagten wegen Verleumdung nicht möglich ausgefallen und der Klagende Junker kann sich dann auf ein Gerichts-urteil berufen, welches ihn anscheinend rechtfertigt, mögen auch über ihn behaupteten Tatsachen an sich durchaus wahr sein.

Die Leser werden sich erinnern, daß unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Weber, bereits zweimal vor Gericht stand, weil ihn ein livländischer Baron v. Sibers verklagt hat, und daß diese Klage, deren Verhandlung vertagt worden ist, noch schwebt. Wejnen sollte wieder ein Prozeß ähnlicher Art gegen Weber verhandelt werden. Diesmal war ein Baron Axel v. Rollen in Rostock in Livland der Kläger. Am 17. Februar v. J. hatten wir in einer Schilderung des Schredensregiments in den Ostseeprovinzen unter anderem gesagt, der Polizeioffizier Jwanof und der Gutsbesitzer Baron Rollen seien völlig betrunken gewesen, als sie den Soldaten den Befehl gaben, auf das friedliche Volk zu schießen, der Baron habe auch befohlen, seine Siedelkiste anzuzünden, um das als Brandstiftung der Revolutionäre zu kennzeichnen. — Diese Angabe soll nach der Behauptung des Klägers nicht wahr sein.

Nach Eröffnung der gestrigen Verhandlung vor dem Schöffengericht erbot sich Rechtsanwalt Dr. Karl Liebnicht als Verteidiger des Angeklagten, den Beweis der Wahrheit zu führen. Er beantragte zu diesem Zweck die Vernehmung zweier Zeugen, von denen der eine in Helsingfors, der andere in Rostock (Livland) lebt. Diese sollen als Augenzeugen bezeugen, daß das, was der „Vorwärts“ über die Handlungsweise des Barons Rollen sagte, der Wahrheit entspricht. — Der Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt Dr. Schel, bemängelte diesen Beweisanspruch. Er meinte, man wisse ja nicht, ob diese Zeugen wirklich existieren und, wenn sie existieren, so frage er: Wie komme ein Techniker aus Helsingfors nach dem Gute Rostock. Das könne doch nur ein Revolutionär sein, der die Leute in Rostock aufgewiegelt habe. Die Glaubwürdigkeit eines solchen Zeugen sei zu bezweifeln.

Rechtsanwalt Liebnicht entgegnete auf diese verwunderlichen Ausführungen: Unter leidlich geordneten Umständen, wie sie vor der Konterrevolution in Livland herrschten, könne ein Techniker doch wohl aus anderen Gründen als der revolutionären Propaganda wegen nach Livland gekommen sein. Und wenn der Zeuge ein Revolutionär wäre, so sei er doch deswegen nicht weniger glaubwürdig, wie die Junker, die eine Konterrevolution mit so viel Gewalttaten gegen das Volk geführt haben, daß sich selbst die russische Regierung genötigt sah, dem Treiben der Junker Einhalt zu gebieten.

Auch der vorstehende Richter machte zunächst einige Einwände gegen den Beweisanspruch des Rechtsanwalts Liebnicht. Der Richter wünschte eine genauere Angabe der Wohnung der Zeugen sowie des für ihre Vernehmung zuständigen Gerichts, da man von dem hiesigen Gericht nicht verlangen könne, daß es die Zeugen in einer Privatklage ermittelt. Diesem Einwand begegnete der Anwalt mit der Bemerkung: Wenn das Gericht Privatklagen annimmt, die sich auf Vorgänge im Auslande stützen, dann müsse doch dem Angeklagten gestattet sein, Zeugen im Auslande zu benennen. Welche Stelle für deren Vernehmung zuständig ist, das werde das Gericht mit Hilfe des auswärtigen Amtes ermitteln können. Die Verteidigung könne doch nun einmal nicht über Vorgänge im Auslande Zeugen benennen, die in Rixdorf wohnen.

Das Gericht mußte schließlich dem Antrage des Verteidigers stattgeben und beschloß, die kommissarische Vernehmung der angegebenen Zeugen zu veranlassen. Die Verhandlung wurde infolgedessen vertagt.

**Partei-Angelegenheiten.**

**Erster Wahlkreis.** Am Sonntag, den 3. Februar, findet Flugblattverbreitung statt. Die Genossen des ersten Kreises sowie die Hilfskräfte aus dem sechsten Kreise werden ersucht, vollständig und zeitig an den bekannten Stellen sich einzufinden. Der Vorstand.

Anläßlich der zu Sonntag von den Freisinnigen nach dem Feenpalast einberufenen Versammlung werden die Parteigenossen ersucht, dieser Versammlung fern-zubleiben. Redefreiheit ist nicht gewährleistet und sich nur die Anpöbelungen unserer Partei anzuhören, dazu sollte die Zeit der Genossen zu schade sein.

**Ober-Barnim.** Die Genossen, die am Hauptwahltag in Ober-Barnim geholfen haben, und am Stichwahltag, Dienstag, den 5. d. Mts., wieder helfen wollen, kommen Sonnabendabend 9 Uhr bei Tempel, Rummelsburg, Bahnhofsstraße, zusammen.

**Charlottenburg.** Am Dienstag, den 5. Februar, abends 8 Uhr, findet im Volkshaus, Köpenicker Str. 3, eine Volksversammlung statt. Die Tagesordnung lautet: Was lehren und die letzten Reichstagswahlen? Außerdem wird in dieser Versammlung das Resultat der Stichwahlen verhandelt. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

**Reinickendorf.** Alle Parteigenossen, besonders die arbeitslosen Bau- und die ausgesperrten Holzarbeiter, die sich an den Arbeiten am Tage der Stichwahlen, am Dienstag, den 5. Februar, beteiligen wollen, treffen sich heute abend 8 Uhr bei Tempel in Rummelsburg-Alt-Bohagen.

**Berliner Nachrichten.**

**Die Stichwahl im ersten Kreise**

ist auf Dienstag, den 5. Februar, festgesetzt. Die Hoffnung der Freisinnigen, daß ihnen in der Stichwahl die Stimmen der Christlich-sozialen und Konservativen, die nicht schon im ersten Wahlgang für Kampf stimmen wollten, zufallen werden, wird erfüllt, denn es wird gemeldet, daß diese, soweit sie im ersten Wahlgang für Damaskus stimmten, entschlossen sind, in der Stichwahl für Kampf einzutreten.

Der Neubau des Opernhauses in Berlin beschäftigt am Donnerstag die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses. Der Finanzminister machte auf eine Anfrage, wie es mit einem Neubau des Berliner Opernhauses stände, die Mitteilung, daß die Absicht bestehe, den allgemeinen Wunsch der Öffentlichkeit auf Erhaltung des alten historischen Opernhauses zu berücksichtigen. Dagegen sei ein Entwurf erörtert worden, ein neues Opernhaus auf dem Terrain des Stollföhen Establishments zu errichten. Dieser

Vorschlag habe aber noch keine greifbare Gestalt angenommen. Aus der Kommission wurde angeregt, bei der Projektierung dieses Neubaus die freie Konkurrenz der Künstler durch Preisausschreiben heranzuziehen und nicht gewisse Künstler von vornherein einseitig zu bevorzugen.

Eine längere Debatte hatte zuvor die Vergütung herbeigerufen, die an die Krone für bauliche Verfertigungen und Instandsetzungen des königlichen Opernhauses und des alten Magazingebäudes in Berlin etabliert sind, und die seinerzeit im Abgeordnetenhause zu lebhaften Angriffen geführt hatte. Es wurde bemängelt, daß diese Ausgabe ohne Genehmigung des Landtags gemacht worden ist, während doch erst im Vorjahre beim Umbau des Schauspielhauses derartige Staatsverleugungen gerügt worden sind. Der Finanzminister wies den Vorwurf einer Verletzung des Staatsrechtes zurück. Die Sache liege so, daß das Hausministerium diese Arbeiten ohne Genehmigung und Vorwissen des Finanzministeriums habe ausführen lassen und erst nachträglich die Erstattung der durch die Arbeiten bewirkten Erhöhung des Substanzwertes der Gebäude beantragt habe. Es stehe mithin keine Bewilligung dieser baulichen Veränderungen, sondern eine Erstattung von dem Hausministerium liquidierter Ersatzbeiträge in Frage, zu der die Zustimmung des Abgeordnetenhauses gefordert werde. Diese Zustimmung wurde mit Mehrheit erteilt.

Am Birchow-Krankenhaus sind die Abteilungen für Geburtshilfe und die gynäkologische Abteilung Ende Januar eröffnet worden.

So sorgt der Berliner Freisinn für die Volksschule! Unter der Ueberschrift „Augenbühne Schulräume“ bringt die „Freisinnige Zeitung“ die Nachricht, daß die von der städtischen Schulleitung gemieteten Räume in den Wohnhäusern Panikstraße 30 und Scheringstraße 9, die bisher von zwei Gemeindeschulen benutzt worden sind, in absehbarer Zeit aufgegeben werden sollen. Diese Mitteilung, der wir auch in anderen Blättern begegnet sind, ist richtig. Sie findet sich in einer Vorlage des Magistrats, durch die die Stadtverordneten ersucht werden, ihre Zustimmung dazu zu geben, daß ein an der Panik- und Wiesenstraße gelegenes städtisches Grundstück zur Erbauung eines eigenen Gemeindeschulhauses verwendet werde. Das neue Schulhaus soll dann die Klassen der beiden Mietschulen aufnehmen.

Die „Freisinnige Zeitung“ gibt leider nicht an, warum die bisher benutzten Räume plötzlich „ungenügend“ sein sollten. In einigen anderen Blättern enthält aber die betreffende Notiz noch die Angabe, daß die Räume jetzt als weder in baulicher noch in gesundheitlicher Beziehung den Anforderungen entsprechend angesehen werden; und es wird hinzugefügt, daß das Provinzialschulkollegium den Wunsch ausgesprochen habe, der Benutzung dieser Wohnhäuser zu Schulzwecken ein Ende gemacht werden. Auch das ist im wesentlichen richtig. Die näheren Angaben hierüber finden sich gleichfalls in der Magistratsvorlage und zwar in folgendem Wortlaut: „Seit längerer Zeit sind aus den Grundstücken Panikstraße 30 und Scheringstraße 9 Mietschulen untergebracht (75. und 200. Gemeindeschule). Diese Mieträume entsprechen in baulicher wie in gesundheitlicher Beziehung nicht mehr vollständig den Anforderungen, die jetzt an ein Schulgebäude gestellt werden, besonders im Hause Scheringstr. 9 haben sich im Laufe der Zeit solche Unzulänglichkeiten herausgestellt, daß das Königliche Provinzialschulkollegium den Wunsch ausgesprochen hat, es möge nach Ablauf des Mietvertrages eine Erneuerung des letzteren nicht vorgenommen werden.“ Man sieht, daß der Magistrat selber für beide Mietschulen die Unzulänglichkeit zugeben muß, und daß er mindestens für Scheringstraße 9 sich auf eine Mahnung des Provinzialschulkollegiums beruft. Indes, die „Freisinnige Zeitung“ hat die Vorsicht geübt, die ganze Selbstkritik des Magistrats bis auf die letzte Silbe wegzustreichen.

Wie sind in der Lage, aus der „Geschichte“ der beiden „Schulhäuser“ noch einige Angaben zu machen, die nicht in der Vorlage stehen. Scheringstraße 9 dient seit Oktober 1900 als Schulhaus. Im „Vorwärts“ wurde damals sofort festgestellt, daß gerade dieses Haus sehr wenig geeignet war, eine Schule aufzunehmen. Panikstr. 30 wurde unseres Wissens zuerst im Jahre 1894 als Schulhaus in Benutzung genommen. Auch für diese Mietschule wurde im „Vorwärts“ schon in der ersten Hälfte der 90er Jahre festgestellt, wie wenig sie sich zu einem Schulhaus eignet. Doch die Sparsamkeit, die der Berliner Stadtfreisinn immer dann für nötig hält, wenn es sich um Abgeben von Volksschulen handelt, gestattete nicht, solche „Schulhäuser“ schleunigst wieder aufzugeben und durch ein eigenes Schulhaus zu ersetzen. Auf die Unzulänglichkeit des Hauses in der Scheringstraße mußte der Magistrat sich erst durch das Provinzialschulkollegium aufmerksam machen lassen. Und diese Leute, die durch ihre Rässigkeit der Aufsichtsbehörde immer und immer wieder Gelegenheit schafften, sich in die Regelung der Berliner Schulzustände forciert hineinzudrängen behaupten in edler Dreistigkeit, sie seien die Hüter der kommunalen Selbstverwaltung!

Kann ein Blindler an der Reichstagswahl teilnehmen? In Berlin wurde diese Frage stets bejaht; auch am letzten Reichstagswahltag ließen sich mehrfach erblindete Wähler zur Urne geleiten und gaben vor dem Wahlvorstande die Erklärung ab, daß ihnen zu Hause schon der Zettel des Kandidaten, dem sie ihre Stimme geben wollten, ausgehändigt und mitgegeben worden sei. Sie erhielten darauf das Wahlzettel, wurden in den abgeschlossenen Wahlraum geführt und wählten wie alle anderen. Im Vorort Johannis-tal hielten dagegen ein erblindeter Wähler, der von seinem Sohne geführt, an die Urne herankam, um seinen Stimmzettel abzugeben, auf den Einspruch eines Mitgliedes des Wahlvorstandes, nicht zur Wahl zugelassen, mit der Begründung, man könne nicht wissen, ob nicht einem Blinden böswillig ein anderer Stimmzettel untergehoben würde, als der auf den Kandidaten, den er zu wählen beabsichtigt.

Der Einspruch der Mitglieder des Wahlvorstandes steht mit dem Wahlreglement nicht im Einklang. Im § 10 Absatz 2 heißt es vielmehr: Wähler, welche durch körperliche Gebrechen verhindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und dem Wahlvorstande zu übergeben, dürfen sich zu diesem Zwecke der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

**Der Brunnewald im Schnee.**

Wieder lagert die weiße Last über dem Walde. Schwer drückt sie auf den Kronen und mancher der braunen Stämme hat sich weit gegen den tief beschneiten Boden gesenkt. Die Schneekessel erscheinen die Seen von den Anhöhen und die Schlittschuhläufer haben einstmals den Kampf mit den Massen aufgeben müssen, die ihnen die gefährlichen, dünner besetzten Stellen in lückiger Weise verbergen. In die starre Eintönigkeit des Winterwaldes ist ein neuer Zug gekommen: die zahlreichen, weißen Kreuze an den braunen Stämmen verstärken den friehofartigen Eindruck in hohem Maße. Alle nach derselben (linken Seite) gerichtet, drängen sie sich dem Wanderer durch ihre Massenhaftigkeit stellenweise in bedrückender Weise auf. Denn daß diese Kreuze keine lebenderbeisenden Zeichen sind, empfindet jeder augenblicklich. In den Zeitungen las man Abschätzungsberichte. Es sollte sich um Bäume handeln, die vor den Raupen der gefährlichen Kanne geschützt und mit einem Kleber versehen werden sollten. Allein wir sehen wirklich einen Leichenhof vor uns. Die gezeichneten Bäume sind sämtlich dem Tode verfallen. Nicht die Kanne, sondern ein Pilz hat sie verwest; nicht einmal einer der giftigen Arten, sondern der unter dem Namen Gallimasch oder Honigpilz bekannte braune, süßlich riechende und vielfach als Nahrungsmittel eingesammelte Quipilz (Agaricus melleus). Befanlich sind diese Quipilze nur die

Fruchtkörper des eigentlichen Pilzes, der in Form von verworrenen, meist weißlichen Pilzfäden die Balberde durchzieht. Der Gallimasch ist ein Parasit, der es vornehmlich auf Nadelbölger abgesehen hat. Gelingt es seinen Pilzfäden, auf junge Nadelwurzeln zu stoßen und eine geschwächte Stelle zu treffen, die ihm das Eindringen ermöglicht, so ist der Baum verloren. Die Pilzfäden schließen sich zu braunen Strängen zusammen, durchdringen zwischen Rinde und Holz die Wurzeln und den Stamm und töten ihn langsam aber sicher ab. Der Fachmann erkennt die Krankheit, den „Erdbreuz“, mit sicherem Auge an äußeren Zeichen. Auf den großen Wurzeln und am Stamme bricht unter der Wirkung der Pilzwucherungen hier und da die Rinde heulenförmig und rissig auf. Wir können das bei einiger Aufmerksamkeit bei allen gezeichneten Bäumen feststellen. Sie müssen gefällt werden, teils weil sie nicht zu retten sind, teils weil sie durch längeres Stehenlassen nur noch mehr entwertet würden. Denn zuletzt fällt von dem toten Stamm die Rinde ab und der bleiche entrinnete Stamm, den wir in weniger gepflegten Wäldern oft bemerken können, wird morsch und unbrauchbar. Durch das Fällen der Stämme wird auch dem betreffenden Pilze in den meisten Fällen ein Ziel gesetzt. Er hat die schwächeren Exemplare befallen. Die stärkeren pflegen unversehrt übrig zu bleiben und an diesen wird zuletzt die Angriffskraft des Pilzes erschlahmen. Wäre dem anders, so würden wir längst keine Wälder mehr haben.

**Berlin im Schnee.**

Nicht ganz so trostlos als am Donnerstag sah es gestern mit dem Verkehrswesen in Berlin und in den Vororten aus. Die vergangene Nacht diente dazu, die Straßen wenigstens einigermaßen wieder in Stand zu setzen und die Straßenbahnlinie so weit als möglich von den festgetretenen Schneemassen zu befreien. Mit dem Schneefall wurde tüchtig gearbeitet und auch die Schneeschipper machten Nachtschicht. Die Pflüge und Salzstreuwagen der Großen Berliner Straßenbahn blieben ununterbrochen in Tätigkeit.

Der Straßenbahnverkehr war gestern auch nur ein teilweiser. Die Große Berliner Straßenbahn hatte ihr Hauptaugenmerk am Donnerstag darauf gerichtet, die Verbindungen zwischen den Vororten und der Stadt Berlin wieder herzustellen. Dagegen stieß die Wiederaufnahme des Zonenverkehrs auf erhebliche Schwierigkeiten. Der Omnibusbetrieb wurde zwar am gestrigen Morgen aufgenommen, jedoch konnte er auch hier nicht im vollen Umfange durchgeführt werden. Die Wagen kamen, obwohl sie mit Vorspannwerk versehen waren, nur langsam vorwärts, blieben mehrfach stehen und konnten nur mit Hilfe der Passagiere, die ansahigen und schieben halfen, wieder flott gemacht werden. Der Hochbahn- und Stadtbahnverkehr wurde dagegen gestern früh wieder in normaler Weise aufgenommen und vollzog sich ohne Störungen.

Der Verkehr der Lastfuhrwerke und Droschken stieß auch gestern noch fast vollständig. Vielfach konnte man beobachten, wie auf offener Straße den Pferden, die sich vergeblich bemühten, die schweren Lasten von der Stelle zu bewegen, Stollen an die Nase gelegt wurden. Auf den Gleisen lagen überall Lastfuhrwerke fest und erneute Störungen wurden dadurch hervorgerufen. Leider haben sich auch am gestrigen Nachmittag und Abend zahlreiche Unglücksfälle zugetragen. In der Potsdamer- und Leipzigerstraße hatte sich auf den Bürgersteigen infolge des Streuens von Salz eine schlüpfrige Rasse gebildet, auf der mehrere Passanten ausglitten und sich erhebliche Verletzungen zuzogen. Auf den Rettungs-, Sanitäts- und Unfallstationen wurden mehr als 40 Personen eingeliefert, die teils durch Niederstürzen auf den Straßen, teils auch durch Schneebälle Verletzungen davongetragen hatten.

Im Schnee verfunken sind auch gestern mehrere Kinder. So wurden in der Kirchstraße in Friedenau die Bewohner plötzlich durch gellende Schreie und jämmerliches Klagen aufgeschreckt. Das 4-jährige Söhnchen des Bäckermeisters Weigel hatte sich allein auf die Straße hinausgewagt und war in den tiefen Schnee hineingeraten und bis über die Ohren darin versunken. Durch hinzugekommene Badergesellen wurde der Knabe befreit.

Ein Rattenkönig von Prozessen gegen Hansbesitzer wird die Folge des letzten außerordentlichen Schneefalles sein. Im Zentrum der Stadt werden die meisten Treppen noch ausschließlich durch Oberlicht erhellt. Die dicke Schneedecke, die auf den Oberlichtfenstern lagerte, verdeckte dem Tageslicht den Durchgang, die Treppen waren in Dunkel gebüllt, die Hausbesitzer unterliegen es aber vielfach, durch künstliche Beleuchtung Abhilfe zu schaffen, weil sie sich auf den Standpunkt stellen, daß hier eine „höhere elementare Gewalt“ vorliege, für deren Folgen sie nicht haftbar gemacht werden könnten. Jetzt liegen nun eine Reihe von Weidungen über Luftlässe vor, die auf die Dunkelheit der durch den Schnee schlüpfrig gewordenen Treppenaufgänge zurückzuführen sind. Die Verunglückten wollen in vielen Fällen den Hauswirt für den erlittenen Schaden haftbar machen, und das Gericht wird nun zu entscheiden haben, ob starker Schneefall von der Beleuchtungsspflicht entbindet.

Eine Reihe schwerer Unglücksfälle sind leider auch am gestrigen Nachmittag vorgekommen. Vor dem Hause Eichen-dorfstraße 17 glitt die Ehefrau Margarete Feuerstein aus der Chauffeure, 103 aus und zog sich einen rechten Oberschenkelbruch zu. Sie fand im Lazarus-Krankenhaus Aufnahme. — In der Invalidentstraße kam die 23-jährige Ella Koad, Treßdowstr. 5 wohnhaft, so unglücklich auf dem Bürgersteig zu Fall, daß sie einen Armbruch erlitt. — Sehr schwere Verletzungen zog sich auch der Handelsmann Martin Karowski, Tischstr. 17, bei einem Sturz auf dem Strandemann zu. — Allgemeines Mitleid erregte in der Kolonnenstraße das Schicksal einer Greisin. Die 73-jährige Luise Bauer, Prinzen-Allee 89 wohnhaft, rutschte auf dem glatten Schnee aus und erlitt komplizierte Wunden an beiden Oberschenkeln. Frau R. wurde ins Lazarus-Krankenhaus eingeliefert. — An der Kreuzung der Berg- und Ringbahnstraße trug der Hausbesitzer Karl Döring aus der Wallerstr. 55 bei einem unglücklichen Sturz einen schweren Unterschenkelbruch davon.

Wird es helfen? Aus Anlaß der Betriebsänderung auf der Unterleitungstraße Potsdamer Platz Ecke Königgräberstraße bis Dorotheenstraße bezw. bis Mollatebrücke werden folgende Ablenkungen bezw. Linienveränderungen durchgeführt: 1. Linie 6 und 9 nehmen ihren Weg von Alt-Koabit über Friedrich Karl-Platz, Kottbusplatz, Louisestraße, Dorotheenstraße, Opernplatz, Hauptboigieplatz, Jerusalemstraße. — Einbahnlinien verkehren zwischen Leipziger Platz und Schlesischen Bahnhof bezw. Wilhelmshavenstraße und Dorotheenstraße. 2. Linie 7 und 15 verkehren zwischen Rixdorf und Potsdamer Platz. — Einbahnlinie verkehrt zwischen Dorotheenstraße und Alt-Koabit. 3. Linie 13 verkehrt wie Linie 6 und 9. 4. Linie 14 verkehrt zwischen Marheinekeplatz und Potsdamer Platz. — Einbahnlinie verkehrt zwischen Marheinekeplatz und Dorotheenstraße. 5. Linie 52 und 56 werden durch die Leipziger-, Kanonier-, Französischestr., Opernplatz, Bahnhof Dörse, algelentk. 6. Linie 51 und 57 laufen über Leipziger-, Kanonier-, Französischestr., Opernplatz, Weidenamendbrücke, Friedrichstraße, Invalidentstraße. — Einbahnlinien verkehren zwischen Dorotheenstraße und Panfom. 7. Ring 1 verkehrt einerseits bis zur Kronprinzenbrücke, andererseits bis zur Köthenerstraße. — Die Strecke von der Kronprinzenbrücke bis zum Potsdamer Platz fällt aus. 8. Linie N. O. T. der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn können nur bis zur Sieges-Allee geführt werden. — Die Strecke von der Sieges-Allee bis zum Kupfergraben fällt aus.

Die größte Kalamität wird durch die Unterbrechung des Ringbahnverkehrs heraufbeschworen. Die Große Berliner verfolgt natürlich damit ganz offensichtlich nur den Zweck, nunmehr auch endlich den schon lange schlingelnd erhofften Oberleitungsbetrieb vor dem Brandenburger Tor zu erhalten. Dazu ist jedes Mittel recht!

**Das Genossenschaftsregister** eingetragen ist unterm 26. Januar die Genossenschaft „Freier Bund“, Einkaufs- und Produktionsgenossenschaft freier Gasts- und Schankwirte Berlins und Umgebung (Genossenschaft mit beschränkter Haftung). Der Zweck der Genossenschaft ist die gemeinsame Beschaffung und Herstellung von Gegenständen, welche für den Betrieb der Gastwirte gebraucht werden, und Abgabe derselben an die Mitglieder. Der Geschäftsanteil, deren ein Genosse bis zu drei erwerben kann, beträgt 200 M. Der „Vorwärts“ und das „Verbandsorgan“, der „Freie Gastwirt“ sind als Publikationsorgane für die Genossenschaft bestimmt worden. Vorsitzende des Vorstandes und des Aufsichtsrates sind die Genossen F. Matthes, Petersburgerstr. 3, und P. Wittin, Memelerstr. 67.

Der Hauptmann von Köpenick erhielt auch im Wahllokal „Kollendorferhof“ eine Stimme mit folgender Widmung:

Wen soll man wohl wählen in heutiger Zeit  
Bei dieser verfluchten Uneinigkeit?  
Den Jubeil, den Reusert oder Konserbativ?  
Nee, dann geht die Narre ganz sicher schief,  
Ich geb' meine Stimme dem größten Genie,  
Dessen Größe triumphierte über Bureaokratie,  
Diesem einen nur, mit dem forschen Blick,  
Ich wähle den  
**Hauptmann von Köpenick!!!**

Der Dampfverkehr auf dem Tegeler See wird in diesem Jahre eine bessere Regelung erfahren, nachdem die beiden konkurrierenden Gesellschaften sich vereinigt haben und der gesamte Betrieb in eine Verwaltung übergegangen ist. Die zwischen Tegeler und Spandau verkehrenden Dampfer werden nunmehr modernisiert und für die verschiedenen Linien feste Fahrpläne ausgearbeitet werden.

Im Dienste tödlich verunglückt. Der Fahrstuhlführer Karl Salzmann auf den Elektrizitätswerken am Schiffbauerdamm hatte dort den Förderstuhl zu bedienen, mit dem Kohlen aus dem Keller nach dem Erdgeschoss emporgebracht werden. Vorgefesselt nachmittags geriet er so unglücklich in das Getriebe und der Verunglückte erlitt so schwere Verletzungen, daß er bereits auf dem Wege zur Charité starb. Salzmann stand in den dreißiger Jahren und hinterläßt seine Frau mit vier kleinen Kindern.

Ein Gespann im Werte von 3500 Mark ist gestern von der Straße weggefahren worden. Vor dem Grundstück Zionskirchstr. 27 hatte ein Plattenwagen der Firma Höbnel, mit einem Fuhrer und einem Kappen bespannt, gehalten. Während sich der Fuhrer für einen Augenblick von seinem Gefährt entfernt hatte, wurde das Gespann gestohlen. Die beiden Pferde repräsentieren einen Wert von 3500 Mark.

Auf der Treptow-Sternwarte werden jetzt bis zum Wiedererscheinen des Mondes mit dem großen Fernrohr interessante Beobachtungen und der Jupiter gezeigt. — Am Sonntag, den 3. Februar, nachm. 5 Uhr, spricht Dr. Archenhold über: „Das Aufsuchen der Sternbilder mit praktischen Übungen“, um 7 Uhr über: „Sternhausen und Rebellwelten“; am Montag, abends 9 Uhr, über: „Merkur und Venus.“ — Alle drei Vorträge sind mit zahlreichen Lichtbildern ausgestattet.

Feuerwehbericht. Wegen eines Küchenbrandes wurde der 16. Zug in der letzten Nacht nach der Soldinerstr. 88 gerufen. Risten, Tische u. a. brannten dort. Der 16. Zug hatte gleichzeitig einen größeren Brand in der Rosfelderstr. 3 zu löschen. Dort stand ein Stallgebäude in Brand. Kühe und Pferde konnten in Sicherheit gebracht werden. Schließlich gelang es durch energisches Wassergeben die Flammen auf das Stallgebäude zu beschränken. Vor dem Hause Kremmenerstr. 14 brannte eine Benzin-Autodroste infolge einer Benzinexplosion. Der 3. Zug mußte kräftig Wasser geben, um die Flammen zu löschen. Durch die Explosion einer Petroleumlampe kam in der Posenstr. 89 Feuer aus. In der Alten Jakobstr. 82 beschäftigte ein Kellerbrand den 17. Löschzug. Ferner wurden noch drei Brände in der Bergmannstr. 30, Kautzstr. 11 und Potsdamerstr. 138b gelöscht. Deden, Gardinen, Strohhüte u. a. waren dort in Brand geraten.

## Vorort-Nachrichten.

### Zum Wahlkampf in Potsdam-Dshobelsand.

Vor gut besuchter Versammlung sprach am Mittwoch in Potsdam Genosse M. Maurenbrecher. Redner verwies am Eingang seines Referats auf den Stimmenzuwachs, welchen die Sozialdemokratie trotz der Mandatverluste zu verzeichnen habe. Die Ursache dieser Mandatverluste sei in der regen Wahlbeteiligung der bisherigen Nichtwähler zu suchen. Die große Masse, welche dem öffentlichen Leben bisher fern geblieben, vielleicht niemals eine Versammlung besucht oder ein Flugblatt gelesen habe, sei gleich einer Herde Schafe hinter der Regierung hergelaufen. Unsere Pflicht aber sei es jetzt, diese Masse aufzuklären und politisch reif zu machen. Was jedoch die Stichwahlen anlangt, so komme es hierbei im wesentlichen auf das Verhalten des Freisinn an. Bei diesen Stichwahlen werde es sich zeigen, ob der Freisinn es mit seinem Programm, welches sich in vielen Punkten mit dem der Sozialdemokratie deckt, ernst meint, oder ob er entgegen seinem Prinzip nach rechts schwänkt und die Reaktion stärkt. Für die Sozialdemokratie aber gibt es nur eins, und das ist der Kampf gegen die Reaktion, und darum ist es selbstverständlich, daß das, was in der Stichwahl ein Liberaler in Betracht kommt, von dem sicher ist, daß er hauptsächlich gegen eine Verschlechterung des Koalitions- und Reichstagswahlrechts eintritt, dieser von unserer Seite nach Möglichkeit unterstützt wird. Nachdem Genosse Maurenbrecher dann nochmals die Versammelten zur regen Agitation von Mund zu Mund ermahnte, schloß er unter stürmischem Beifall seinen interessanten Vortrag.

### Schöneberg.

Der Wahlverein hielt seine Mitgliederversammlung Dienstag im Obfischen Lokale ab, in welcher Genosse Küter über „Die Kampfweise des Reichstagswahlrechts“ sprach. Er begann seinen Vortrag mit einer kurzen Besprechung des Wahlausfalles. Der Ausgang des mit beispielloser Heftigkeit geführten Wahlkampfes, der uns leider einen entscheidenden Mißerfolg gebracht habe, müsse uns zu ernstester Reflexion der Frage veranlassen, auf welche Umstände unsere Niederlage zurückzuführen sei. Besondere Beachtung verdienen namentlich Sachfen, das mit einem so schmerzlichen, mit Verlust einer ganzen Anzahl von Mandaten verknüpften Stimmenrückgang abschließt. Man müsse sich bei Beurteilung des Wahlergebnisses in Sachen vor Augen halten, daß dessen Entwicklung eine unnatürliche, sprunghafte gewesen sei. Namentlich 1903 habe dort ein gewaltiges Emporkommen unserer Stimmenzahl stattgefunden, welches seine Erklärung nur in der ungeheueren damaligen Unzufriedenheit des ganzen Volkes findet, hervorgerufen durch die Annahme des Postgesetzes und durch die Verschlechterung des Landtagswahlrechts usw. Die Wahlen von 1903 in Sachfen seien eben Protestwahlen gewesen, die uns einen ganz bedeutenden Zustrom von Mitläufern brachten. Diese Mitläufer seien und diesmal in nicht kleiner Zahl wieder verloren gegangen. Ihr gut Teil dazu beigetragen habe die beispiellose, unanständige und verlogene Agitation der bürgerlichen Parteien sowie des „Reichstagsverbandes“.

Weiter sei offenbart, daß der mit ungeheurem Lamtam inszenierte burenpatriotische Kolonialkummel vermocht habe, einen bedeutenden Teil der Partei der Nichtwähler für seine Sache einzufangen. Redner besprach dann kurz die Stichwahlparole des Parteivorstandes, die er durchaus billige. Er behandelte dann eingehend das Wahlergebnis in unseren Kreise, wobei er namentlich die drohenden Vorgänge gliederte, die sich vor der Wahl hinter den Kulissen abspielten und die schließlich doch noch mühsam zustande gekommene konservativ-kandidatur Boddin zum Ziel hatten. Das Ergebnis in unseren Kreise zeige, daß wir alle Kraft aufzubieten hätten, um künftighin dem Ansturm der bürgerlichen Parteien erfolgreich Trost bieten zu können. Was unseren Ort anbelange, sei das Resultat für

uns auch nicht befriedigend. Beschämend würde, daß immer noch ein so beträchtlicher Teil von Arbeitern bei der Wahl teilnahmslos beiseite gestanden hätte. Redner kam zu dem Schluß: wollten wir verhindern, daß in Zukunft uns ähnliche unangenehme Ueberraschungen bereitet werden, so haben wir mit Anstrengung aller Kräfte daran zu gehen, noch mehr als bisher die Ideen des Sozialismus zu verbreiten, noch mehr als bisher für die Ausbildung unserer Anhänger Sorge zu tragen. Kostenlos müssen wir uns rüsten, um der immer enger werdenden Koalition aller bürgerlichen Parteien Herr werden zu können.

Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Kamme betont die dringende Notwendigkeit, für größtmögliche Verbreitung unserer Presse Sorge zu tragen; scharf wandte er sich gegen Metzger. Es sei in hohem Maße bedauerlich, daß dieser Mann seine leitende Stellung im Buchdruckerverband dazu mißbrauche, die Partei zu belämmern, ohne deshalb ernstlich zur Rechenschaft gezogen zu werden. — Schmitz kritisierte einen Artikel Calwers, der sich mit der Wirtschaftspolitik befaßt. Derartige Auslassungen tragen dazu bei, der Partei in der Agitation Schwierigkeiten zu bereiten. — Mehrere Redner, so Herrmann, Steuermann und Waganz, wenden sich gegen die Parole des Parteivorstandes. Dieselbe scheine darauf zugeschnitten zu sein, in den Stichwahlen noch eine möglichst hohe Zahl von Mandaten zu erlangen. Es sei infolge, jetzt für Unterstützung derjenigen bürgerlichen Kandidaten aufzufordern, welche vor der Hauptwahl auf das allerentschiedenste bekämpft wurden. Nicht die Erringung von Mandaten sei der Hauptzweck, sondern Stimmenzunahme, die durch Agitation in ausgeprochen sozialistischem Sinne erzielt werde. In der Beziehung werde nicht immer das Nötige getan. — Obst gab das amtliche Resultat aus unserem Kreise bekannt, aus dem hervorgehe, daß auch dieser Kreis auf das intensivste bearbeitet werden müsse, um unseren Bestands zu halten. Redner ist der Ueberzeugung, daß die erlittene Schlappe Nutzen bringen werde; es müsse für systematische Durchbildung unserer Anhänger Sorge getragen werden. Der innere Parteihadere müsse aufhören, auch die Gewerkschaften müßten noch mehr für die geistige Schulung ihrer Mitglieder tun. — Fischer wendet sich nachdrücklich gegen Steuermann und verteidigt entschieden die Stichwahlparole des Parteivorstandes. — Küter nahm sodann das Schlusswort; er verteidigt ebenfalls die Stichwahlparole, die aus tatsächlichen Gründen unerlässlich sei. Er schloß die Versammlung mit der Aufforderung, fortan Mann für Mann in die Dienste der Partei die volle Schuldigkeit zu tun. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Hef in üblicher Weise.

### Buckow.

Der Gemeindevorstand im Wahlkampf. Hierüber wird uns folgendes mitgeteilt: Nicht genug, daß der patriotische Schwundel des Reichsverbandes die Faulen und Lässigen diesmal an die Wahlurne brachte, nein, auch Amtsdienner haben sich für die „nationale“ Sache hergeben müssen. So hat der Gemeindevorstand von Buckow, der zugleich Rächstwäcker, Totengräber, Steuerheber und Schuldner ist, vor der Wahl jedem Wähler im Namen der Firma „Gemeindevorstand Buckow bei Berlin“ ins Haus gebracht, worin drei verschiedene Flugblätter zur Verkünderung der Sozialdemokratie und mehrere Stimmzettel für Boddin enthalten waren. Auch am Wahltag wurde unseren Genossen, die sich im Wahllokal aufhielten, verboten, sich zu setzen, trotzdem genügend Stühle vorhanden waren. Einige Bauern konnten sich jedoch gemächlich niederlassen. Bedenkt man noch, wie unseren Genossen von den Sozialdemokraten die Säle zum Abhalten von Versammlungen verweigert wurden, so nimmt es kein Wunder, daß in diesen Orten unsere Stimmen um eine zurückgegangen sind, die der Gegner aber um 25 zugenommen haben.

Sicher eine recht eindrucksvolle und zuverlässige Art, den Gemeindevorstand für die bürgerliche Wahlagitation zu benutzen. Hat der Gemeindevorstand dem Amtsdienner den Auftrag gegeben, diese Arbeit zu verrichten — und das anzunehmen hat man alle Ursache, sonst könnte er ja nicht in den Besitz der amtlichen Kuriere gelangen — so ist das ein Verfahren, gegen das entschieden protestiert werden muß.

### Stralau-Rummelsburg.

Das Opfer eines Ueberfalls wurde am Montag in der sechsten Abendstunde am Bahnhof Stralau-Rummelsburg der Dedemaler F. Derselbe hat, wie uns mitgeteilt wird, im vorigen Sommer bei dem Malermeister Wlitz, Berlin, Köhlerstr. 34 gearbeitet und aus dieser Zeit noch eine größere Summe Lohn zu erhalten. Trotzdem ihn F. wiederholt gemahnt haben soll, hat er nichts erhalten. Am Wahltag traf F. mit W. zusammen und machte bei dieser Gelegenheit einem Freunde von seinem Pech Mitteilung. Das schien Wlitz verdrossen zu haben, weshalb er F. zurief: er werde ihm das schon antreiben. Als F. am Montagabend, von der Arbeit kommend, den Ausgang des Bahnhofes passierte, traf er mit W. zusammen, der ihm den Weg veriperte. F. glaubte, er wolle ihm den Lohn bezahlen; er wunderte sich jedoch nicht wenig, als er von W. einige Schläge mit der Faust und dem Stock erhielt und außerdem mit Schimpfworten bedacht wurde. Passanten nahmen sich des schwächigen F. an und befreiten ihn von W., der nun machen mußte, daß er sich entfernte, wenn er nicht von dem empörten Publikum eine Lektion erhalten wollte. F. der einen Arzt aufsuchen mußte, hat Strafantrag gegen Wlitz gestellt. Wir sind von diesem Vorfall in Kenntnis gesetzt worden, damit ähnliche Gläubiger ihre Lehre daraus ziehen.

### Pankow.

Ueber: „Was lehrte uns der 25. Januar“ referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse R. A. B. Redner besprach eingehend die Verhältnisse der diesmaligen Reichstagswahl und stellte Vergleiche zwischen dieser und den Wahlen von 1887 an. Damals wie bei den jetzigen Wahlen sei es der Regierung und den bürgerlichen Parteien gelungen, die indifferenten Volksmassen durch patriotische Phrasen ins Schlepptau zu nehmen. Am Schluß seines Referats bemerkte Redner, daß der prinzipiellen Aufklärung und Förderung der Jugendorganisation mehr wie bisher Augenmerk geschenkt werden müsse.

### Reinickendorf.

Ein Kendsbild. Vor den Augen seiner Frau vergiftete sich der 57jährige Arbeiter Eduard Diba, der erst vor kurzem mit seiner aus Frau und fünf Kindern bestehenden Familie hier zugezogen ist und in der Amendestr. 104 wohnte. D. kam nach Berlin in der Erwartung, hier schnell Arbeitgelegenheit zu finden, wurde jedoch bitter enttäuscht. Von Tag zu Tag hoffte er, irgend eine Arbeit zu erhalten, doch wo D. auch anfragte, wurde er abgewiesen, und so geriet die Familie bald in die bitterste Notlage. Auch vorgestern hatte der Arbeiter sich wieder vergeblich um Beschäftigung bemüht, und als er gegen Abend mißgestimmt nach Hause kam, entstand zwischen ihm und seiner Frau ein kurzer Wortstreit. Während desselben zog Diba plötzlich eine mit Zyfol gefüllte Flasche aus der Tasche und trank sie bis auf den letzten Rest aus. Er brach sofort bestimmungslos zusammen. Der hinzugerufene Arzt Dr. Berliner versuchte vergeblich, den Unglücklichen durch Auspumpen des Magens am Leben zu erhalten. Die Hinterbliebenen befinden sich in einer verzweifelten Lage.

### Hohen-Neuendorf.

Spurlos verschwunden ist seit einiger Zeit der Lehrer Wagner. W. hatte krankheitshalber einen längeren Urlaub erhalten und traf vor einigen Tagen in dem Vororte wieder ein, um seinen Dienst zu tun. Am Tage, nach dem er sein Vierteljahrsgehalt abgehoben hatte, kam er aber nicht zur Schule. Regierungsrat Dr. Rumorowski-Potsdam, welcher zufällig zur Revision der Hohen-Neuendorfer Schule dort eintraf, ordnete eine strenge Untersuchung an. Bis gestern konnte aber keine Spur des verschwundenen Lehrers gefunden werden. Den Freunden und Bekannten des W. ist sein Verschwinden unerklärlich.

### Spandau.

Zu der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag hatten sich 29 von 42 Stadtverordneten eingefunden, was wohl durch die

intensivste Inanspruchnahme an der Wahlarbeit zu erklären ist. Im allgemeinen bot ja die Tagesordnung bis auf einen Punkt auch nicht allzu Bedeutendes. Hervorzuheben wäre, daß eine gemischte Kommission eingesetzt wurde zur Vorbereitung über die Verneuerung der Exekutivpolizei. Der Polizeikommissar hielt die Zahl der Polizeiergenten nicht mehr für ausreichend, er will 29 Beamte mehr haben. Bei dieser Gelegenheit wurde auch von dem Stadtverordneten Justizrat Dr. Baumert wieder die Verstaatlichung der Polizei angeregt. Mit dieser Verstaatlichung hat sich die Stadtverordnetenversammlung nicht recht befreunden können, aber bei der unigen Verbrüderung, welche die Konservativen und Liberalen eingegangen sind, um den Tischlermeister Pauli-Potsdam in der Stichwahl durchzubringen, werden sich die feindlichen Brüder im Stadtparlament auch noch über diesen Verstaatlichungspunkt einigen. Den wichtigsten Beratungsgegenstand bot jedenfalls der zur Beratung stehende Entfestigungs-Vertrag zwischen dem Reichsmilitärministerium und der Stadtgemeinde. Fast drei Jahre lang hat man diesen Vertrag in der Entfestigungsdeputation verhandelt und beraten und endlich ist etwas zustande gekommen, wo, wie gewöhnlich, die Stadt dem Fiskus ganz hübsch entgegengekommen ist. Genosse P. i. d. machte den Vorschlag, diesen Vertrag zusammen mit der in geheimer Sitzung entscheidenden Vorlage betreffend Ausbau der Döberitzer Heerstraße zu beraten, da ja der Fiskus von der Stadt den Ausbau der Heerstraße auch verlangt, so ist er vielleicht geneigt, sich hierbei der Stadt etwas entgegenkommender zu zeigen, wenn er sieht, daß die Stadtverordneten in der Entfestigungsfrage auch nicht so find. Aber unsere bürgerlichen Stadtpäter ließen sich auf diesen Vorschlag gar nicht ein, sie stießen jetzt reinweg über in lokaler Bestimmung gegenüber der Regierung. Beschlossen wurde jedoch, den Vertrag in zwei Lesungen zu beraten. Ueber den Vertrag referiert der konservativ Stadterordnete Baurat Bender. Aus dem Vertrage sei hervorgehoben, daß im ganzen 207 681,84 Quadratmeter baureifes Gelände für 2 863 965,76 M. von der Stadt gekauft werden müssen. Die Preise schwanken zwischen 58,33 M. und 6,33 M. pro Quadratmeter. Von der Kaufsumme werden abgesetzt: für Ausschüttung der Wallgräben und Aufhöhung der Straßengänge 135 000 M., für Entwässerung der im militärischen Besitz verbleibenden Bauflächen 1 182 000 M., für Pflasterung der Straßengänge mit Reitweg (den der Fiskus verlangt) 1 280 000 M., für den Bahnananschluß der Artillerie-Wagenhäuser 112 000 M., zusammen 2 709 000 M. Dem Fiskus verbleibt somit noch ein Guthaben von 97 683,99 M., und die Stadt bezahlt außerdem noch die vorstehend benannten Arbeiten. Jedenfalls macht der Fiskus nach dem ganzen Vertrage ein sehr gutes Geschäft. Bis auf eine präzisere Fassung eines Paragraphen, den der Magistrat bis zur zweiten Lesung über acht Tage vornehmen soll, stimmte die Versammlung im Prinzip schon dem Vertrage zu und der Stadtverordnete Malermeister Kupke legte eine große Lanze für denselben ein. Die Herren werden von der Entfestigung den allergrößten Vorteil haben; hoffentlich vergißt man nicht, sie auch ganz gehörig zur Steuer heranzuziehen und ihnen noch eine besondere Wertzuwachssteuer aufzulegen. — Um ihre lokale Bestimmung noch weiter ins rechte Licht zu setzen, bewilligte die Mehrheit der Versammlung noch 100 M. an den Verein „Seemanns-Erholungsheim“.

## Vermischtes.

### Der Schwarzwaldbahnverkehr abgebrochen.

Bei zunehmender Kälte hält der Schneefall, wie aus Karlsruhe berichtet wird, im Schwarzwalde an. Auf den Höhen liegen ungeheure Schneemassen. Der Bahnverkehr ist sehr erschwert. Unter den Verkehrsstörungen haben besonders die Hölentbahn und die Schwarzwaldbahn auf der Strecke St. Georgen-Sommeran zu leiden. Das Bergtal war für einige Tage völlig vom Verkehr abgeschnitten. Vor dem Uebergang des Bahnhofes Sommeran bei dem großen Tunnel entgleiste gestern früh ein Güterzug, wobei ein Wagen aus dem Gleise gehoben wurde, Menschen aber nicht zu Schaden kamen. Die Frühzüge vom 30. Januar blieben auf allen Strecken fast durchweg im Schnee stecken und mußten freigeschaufelt werden. Die Postverbindungen sind zum größten Teil unterbrochen. In Karlsruhe und Umgebung herrschte heute nacht lebhaftes Schneetreiben.

### Von Lawinen begraben.

Western gingen in der Nähe von Mittelbach im Kleinen Walsertal, wie der „Allgäuer Zeitung“ gemeldet wird, zwei Lawinen nieder, durch die zwei Häuser, in denen sich 15 Personen befanden, und 8 Stallungen mit 30 Stück Vieh begraben wurden. Bis heute mittag sind 8 Personen als Leichen und zwei andere schwer verletzt geborgen worden.

In Breslau schneit es seit gestern 1/2 Uhr nachts unaufhörlich. Der Strassenbahnverkehr kann nur unter großen Schwierigkeiten aufrechterhalten werden.

Schneefälle im Ausland. Aus allen Teilen des Reiches, den Binschlag ausgenommen, werden ungeheure Schneefälle gemeldet. In Innsbruck dauert der gestern nacht eingetretene Schneefall fort. Im Mosertal, durch welches eine Strecke der Kailbergbahn führt, herrscht große Lawinengefahr, auf der Bahnstrecke Fronten-Reutte ist der Verkehr seit zwei Tagen eingestellt worden, da die Hügel im Schnee stecken blieben. In Innerpasseier ist ein Bauer, in Galschurn sind zwei Bauern, in Eilboogen zwei Straßenarbeiter und in Deutsch-Matrei ein Schulknabe von Lawinen verschüttet, jedoch alle ausgegraben worden. Bei Matrei hat eine Lawine die Gleise der Dreierbahn verschüttet, auf der Tigenwand wurden Jungwälder durch eine Lawine zerstört.

Wie aus Grenoble (Südfrankreich) berichtet wird, hat die Schneefschicht dort eine Höhe von 60 Zentimeter erreicht, was seit 1870 nicht mehr der Fall gewesen ist. Auf dem flachen Lande erreichte der Schnee eine Höhe von zwei Meter. Alle Hügel aus dem Alpengebirge treffen mit großen Verspätungen ein oder bleiben ganz aus. Zwischen verschiedenen Stationen verkehren Hügel mit zwei Lokomotiven, einem Gepäckwagen und nur einem Passagierwagen. Seit gestern sind mehrere Ortschaften gänzlich vom Verkehr abgeschnitten. Eine Anzahl Personen ist erfroren.

Beim Kobelen verunglückt. Im sogenannten Weiskental rannte, wie aus Koburg von gestern abend gemeldet wird, ein mit fünf Personen besetzter Schlitten gegen einen Baum und wurde zertrümmert. Drei Insassen des Schlittens erlitten schwere Verletzungen, einer von ihnen lebensgefährliche.

Die Genieschule in Kaschow. Der Ausbruch der Genieschule hat jetzt einen epidemischen Charakter angenommen. Von 103 Fällen im Januar sind 47 tödlich verlaufen; rechnet man dazu die vom heutigen Tage gemeldeten Fälle, dann übersteigt die Zahl fünfzig, 50 Prozent der Fälle haben Kinder unter fünf Jahren, 30 Prozent Kinder unter zehn Jahren betroffen.

|   |  |
|---|--|
| Allen Kollegen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau<br>38492   | Allen Verwandten und Freunden die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau<br>38492   |
| <b>Adolfine Malze</b><br>geb. Dahms,<br>am 31. Januar verstorben ist.<br>Die Beerdigung findet morgen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.<br>Der trauernde Gatte<br><b>Herm. Malze, Töpfer.</b> | <b>Albertine Prost</b><br>geb. Müller,<br>nach langem schweren Leiden verstorben ist.<br>Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Emmauskirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.<br>Um hilfes Beleid bittet<br><b>Karl Prost, Mantelstr. 119.</b> |

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

**Theater.**  
Sonnabend, den 2. Februar.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kgl. Schauspielhaus, Salome.  
Kgl. Schauspielhaus, Die Journalisten.  
Deutsches, Romeo und Julia.  
Westen, Cousin Bobby.  
Nachm. 3 Uhr: Der Wildschütz.  
Vorabend, Der Mikado.  
Leipzig, Die Jungfern von Singsberg.  
Anfang 8 Uhr.  
Berliner, Der Hund von Baskerville.  
Schiller O. (Wagner-Theater) Die Räuber.  
Schiller-Theater Charlottenburg, Jugend.  
Schiller N. (Reichs-Erdelmannsches Theater), Der Familienstag.  
Komische Oper, Tosca.  
Neues Schauspielhaus, Der Has Hochzeit.  
Kleines, Eine triviale Komödie.  
Neues, Die Condottieri.  
Residenz, Florette und Patapon.  
Kunstspielhaus, Lustspielhaus.  
Zentral, Künstlerblut.  
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Schneewittchen.  
Deutsch-Amerikanisches, Der Sorgenbrecher.  
Thalia, Eine lustige Doppelrolle.  
Nachmittags 3 Uhr: Jupp.  
Luisen, Der Hund der Sabinerinnen.  
Nachm. 4 Uhr: Klein Däumling.  
Bernhard Hofe, Schule des Lebens.  
Nachmittags 4 Uhr: Aschenbrödel.  
Lionel, Der Teufel lacht dazu.  
Gedr. Herrfeld, Ein verrücktes Hotel.  
Wintergarten, Saharet.  
Spezialitäten.  
Nyello, Die schöne Wessalin.  
Spezialitäten.  
Kafino, Ledige Leute.  
Spezialität.  
Folies Caprice, Im Café Abelles.  
Ein Kabriaprozess, Sotere bei Lomy.  
Wakage, Berlin post auf!  
Spezialitäten.  
Higoro, Eine gute Partie, Die Klause.  
Chingoro Landwirt, Unterm Belt.  
(Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Prater Theater, Geflohen.  
Wahalla, Spezialitäten.  
Karl Haberland, Spezialitäten.  
Reichshallen, Stettiner Sänger.  
Urania, Landeskrahe 48/49.  
Abends 8 Uhr: Die Feuergezeiten der Erde.  
Nachmittags 4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.  
Hörssaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Die Lichtstrahlen. (I. Teil.)  
Sternwarte, Invalidenstr. 67/68.

**Ferdinand Bonn**  
**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Hund von Baskerville.**  
Sonntag:  
Der Hund von Baskerville.  
**Theater des Westens**  
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.  
Durchschlagender Operetten-Erfolg!  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Caféspiel Fritz Werner  
**Cousin Bobby.**  
**Neues Schauspielhaus**  
Sonnabend, den 2. Februar 1907:  
**Herthas Hochzeit.**  
Morgen:  
**Herthas Hochzeit.**  
Anfang 8 Uhr  
**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Condottieri.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Die Condottieri.**  
**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Eine triviale Komödie für seriöse Leute. (Sunbury.)  
Sonntag: Eine triviale Komödie für seriöse Leute. (Sunbury.)

**Komische Oper.**  
Abends 8 Uhr:  
**Tosca.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.  
Abends 8 Uhr: Tosca.  
Montag: Hoffmanns Erzählungen.  
**Louzing-Theater**  
Bellevuestr. 7/8.  
Nachmittags 3 Uhr: Erläuterung:  
Die Montrose. — Wozu der Lärm?  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Der Mikado.**  
Abonnements gültig.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Martha.  
Abends 7 1/2 Uhr: Der Mikado.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
4 Uhr:  
Frühlingstage an der Riviera.  
8 Uhr:  
Die Feuergezeiten der Erde.  
Hörssaal 8 Uhr: Dr. B. Donath:  
Die Lichtstrahlen. (I. Teil.)  
**Lustspielhaus.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Husarenjieber.**  
**Zentral-Theater.**  
(Operette.) 8 Uhr:  
**Künstlerblut.**  
**Luisen-Theater**  
Reichenbergerstr. 34.  
Nachmittags 4 Uhr: Kinderdarstellung  
**Klein Däumling.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Raub der Sabinerinnen.**  
Sonntag 3 Uhr: Zell. Kleine Preise.  
8 Uhr: Der Königsleutnant.  
Montag: Sberlod Dolmes.  
**Schiller-Theater N.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Morgen: Die Taufkirche.

**Bernhard Mörbitz.**  
Anßerdem:  
Debüt der neuen Spezialitäten.  
Die schöne Vestalin.  
Operette von Viktor Holländer.  
Sonntag, den 3. Februar, nachm.  
3 Uhr: Doppelvorstellung. Kleine Preise!  
**Metropol-Theater**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern  
von Julius Freund. Musik von  
Viktor Holländer. Dirigent Max  
Roth. In Szene gesetzt von  
Direktor Richard Schultz.  
**Massary, Wolff, Bender.**  
Giampietro, Josephi.  
Rauchen überall gestattet.  
Morgen Sonntag, den 3. Februar,  
nachmittags 3 Uhr:  
**Auf in's Metropol.**  
**Sanssouci** Kottbuscher-  
str. 4a.  
Direktion Wilhelm Reimer.  
Sonnt., Montg., Dounerst.:  
Große Elite-Soireen von  
Hoffmanns Nordd. Sänger  
Stets neues Programm.  
Sonnt. Dg. 5. Wochent. 8 U.  
Morgen Sonntag:  
Große Elite-Soiree v. Hoffmanns  
Norddeutschen Sängern.  
Jeden Dienstags: Theaterabend.

**Gebr. Herrfeld-**  
Theater  
Einlag. 8 Uhr. 7 Uhr.  
Kommandantenstr. 57.  
Neuer großer durch-  
schlagender Lach-Erfolg!  
**Ein verrücktes Hotel**  
mit dem Vorpiel:  
„Haytsch geht zur Jagd“  
Komödie in 3 Akten von  
Anton und Donat Herrfeld  
nachmittags 8 1/2, 8 Uhr 5. halben  
Sofenpreisen.  
Vorber. 11-2 Uhr (Theaterkasse)  
Sonntag, den 3. Februar,  
Endlich allein.  
Fall Blumentopf.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 10.  
Begen Privat-  
Festlichkeit geschlossen.  
Sonntag:  
**Der Vampyr.**  
Schwank in 5 Akten.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.  
Nach der Vorstellung: Familienball.  
**Colosseum**  
Dresdenerstr. 97.  
Spezialitäten-Theater.  
Im Kongressaal: Großer  
**Bockbier-Jubel.**  
„Al-Deutschland im Hof.“  
Rationale Dekoration!  
Ueberraschungen aller Art.

**Gegründet 1883 Verein Berliner Hausdiener.** Gegründet 1883  
Mitgliedschaft I des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter  
und Arbeiterinnen Deutschlands.  
Bureau: Alte Leipsigerstr. 1a. Telefon: Amt I Nr. 4981.  
Sonnabend, 2. Februar 1907, i. d. Gesamträumen der Brauerei Friedrichshain,  
Am Friedrichshain 18-23: 67/16  
**Großes Alpenfest.**  
Die Ballmusik wird von der berühmten Original-Bayer. Kapelle  
unter Leitung des Herrn Schorich Ehrengruber aus München ausgeführt,  
Gillertaler, Zoller und Schupplattlergesellschaft.  
Alpenrutschbahn, Alpenglühn, Original-Bayerische Bedienung.  
Die geachteten Teilnehmer werden ersucht, ein dem Fest entsprechendes Kostüm anzulegen.  
Es ist besonders Sommerkostüm zu empfehlen.  
Anfang 9 Uhr. Entree 50 Pf.  
Billets für Mitglieder oder deren Angehörige sind zu haben im Bureau, Alte Leipsigerstr. 1.  
Telephon: Amt I, 2632 und 4981, bei den Beitragstaschern und in den Zahlstellen.  
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung I.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater)  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Räuber.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von  
Friedrich Schiller.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Maria Stuart.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Flachsmann als Erzieher.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Der Kaiserjäger.**  
Schiller-Theater Charlottenburg,  
Bismarckstr. Ecke der Grolmanstr.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Jugend.**  
Liebesdrama in 3 Aufzügen von  
Max Halbe.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Pfarrer v. Kirchfeld.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Jugend.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Fiesko.**

**Zirkus Busch.**  
Heute abend 7 1/2 Uhr.  
Neu! Neu! Neu!  
The Novellos  
Jubeln in Europa.  
Zum 1. Male:  
**Manello-Marnitz**  
Akrobatentruppe.  
Nebenher Herr Ernst Schu-  
manns Reudressuren usw.  
Um 1/10 Uhr: **ROM.**  
Gr. Origin. Manege-Ausstatt.  
Pantomime in 7 Bildern.  
Sonntag: 2 Vorstellungen.

**WINTERGARTEN**  
**SAHARET.**  
**Otto Reutter**  
Riogocu-Familie, japan. Truppe.  
Rudolf, Universalakrobaten.  
Seelöwe, vorgef. v. Matros. Walter.  
Abbie Mitchell, kroatische Sängerin.  
4 Sisters Leamy, gymn. Produktion.  
Leonard Gaultier in der Szene „Ein  
Spielwarenladen“.  
Morion und Elliot, Instrumentalisten  
und Papiermanipulatoren.  
Auf dem Ball, Tanzszenen, ausgef.  
von der Tiller-Truppe, London.  
Der Biograph.  
Ende 11 Uhr

**Passage-Theater.**  
Wiederaufstreifen von  
**GEORG KAISER.**  
Letzte Vorstellungen von  
**Berlin paß' auf!**  
Die glänzenden  
Februar-Spezialitäten.  
Dienstag, den 5. Februar,  
zum 1. Male:  
**Mal was Anderes!**  
Sofie von Leop. Eld.  
Josefine Dora, Georg Kaiser,  
Martin Sandis, Ernst Kettner.

**Palast-Theater.**  
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs.  
Täglich abends 8 Uhr:  
Sonntags ab 4 Uhr  
**Große Münchener  
Bockbierfeste.**  
Karl Kamberger  
mit seinen drei Kapellen: „Original  
Oberländer“, „D'Waldschützler“ und  
„D'Schäferser“, Schupplattler, Sänger  
und Sängertinnen.  
Niederbühler zum Mitlingen gratis.  
Großartige eigene Dekoration.  
Entree an Wochentagen 30 Pfennige.  
**Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9.  
Heute geschlossen.  
Morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Maria Stuart.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Philippine Welfer.**

**Kasino-Theater**  
Lothringersr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Ledige Leute.**  
Komödie in 3 Akten v. Felix Dörmann.  
Vorher das vollständig neue er-  
stklassige bunte Februarprogramm.  
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräber.  
**Brunnen-Theater**  
Gesundbrunnen. Badstraße 58.  
Direktion: Bernhard Ross.  
Sonntag, den 3. Februar 1907,  
nachm. 3 Uhr, vollständige Preise:  
**Sherlock Holmes**  
Detektivkomödie in 4 Akten.  
Abends 7 Uhr:  
**Sodom und Gomorra.**  
Schwank in 4 Akten v. F. v. Schönthan.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Wochentags  
8, Sonntags  
7 Uhr.  
Reichshallen-Restaurant  
Bockbier-Fest.  
**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Fräulein Josette — meine Frau.  
Sonntag nachm.: Wo ist der Papa?  
und Die Schloßkellerei.

**Neue Welt**  
Festzelt 108-114.  
**Münchener Bockbierfest**  
**Muckels neueste Schlager.**  
D'Hollertauer.  
30 echte bayerische Madl.  
Neu für Berlin:  
**Elite Tiroler Meistersänger**  
Kaisertal-Niederländer,  
— 4 Damen, 5 Herren. —  
Lina vom Heede  
Zoblerbühnen (38082)  
Anfang täglich 7 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Dienstag, den 5. Februar:  
**Prämierung**  
der grüßten und der  
kleinsten Dame.

**Castans Panoptikum**  
Friedrichstraße 165  
Größte Sehenswürdigkeit Berlins.  
Von abends 6 1/2 Uhr ab:  
**Familien-Bier-Kabarett.**  
Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

**Zirkus Schumann**  
Heute abend prächtige 7 1/2 Uhr:  
XVII. Grande Soirée High-Life.  
Galaprogramm und das größte  
Brecht-Manege-Schauspiel  
**St. Hubertus.**  
1. Akt: In der Waldhölle „Zum  
Bayerischen Strug“. 2. Akt: Die Jagd-  
gesellschaft bei Herrn von Huber.  
3. Akt: Das Schützenfest. 1. Preis-  
legen. 2. Schützenpringen. 3. Gürtel-  
ringkampf. 4. Würfelspiel. 5. Schup-  
plattler. 6. Unterbrechung des  
Festes durch großen Schneesturm.  
4. Akt: In den Alpen. 1. Stein-  
bockjagd auf echte Steinböcke.  
2. Kampf zwischen Jörtern und  
Waldern. 4. Parforcejagd über  
die Riesentastaden. 5. Akt: En-  
täglich der Schöpfung großes Waldfest.  
Feenhafte Schupplattlertheater mit  
ganz neuen Effekten.  
Vorher sämtliche Spezialitäten und  
**Der Motor im Globus.**  
Sonntag: 2 Galavorstellungen.

**Folies Caprice**  
Linienstr. 132  
Ecke Friedrichstraße.  
Dir. Felix Berg.  
Gastspiel des Budapester  
Lieblings  
**Jacques Aalbach.**  
Im Café Abelles.  
Ein Kabriaprozess.  
Soiree bei Löwy.  
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10-2  
u. d. Theaterk. u. b. Werthelm.

**Gebr. Herrfeld-**  
Theater  
Einlag. 8 Uhr. 7 Uhr.  
Kommandantenstr. 57.  
Neuer großer durch-  
schlagender Lach-Erfolg!  
**Ein verrücktes Hotel**  
mit dem Vorpiel:  
„Haytsch geht zur Jagd“  
Komödie in 3 Akten von  
Anton und Donat Herrfeld  
nachmittags 8 1/2, 8 Uhr 5. halben  
Sofenpreisen.  
Vorber. 11-2 Uhr (Theaterkasse)  
Sonntag, den 3. Februar,  
Endlich allein.  
Fall Blumentopf.

**Gebr. Herrfeld-**  
Theater  
Einlag. 8 Uhr. 7 Uhr.  
Kommandantenstr. 57.  
Neuer großer durch-  
schlagender Lach-Erfolg!  
**Ein verrücktes Hotel**  
mit dem Vorpiel:  
„Haytsch geht zur Jagd“  
Komödie in 3 Akten von  
Anton und Donat Herrfeld  
nachmittags 8 1/2, 8 Uhr 5. halben  
Sofenpreisen.  
Vorber. 11-2 Uhr (Theaterkasse)  
Sonntag, den 3. Februar,  
Endlich allein.  
Fall Blumentopf.

**Gebr. Herrfeld-**  
Theater  
Einlag. 8 Uhr. 7 Uhr.  
Kommandantenstr. 57.  
Neuer großer durch-  
schlagender Lach-Erfolg!  
**Ein verrücktes Hotel**  
mit dem Vorpiel:  
„Haytsch geht zur Jagd“  
Komödie in 3 Akten von  
Anton und Donat Herrfeld  
nachmittags 8 1/2, 8 Uhr 5. halben  
Sofenpreisen.  
Vorber. 11-2 Uhr (Theaterkasse)  
Sonntag, den 3. Februar,  
Endlich allein.  
Fall Blumentopf.

**Gebr. Herrfeld-**  
Theater  
Einlag. 8 Uhr. 7 Uhr.  
Kommandantenstr. 57.  
Neuer großer durch-  
schlagender Lach-Erfolg!  
**Ein verrücktes Hotel**  
mit dem Vorpiel:  
„Haytsch geht zur Jagd“  
Komödie in 3 Akten von  
Anton und Donat Herrfeld  
nachmittags 8 1/2, 8 Uhr 5. halben  
Sofenpreisen.  
Vorber. 11-2 Uhr (Theaterkasse)  
Sonntag, den 3. Februar,  
Endlich allein.  
Fall Blumentopf.

**Gebr. Herrfeld-**  
Theater  
Einlag. 8 Uhr. 7 Uhr.  
Kommandantenstr. 57.  
Neuer großer durch-  
schlagender Lach-Erfolg!  
**Ein verrücktes Hotel**  
mit dem Vorpiel:  
„Haytsch geht zur Jagd“  
Komödie in 3 Akten von  
Anton und Donat Herrfeld  
nachmittags 8 1/2, 8 Uhr 5. halben  
Sofenpreisen.  
Vorber. 11-2 Uhr (Theaterkasse)  
Sonntag, den 3. Februar,  
Endlich allein.  
Fall Blumentopf.

**Dem Mitgliede des Zentrverbandes**  
der Zimmerer und Kassierer der  
Zentral-Kassierkassen  
**Albert Flüge**  
zu seinem Geburtstag ein dreimal  
donnerndes Hoch!!! 38472  
Einige Kameraden des Bezirks 12.

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege, Tischler-  
arbeiter  
**Gustav Boldt**  
am 28. Januar verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 2. Februar,  
nachmittags 2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Zentralfriedhofes  
in Friedrichshain aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
79/9 Die Ortsverwaltung.

**Dr. Simmel,** Prizon-  
Str. 41,  
Spezialarzt für 3/5  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7 Sonntags 10-12, 2-4.  
**Dr. Schönemann**  
Spezial-Arzt für 35112  
**Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten.**  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.  
Deutsch-Amerikanisches  
**THEATER,** Köpenickerstr. 67/68.  
Heute und jeden Abend 8 Uhr:  
Gastsp. Ad. Philipp.  
**Der große Lacherfolg:  
Der Sorgenbrecher.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise:  
„Ueber'n großen Teich.“

**Walhalla-  
Varieté-Theater**  
Behringstr. 19/20, Rosenf. Tor.  
Heute abend 8 Uhr:  
Das gänzlich neue großartige  
Februar-Programm.  
**15 Spezialitäten,** jede einzelne  
eine Sensation.  
**2 urkomische Pantomimen 2**  
1 zu Wasser — 2 zu Lande.  
**Leonhard Haskel**  
der beliebteste Volkshumorist.  
**Anna Müller-Lincke**  
Soubrette d. Metropol-Theat. Berlin.  
**Aryama**  
der fabelhafte Cellist, usw.  
Für Theaterbesucher freier Eintritt  
zu den Bockbierfesten im Tunnel:  
Erdbeerbier-Kapelle.  
— Farnelli-Ensemble. —

**Kasino-Theater**  
Lothringersr. 37. Täglich 8 Uhr.  
**Ledige Leute.**  
Komödie in 3 Akten v. Felix Dörmann.  
Vorher das vollständig neue er-  
stklassige bunte Februarprogramm.  
Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräber.  
**Brunnen-Theater**  
Gesundbrunnen. Badstraße 58.  
Direktion: Bernhard Ross.  
Sonntag, den 3. Februar 1907,  
nachm. 3 Uhr, vollständige Preise:  
**Sherlock Holmes**  
Detektivkomödie in 4 Akten.  
Abends 7 Uhr:  
**Sodom und Gomorra.**  
Schwank in 4 Akten v. F. v. Schönthan.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Anfang  
Wochentags  
8, Sonntags  
7 Uhr.  
Reichshallen-Restaurant  
Bockbier-Fest.  
**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
Fräulein Josette — meine Frau.  
Sonntag nachm.: Wo ist der Papa?  
und Die Schloßkellerei.

**Neue Welt**  
Festzelt 108-114.  
**Münchener Bockbierfest**  
**Muckels neueste Schlager.**  
D'Hollertauer.  
30 echte bayerische Madl.  
Neu für Berlin:  
**Elite Tiroler Meistersänger**  
Kaisertal-Niederländer,  
— 4 Damen, 5 Herren. —  
Lina vom Heede  
Zoblerbühnen (38082)  
Anfang täglich 7 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Dienstag, den 5. Februar:  
**Prämierung**  
der grüßten und der  
kleinsten Dame.

**Neue Welt**  
Festzelt 108-114.  
**Münchener Bockbierfest**  
**Muckels neueste Schlager.**  
D'Hollertauer.  
30 echte bayerische Madl.  
Neu für Berlin:  
**Elite Tiroler Meistersänger**  
Kaisertal-Niederländer,  
— 4 Damen, 5 Herren. —  
Lina vom Heede  
Zoblerbühnen (38082)  
Anfang täglich 7 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Dienstag, den 5. Februar:  
**Prämierung**  
der grüßten und der  
kleinsten Dame.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
i. d. A. Berl. Reichstagswahlkreis  
Görlitzer Viertel.  
Den Mitgliedern hiermit zur  
Kenntnis, daß unser Genosse  
**Friedrich Rübiger,**  
wohnhaft Liegnitzerstr. 17, Stadt-  
bezirk 118a, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 3. Februar, nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Emmaus-Kirchhofes aus  
statt. 242/9  
Der Vorstand.

**Verband der Sattler**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß am 31. Januar nach langem  
schweren Leiden unser langjähriges  
Mitglied  
**Franz Kettelhön**  
(Berktstr. 5. Goldmann)  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 3. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Unterfeldungs-Fried-  
hofes, Weichensee, Liegnitzerger-  
straße, aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
156/11 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
(Zahlstelle Rixdorf).  
Den Mitgliedern zur Kenntnis,  
daß der Kollege  
**Karl Stürmer.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend nachmittags 3 Uhr von  
der Leichenhalle des Reuen Rix-  
dorfer Kirchhofes, Mariendorfer  
Weg, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
79/7 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis,  
daß der Kollege,  
**Karl Stürmer.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend nachmittags 3 Uhr von  
der Halle des Reuen Rixdorfer  
Kirchhofes, Mariendorfer Weg,  
aus statt. 1109  
Die Kollegen  
der Pianofabrik „Merkur“.

**Deutscher  
Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege, Partsch-Bodenleger  
**Georg Zeinert,**  
am 30. Januar verstorben ist  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 3. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedenskirchhofes in  
Nieder-Schönhausen-Bordend aus  
statt. 79/8  
Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Raucher-Bund**  
Berlins und Umgegend.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß das Mitglied  
**Albert Baresel**  
aus Klub „Weiße Rose“ am  
29. Januar verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 2. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle der Samariter-Gemeinde in  
Wilhelmsberg aus statt.  
2/5 Der Vorstand.

**Allen Freunden und Bekannten**  
zur Nachricht, daß unsere herz-  
liche Tochter und Schwester  
**Elisabeth Kotz**  
am Donnerstag, den 31. Januar  
nach langem schweren Leiden im  
19. Lebensjahre sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag nachmittags 4 Uhr von  
der Leichenhalle des alten Pan-  
stomer Friedhofes in der Span-  
damerstraße, Ecke Kreuzstraße, aus  
statt.  
Die tieftrauernden Eltern  
und Geschwister  
**Familie Kots, Pankow.**

**Allen Freunden und Bekannten**  
insbesondere den Kollegen des  
Zentralverbandes der Steinarbeiter  
Berlin I, für die zahlreiche Beteiligung  
bei der Beerdigung meines Lieben,  
unvergesslichen Mannes, unser  
guten Vaters  
**Karl Thiemann**  
sagen wir hiermit unseren herz-  
lichsten Dank.  
Die trauernde Witwe Ida Thiemann  
nebst Kindern.

